

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ KOMMENTAR ZU DEN LETZTEN TARIFAUSEINANDERSETZUNGEN

## Lohnrunde vor dem Wahlkampf

Selten waren die Bedingungen für die Gewerkschaften in einer Tarifrunde so günstig wie in diesem Jahr:

In vielen Betrieben und Branchen hatte sich ein Nachholbedarf aufgebaut, ausgelöst durch zum Teil zweijährige Abschlüsse unterhalb der Inflationsrate und mit zweijähriger Laufzeit. Die vor zwei Jahren im »Bündnis für Arbeit und Wettbewerb« vereinbarten moderaten Lohnabschlüsse waren von den Unternehmern nicht – wie von ihnen zugesagt – mit höherer Beschäftigung honoriert worden. Daraufhin hatten sich schon viele Belegschaften frühzeitig auf die diesjährige Tarifrunde vorbereitet.

Selbst die den Gewerkschaften nicht freundlich gesinnte Presse kam nach anfangs breit unterstützter Unternehmerpropaganda am Ende nicht umhin festzustellen, dass die allgemein vorgetragene Forderung in Höhe von 6,5 Prozent in der Öffentlichkeit auf überwiegendes Verständnis stieß, was auch immer die Unternehmer über die schlechte Konjunktur vortrugen. Täglich machten Meldungen über die allgemeine Teuerung die Runde. Die Argumentation, unsere Lebenshaltungskosten sind gestiegen, wir brauchen einfach mehr Geld, war breit verankert. Selbst »Bild« zeigte sich am Ende engagiert: »Für bessere Stimmung können die Handels-Bosse selber sorgen, wenn sie ihren Millionen Mitarbeitern mehr Geld zahlen! Doch bisher bieten sie ihren Beschäftigten nur läppische 1,7 Prozent Tarif-Erhöhung. Das ist nicht mal der Inflationsausgleich! Eine Ohrfeige für jede Verkäuferin, die für 1500 Euro brutto im Monat im Schichtdienst rackert und von Weihnachts- und Urlaubsgeld oft nur träumen kann.« (22.6.02). Die Zeitung passte sich an die Stimmung in der eigenen Leserschaft an.

Angesichts der Selbstbedienung in den Vorstandsetagen machte sich die bürgerliche Presse Sorgen: »Wie macht man Mitarbeitern klar, dass kein Geld für eine Einkommenserhöhung da ist, wenn sich der Vorstandsvorsitzende von Daimler-Chrysler mit einem Jahresgehalt von sechs Millionen Euro im Vergleich zu seinen amerikanischen Kollegen noch unterbezahlt fühlt?« (Welt, 10.6.02)

Günstig war auch, dass diese Lohnrunde in den beginnenden Wahlkampf für den Bundestag fiel und schon deshalb den Tarifikämpfen politische Aufmerksamkeit sicherte. Im selben Sinne wirkte, dass die großen Gewerkschaften sich in einer Phase befinden, in der sie auf sinkende Beitragseinnahmen reagieren müssen. Die Vorstände befanden sich im Zugzwang, formulierten doch auf der anderen Seite Kolleginnen und Kollegen auch innerorganisatorisch ihre Unzufriedenheit mit den zu niedrigen Vorschlägen aus den Vorstands-Etagen. Vor allem im Bereich der Metallindustrie, ins-



besondere der Automobilherstellung, hatten Belegschaften sich für Lohnforderungen von bis zu 12 Prozent eingesetzt.

Die »Süddeutsche Zeitung« hat Recht, wenn sie die Tarikämpfe mit den Worten kommentiert: »Die Gewerkschafter sind verbittert. Streiks in vielen Branchen sind keine Einzelaktionen, sondern eine breite Bewegung des Unmuts« (10.6.02). Hunderttausende haben sich im Verlaufe der Tarifrunde an Arbeitsniederlegungen, Warnstreiks und Demonstrationen beteiligt. Es gab fast keinen Tarifbereich, in dem die Beschäftigten nicht durch Aktionen die Gegenseite unter Druck setzen mussten, um wenigstens einen Abschluss in Höhe des Metalltarifs durchzusetzen. Doch was machten unsere Gewerkschaftsführungen?

Sie kanalisiert den verbreiteten Unmut in eine Vielzahl dünner Rinnsale, die sie nicht zusammenführten. Beispiele: Im Wettbewerb um die Lohnführerschaft erringt die IG BCE vor der IG Metall die Führung und schließt mit 3,1 oder 3,3 Prozent ab, freundlich gefördert von den Unternehmerverbänden und der sozialdemokratischen Bundesregierung. Übrigens ein Manöver, das die frühere IG Chemie (unter Rappe) schon häufiger aufgeführt hat.

Nachdem diese Markierung gesetzt war, erprobte die IG Metall eine neue Streiktaktik, den Flexi-Streik. In Baden-Württemberg und Berlin bestreikten viele Belegschaften ihren Betrieb, aber nur jeweils für einen Tag. Die Unternehmer ließen den Tagesstreik vorüberziehen und vermieden zunächst eine Verschärfung der Auseinandersetzung mit den Streikenden. Sie verstanden das redliche Bemühen der Gewerkschaftsführungen, Dampf in den Belegschaften abzulassen. Bevor nach zwei Wochen Arbeitskampf eine Auswei-

tung des Streik unumgänglich erschien, schlossen die IG Metall und der Verband der Metallindustrie ab. Sie wollten eine Ausweitung mit seinen möglichen Konsequenzen vermeiden. Die Erwartungen der Streikenden wären gestiegen, der Konflikt hätte sich radikalieren können. Der IG Metall befürchtete vor allem eine mögliche »kalte Aussperrung«, die zu einer Politisierung des Streiks geführt hätte.

Der oben erwähnte Kommentator der »Süddeutschen Zeitung« schrieb deshalb auch verständnisvoll: »Es sollte nicht als Schwäche der Gewerkschaften, sondern als erfreuliches Zeichen ihrer Politikfähigkeit gelten, dass eine Streikwelle in Deutschland gemessen an der Arbeitskulturländer anderer Länder wenig spektakulär ist, dass also die Ausstände mehr symbolischen Wert als wirtschaftliches Störpotential haben.«

Nach dem Abschluss der IGM mussten die Gewerkschaften anderer Branchen sich bemühen, ihre Lohnrunde mit etwa 3,4 Prozent in einen sicheren Hafen zu bringen. Vor allem die ver.di-Zweige Druckindustrie/Papierverarbeitung, Banken, Versicherungen, Einzelhandel, Telekom und Post versuchten – jeder auf sich allein gestellt und nicht zeitlich zusammengeführt – das rettende Ufer eines Abschlusses zu erreichen. Ist dies die den Mitgliedern versprochene Stärkung der gemeinsamen Kampfkraft durch die Gründung von ver.di?

Unmut erregt zusätzlich, dass viele Tarifabschlüsse inzwischen so kompliziert gestaltet sind, dass das einfache Mitglied sie kaum nachrechnen kann. »'Optisch' hohe Tarifsteigerungen durch andere Abreden zu entschärfen«, nennt das »Handelsblatt« (2.7.02) dieses Spiel. Die Tarifpolitik der Gewerkschaften bewegt sich weiter auf diesem Pfad, eine Kehrtwende würde den Mitgliedern früher und unverkleidet zeigen, auf welchem niedrigem Niveau die Verhandlungen »erfolgreich« abgeschlossen werden sollen – von beiden Seiten.

Um die vermeintlichen Wahlchancen der rot-grünen Regierung nicht in Gefahr zu bringen, haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen die »breite Bewegung des Unmuts« nicht koordiniert und weitgehend ins Leere laufen lassen. Damit aber gefährden sie mehr als nur die sozialdemokratische Regierung, nämlich den Rückhalt in der Wählerbasis der Sozialdemokratie überhaupt. Wenn in einer Zeit der ständigen Unternehmerangriffe trotz günstiger Be-

dingungen eine Gegenwehr der Beschäftigten mit Rücksicht auf den Wahlkampf hintertrieben wird, dann muss dies zu weiterer Zersetzung der Gewerkschaftsbewegung führen und die Unternehmer bei ihrem offensiven Vorgehen ermuntern. Betriebliche Bündnisse für Arbeit, von den Gewerkschaften noch offiziell verdammt, werden mit dem Ergebnis dieser Lohnrunde verstärkt Schule machen. Und der Sozialdemokratie wird eine solche Form der »unterstützenden« Zurückhaltung bei den Wahlen nichts nutzen. Hatten doch vor vier Jahren, aus Protest gegen die sozialen Grausamkeiten der Kohl-Regierung, viele Kollegen mit ihrer Wahlentscheidung der Sozialdemokratie die Regierungsübernahme ermöglicht. Welche Gründe für eine Stimmabgabe zugunsten der SPD kann es vier Jahre später geben, wenn sich die Ergebnisse sozialdemokratischer Regierungspolitik in Kooperation mit den Gewerkschaften kaum von denen ihrer vormaligen konservativen »Alternative Kohl« oder kommenden »Alternative Stoiber« unterscheiden?

Die Tarifrunden 2002 haben gezeigt: Der Unmut unter den abhängig Beschäftigten ist ebenso gewachsen wie die Bereitschaft, diesen Unmut auch praktisch zu äußern, wenn sie von ihren Gewerkschaftsvorständen gerufen werden. Es gibt zur Zeit allerdings keine Kraft – weder in den Gewerkschaften noch auf der politischen Bühne – die diese Bereitschaft auch gegen den Widerstand in den eigenen Reihen, durch Gremien, Apparate und Vorstände, konsequenter nutzen könnte. Dazu gehört es, sich gegenseitig zu informieren und zu unterstützen sowie sich stärker über die Branchengrenzen hinaus zu koordinieren. Eine politische Alternative zum Kurs der Gewerkschaftsführungen kann sich nur herausbilden unter den Kräften, die sich auch diesen praktischen Aufgaben stellen.

3. 8. 2002 ■

Siehe dazu auch die Korrespondenzen ab Seite 7

## INHALT

Lohnrunde vor dem Wahlkampf – ein Kommentar . . . . .	1
Palästina: Israel sucht die militärische Lösung . . . . .	3
<b>Korrespondenzen:</b>	
IG BAU weist Unternehmer-Offensive zurück . . . . .	7
Impressionen aus Berlin: »Hier regiert die IG BAU« . . . . .	8
Hamburg: Bauarbeiterstreik 2002 . . . . .	11
Metalltarifrunde: Betriebs-Forderungen gedeckelt . . . . .	14
Streik der Metaller in Berlin . . . . .	17
Berlin: Streik bei Otis . . . . .	18
Tarifrunde bei der Post . . . . .	19
Hessen: Landesweiter Streik im privaten Busverkehr . . . . .	21
Bremen: Lehrer-Einstellungspolitik des Senats . . . . .	22
Der Streik der Studierenden in Paderborn . . . . .	24
Berlin: Haushalt, Warnstreiks, Mobilisierung? . . . . .	25
Berlin: Warnstreiks gegen Verschlechterungen der Kitas . . . . .	27
Berlin: Standards für Gesundheit im freien Fall . . . . .	28
Dänemark: Haushalt, Warnstreiks, Mobilisierung? . . . . .	31
Italien: Generalstreik: Der Frühling der Piazza . . . . .	33

→ Dieser Ausgabe liegt ein Spendenaufruf »Die israelischen Kriegsdienstverweigerer brauchen unsere Unterstützung« mit Kontonummer bei.

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSa e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

- **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenastraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14 – 16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hannover:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller  
 Herstellung und Vertrieb: GFSa – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
 Alle Zuschriften nur an diese Adresse:  
 »GFSa e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«  
 Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de

# Israel sucht die militärische Lösung

## Vertreibung, Unterdrückung und Abhängigkeit sollen zementiert werden

Alle diplomatischen Bemühungen, den durch die Al-Aksa-Intifada unterbrochenen Verhandlungsprozess zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde zu retten bzw. wieder in Gang zu bringen, sind gescheitert. Die UNO musste sich mit der vertrauten Statistenrolle abfinden. Die Beschlüsse ihrer Vollversammlungen und die Resolutionen des Sicherheitsrates, sofern sie nicht sowieso durch ein Veto der USA zu Fall gebracht wurden, blieben Makulatur. Wie die israelischen Führungen in den vergangenen Jahrzehnten, kann es sich auch die Sharon-Regierung erlauben, Initiativen der Vereinten Nationen zu ignorieren, wenn sie den eigenen politischen Interessen zuwiderlaufen. Ähnlich ergeht es den diplomatischen Aktivitäten der Europäischen Union. Sie sind eher Ausdruck der Hilflosigkeit und der untergeordneten Rolle der EU im Nahen Osten – einen Beitrag zum Abbau der Spannungen leisten sie nicht. In weltpolitischen Grundsatzfragen im Schlepptau der USA, beließen es die Europäer bei verbalen Protestnoten, als die israelische Armee von der EU geförderte Infrastrukturprojekte, wie zum Beispiel den Flughafen von Gaza, systematisch zerstörten. Und der EU-Beauftragte für außenpolitische Angelegenheiten, Solana, musste sich von der Regierung Sharon vorführen lassen: ihm wurde der Besuch des von der israelischen Armee gefangen gehaltenen Arafat verwehrt, der immerhin von der Europäischen Union als Repräsentant der Palästinensischen Autonomiebehörde anerkannt wird.

Die entscheidende Rolle im Nahen Osten fällt den Vereinigten Staaten zu. Aber auch deren Versuche, wenigstens durch Vermittlung eines Waffenstillstands die Spannungen in der Region zu verringern, um den innenpolitischen Druck auf die verbündeten arabischen Regimes zu mildern, schlugen fehl. »Sharon kann es sich leisten, dem Druck der US-Regierung zu trotzen, weil er genau weiß, dass es für die USA auf absehbare Zeit keine Alternative zu Israel und damit auch zur israelischen Regierung gibt. Einzig Israel kann die für die USA unersetzliche Rolle eines Regionalpolizisten spielen. Es besitzt nicht nur die dafür erforderliche militärische Stärke, es ist auch das einzige Land, das wirtschaftlich, politisch und kulturell vollständig westlich orientiert ist.« (Arpo Nr. 1, Mai 2002) So bleibt die öffentlich vorgetragene Kritik an einzelnen Maßnahmen Israels ein taktisches Spiel ohne praktische Konsequenzen, mit der die Bush-Regierung verhindern will, dass ihre Anti-Terror-Front mit arabischen Staaten vollends auseinanderbricht. Zugleich ist es Ausdruck der voneinander abweichenden taktischen Vorstellungen innerhalb der US-Administration. Während Außenminister Powell die Verbündeten enger in den »internationalen Kampf gegen den Terrorismus« einbinden will, was eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen erfordert, sehen die Falken im US-Verteidigungsministerium darin nur Hindernisse und eine Aufweichung der eigenen Entschlossenheit.

Weder die Europäische Union noch die Vereinigten Staaten sind die neutralen Vermittler, als die sie sich diploma-



tisch so gern ausgeben. Ohne ihre Duldung und Unterstützung könnte die israelische Armee ihren Feldzug in der West-Bank und auf dem Gaza-Streifen zur Niederschlagung der Intifada nicht führen. Die Differenzen zwischen Israel und seinen westlichen Verbündeten sind taktischer Natur, sie betreffen einzelne Maßnahmen und Methoden der Sharon-Regierung, nicht aber deren politische Ziele im Grundsatz. So können die israelischen Panzer die letzten Überreste niederwalzen, die vom Oslo-Abkommen noch übriggeblieben sind. Nach der Ausschaltung der Palästinensischen Autonomiebehörde wurde und wird gezielt deren Sicherheits- und Verwaltungsapparat sowie die zivile Infrastruktur zerstört. Mit der Ermordung von Aktivisten aus allen politischen Lagern, durch Verbreitung von Angst und Terror soll der palästinensische Widerstand gebrochen werden.

### Das Oslo-Abkommen, der Befriedungsversuch des Imperialismus, ist gescheitert

Die Vereinbarungen von Oslo waren der Versuch, die Region zu befrieden und damit zugleich die Vorherrschaft der USA und Israels im Nahen Osten zu sichern. Sie sahen ein palästinensisches Autonomiegebiet vor, welches selbst nach voller Verwirklichung ein Flickenteppich geblieben wäre, durchsetzt von jüdischen Siedlungen und zerschnitten von Verbindungsstraßen, die ebenso wie die Außengrenzen von der israelischen Armee kontrolliert bleiben sollten. Wirtschaftlich und politisch wäre ein »autonomes« Palästina völlig abhängig von Israel. Für das »Zugeständnis« einer eng begrenzten Selbstverwaltung sollte die Palästinensische Autonomiebehörde die sozialen und politischen Widersprüche im Interesse Israels unter Kontrolle halten. Zu diesem Zweck wurden die palästinensische Polizei – ausgerüstet mit israelischen Waffen – und der Geheimdienstapparat der Autonomieverwaltung aufgebaut. Arafat und große Teile der PLO-Führung waren zu einer Zusammenarbeit mit Israel auf dieser Grundlage bereit. Arafat kehrte nach Palästina zurück nicht nur als »Befreier« (in den Augen vieler seiner Landsleute), sondern zugleich als »Kollaborateur«, der mit der Unterzeichnung

---

Im Juni 1998 schrieben wir in einer Diskussionsbeilage zur Arbeiterpolitik u. a.:

## Das Oslo-Abkommen . . .

... beließ Israel die Kontrolle über die Siedlungen, die Wirtschaft, über die Außengrenzen – kurzum die territoriale Souveränität; die Verwendung von Entwicklungsgeldern für die sogenannten autonomen Gebiete müssen von Israel genehmigt werden, das so wirtschaftliche Projekte autorisieren oder verhindern kann; mehr als 80 Prozent der Wirtschaft des Westjordanlandes und des Gazastreifens sind direkt oder indirekt von Israel abhängig; das durch die Siedler erschlossene Land macht mehr als 55 Prozent der gesamten Fläche der besetzten Gebiete aus – die Besatzungspolitik ist ungebrochen, wurde in mancherlei Hinsicht sogar verschärft. Selbst Arafat kann bis heute ohne israelische Erlaubnis den Gazastreifen weder betreten noch verlassen.

Wie soll auf dieser Grundlage ein palästinensisches bürgerliches Staatswesen möglich sein? Es ist nicht ausgeschlossen, dass tatsächlich ein »Palästinenserstaat« proklamiert wird, aber ohne wirtschaftliche und politische Eigenständigkeit; ein Flickenteppich, die Verbindungswege von der israelischen Armee kontrolliert, der den Menschen, die dort leben, keine soziale Perspektive bietet. Er wäre eher mit den südafrikanischen Homelands aus den Zeiten der Apartheid vergleichbar denn mit einem unabhängigen Staat. Kein einziges Problem für die Bevölkerung würde dadurch gelöst – »Frieden« auf einer solchen Grundlage kann es nicht geben.

Ein weiteres »explosives« Problem, ohne dessen Lösung es keinen Frieden im Nahen Osten geben kann, stellt die Lage der Flüchtlinge dar: Deren Not und Unsicherheit, vor allem der Flüchtlinge, die im Libanon leben, ist verzweifelter als je zuvor. Schon 1991 hatte die PLO ihre Unterstützung von Arbeitsplätzen, Stipendien, der Gesundheitsversorgung, der Renten und anderer Versorgungsleistungen auf ein Minimum zusammengestrichen. Nach dem sogenannten Friedensvertrag von 1993 haben sich die katastrophalen Lebensbedingungen noch weiter verschlechtert. Die palästinensische Nationalbehörde Arafats hat inzwischen ihre Finanzhilfe und Sozialdienste im Libanon vollständig eingestellt und in den Gaza-Streifen umgeleitet mit der Konsequenz, daß inzwischen 70 Prozent der etwa 350.000 Palästinenser im Libanon unterhalb der Armutsgrenze existieren; eine Arbeitserlaubnis wird ihnen von den libanesischen Behörden in den meisten Fällen verweigert, vom öffentlichen Erziehungs- und Gesundheitswesen sind sie ausgeschlossen, ein Anspruch auf Sozialversicherung existiert für sie nicht, ihre Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt.

Nach den 1996 veröffentlichten Richtlinien der Regierung Netanjahus wird die Rückkehr sowohl der 48er- als auch der 67er-Flüchtlinge in die besetzten Gebiete als eine Gefahr für die »demographische Sicherheit« Israels abgelehnt. Unter den Flüchtlingen, vor allem unter denjenigen, die heute ohne Perspektive in den Lagern leben, finden sich

die radikalsten Gegner der sogenannten Friedensverträge; sie wissen, dass durch internationale Diplomatie und weitere Verhandlungen sich an ihrer Lage nichts ändert. Deshalb hat auch Arafat kein Interesse an einer Rückkehr, denn die Flüchtlinge würden seine Machtansprüche gefährden. Die »Proklamation eines Palästinenserstaates« unter israelischer Kontrolle wird also auch dieses Problem ungelöst lassen und weitere schwere Auseinandersetzungen auslösen.

Der Oslo-Prozess war schon längst gescheitert, noch ehe er überhaupt begonnen hatte. Vielleicht ist es ganz interessant, in diesem Zusammenhang einmal Haidar Abdul Shafi zu zitieren, den ehemaligen Leiter der palästinensischen Delegation bei den Madrider Verhandlungen 1996, der dann aber aus der Verhandlungskommission zurücktrat, weil er die eigentlichen Interessen, die sich hinter dem sogenannten Friedensprozess verbargen, begriff:

*»Ein sorgfältiges Studium dieses Abkommens (gemeint ist das Osloer Abkommen) machte sofort die ernsthaften Mängel deutlich, die es enthielt. Seine größte Schwäche war, dass es das fortgesetzte israelische Siedlungsprogramm, das die Ursache für den Stillstand der 20monatigen Verhandlungen gewesen war, überhaupt nicht klar ansprach – und diese Tatsache stellt natürlich das Ergebnis der Verhandlungen für die Schlussphase schon jetzt in Frage und macht es unglaubwürdig. (...) Trotz dieser Schwächen wurde das Abkommen der Weltöffentlichkeit in einer feierlichen Schlusszeremonie im Weißen Haus präsentiert, mit dem gewagten Kommentar, daß es alle Hindernisse beseitigt und den Weg für einen wirklichen, gerechten und stabilen Frieden bereitet hätte. Die Realität und die Zeit haben bewiesen, dass dies nichts weiter war als eine Verdrehung der Wahrheit, die die Weltöffentlichkeit täuschen und Israel einen Schutzraum verschaffen sollte, in dem es seine Obstruktionspolitik fortsetzen konnte. Unmittelbar nach der Unterzeichnungszereemonie hatte der amerikanische Außenminister die Stirn zu behaupten: 'Für die arabischen Staaten gibt es keinen Grund mehr, den Wirtschaftsboykott gegen Israel fortzusetzen.' (...) Jordanien nutzte dieses Abkommen und die Äußerungen während der Unterzeichnungszereemonie sofort dazu, einen separaten Friedensvertrag mit Israel zu schließen. Das ist, kurzgefaßt, der Hintergrund für die gegenwärtige Situation in den besetzten Gebieten. Israel nutzte das Abkommen (...) als Schutzraum für den Bau neuer Siedlungen in Jerusalem, im Umkreis von Jerusalem und in anderen Gegenden. (...) (Vortrag in der Evangelischen Akademie Hamburg, 1997)*

Wie man es auch dreht und wendet, es gibt in der Realität auf der Grundlage dieser Verträge keine »Lösung«, noch nicht einmal eine Befriedung im Sinne von Abwesenheit vom Krieg. (...) Der tröpfchenweise Übergang vom Besatzungsregime zur »Souveränität« und der Schacher um Prozente sind Methoden des Imperialismus, sich mit Hilfe von gefügigen Kollaborateuren Herrschaft und Kontrolle zu sichern. (...) Die Räumung der besetzten Gebiete ist Voraussetzung für eine Verständigung. Beilage zur Arbeiterpolitik Nr.

---

des Abkommens von Oslo sein politisches Schicksal eng mit den Verträgen und den darauf basierenden »Friedens«-Verhandlungen verknüpft hatte.

Arafats Bereitschaft zur Zusammenarbeit findet allerdings Grenzen. Sie verlaufen dort, wo ihm abverlangte Zuge-

ständnisse seine Stellung gegenüber der eigenen Bevölkerung in den besetzten Gebieten völlig untergraben würden. »Arafats Politik bewegt sich in der Vergangenheit wie auch heute in einem Spannungsfeld. Einerseits sucht er die Zustimmung zu einer Kompromisslösung, was in den palä-

stinensischen Reihen nicht immer herstellbar ist und zu Diskussionen bis hin zu schweren Auseinandersetzungen führt. Andererseits sind ihm hierbei enge Grenzen gesetzt. Bei allem jedoch bleibt Arafat eine nationale Integrationsfigur (...). Und genau hierin liegt der große Irrtum Baraks, der mit der Arroganz des Kolonialherren glaubte, Arafat erfolgreich auf das Niveau eines Bantustans zwingen zu können. (Der Autor bezieht sich hier auf die Verhandlungen von Camp David, die Red.) Arafat ist schon an die Grenze seiner Kompromissfähigkeit gegangen und hat auf 80 Prozent des angestammten Territoriums verzichtet und eine Versöhnung mit Israel akzeptiert. Über die verbleibenden 20 Prozent jedoch kann er nicht auch noch verhandeln. (...) Baraks Arroganz ließ diesen glauben, er könne Arafat und die Autonomiebehörde in ein israelisches Ministerium umwandeln, in eine Art Ausführungsorgan eines Apartheidsystems.« (Michael Warschawski, Direktor des Alternative Information Center in Jerusalem/Bethlehem, aus Inprekorr, April 2002)

Das Scheitern von Oslo hat im Wesentlichen zwei Ursachen:

1. Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung in der Region ist ausgeblieben. Die soziale Lage für große Teile der Bevölkerung hat sich verschärft – sowohl in den besetzten Gebieten und in den arabischen Staaten als auch in Israel.

2. Selbst die in den Osloer Verträgen verbindlich festgelegten Vereinbarungen wurden von keiner israelischen Regierung umgesetzt – gleich ob der Likud oder die Arbeitspartei sie stellte. Statt des terminlich vereinbarten Abzuges der Armee aus den festgelegten Zonen (A, B, C) wurden der Ausbau bestehender und die Gründung neuer Siedlungen vorangetrieben.

Für die Bevölkerung der West-Bank und des Gaza-Streifens hatte dies verheerende Auswirkungen. Im Dezember 2000 (Arpo 4/5) schrieben wir: »Während vom eigenen Staat Palästina weit und breit nichts zu sehen ist außer ein paar Flecken inmitten israelisch kontrollierten Gebiets, ist das Durchschnittseinkommen in dieser Zeit (von 1993 bis 2000) um 40 Prozent auf nur noch 1500 Dollar jährlich gefallen. Die Anzahl der in Israel beschäftigten Palästinenser ist ebenfalls spürbar zurückgegangen. Ihre Ersetzung durch ausländische Arbeitskräfte oder Einwanderer nimmt mit jedem Jahr zu und gewinnt bei Konflikten wie dem jetzigen dramatisch an Geschwindigkeit. Offizielle israelische Stellen sprechen bereits davon, dass von den 120.000 palästinensischen Arbeitskräften, die vor der augenblicklichen Intifada in Israel tätig waren, in Zukunft nur noch 25.000 übrig bleiben werden. Angesichts der Tatsache, dass die Löhne der in Israel beschäftigten Palästinenser im letzten Jahr immer noch 40 Prozent der Gesamteinkommen und ein Viertel des Bruttosozialprodukts der Westbank und des Gaza-Streifens ausmachen, wird klar, was eine solche Entwicklung für die Palästinenser bedeuten wird. Außerdem leiden die palästinensischen Arbeitskräfte in Israel unter einer weitgehenden Rechtslosigkeit (...) Insgesamt ist die wirtschaftliche Lage auf der Westbank und in Gaza ausgesprochen kritisch. Die Abhängigkeit von Israel ist nicht gesunken, sondern im Gegenteil noch gestiegen. 94 Prozent der palästinensischen Exporte gehen nach Israel und 84 Prozent der Importe kommen von dort. Die Wasser- und Energieversorgung sind in den Händen israelischer Unternehmen. Die Entwicklung einer eigenständigen Wirtschaft ist dagegen in ersten Ansätzen steckengeblieben. Die geplanten Sonderwirtschaftszonen sind de facto

gescheitert. ... Da die Palästinensische Autonomiebehörde die ihr von internationalen Organisationen, der EU oder den arabischen Staaten zur Verfügung gestellten Gelder überwiegend für die ausufernde Bürokratie und die völlig überproportional ausgebauten Polizeikräfte verwendet (60 Prozent des Haushalts der PA gehen dorthin, nur zwei Prozent in den Aufbau der Infrastruktur), wenn sie nicht in dunklen Kanälen versickern, ist auch von dieser Seite keine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zu erwarten Sie bleibt insgesamt hoffnungslos.«

Zu den trostlosen sozialen Verhältnissen gesellten sich die Erfahrungen mit der Besatzungspolitik: Die täglichen Demütigungen und Schikanen an den Checkpoints der israelischen Armee, die Enteignung palästinensischen Bodens zum Ausbau jüdischer Siedlungen, die Provokationen und Angriffe durch bewaffnete Siedler, die Vernichtung von Olivenplantagen oder der Abriss von Wohnhäusern als Kollektivstrafe. Alle diese Maßnahmen konnten der palästinensischen Bevölkerung nur eine Botschaft vermitteln – ihr seid hier nicht erwünscht und wenn ihr euch nicht widerspruchslos beugt oder freiwillig geht, werden wir dem nachhelfen.

Es war nicht die Frage, ob, sondern nur wann sich die Verzweiflung und Wut der palästinensischen Bevölkerung entladen würde. Den Anlass lieferte der provokante Scharon-Besuch auf dem Tempelberg am 28. September 2000. Bei den sich anschließenden Unruhen erschoss die israelische Polizei sieben Palästinenser. Die Lunte – seit 1993 durch die verschiedenen israelischen Regierungen gelegt – war damit entzündet. Ariel Scharon, der Schlächter von Sabra und Schattila (Beirut 1982), wurde wenige Wochen später zum Ministerpräsidenten gewählt. (vgl.dazu Arpo Nr. 4/5, Dez. 2000)

### **Die widersprüchliche Haltung der Palästinensischen Autonomiebehörde**

Politisch konnten auf palästinensischer Seite vom Oslo-Abkommen zunächst die islamischen Organisationen profitieren. Neben vereinzelt kritischen Stimmen aus der PLO waren sie die einzigen, die das Abkommen von Anfang an konsequent ablehnten. Mit ihrem Widerstand wurden sie zum politischen Sprachrohr der wachsenden Unzufriedenheit über die soziale Entwicklung und die Folgen der Vereinbarungen von Oslo. Ein weiterer Riss in der palästinensischen Bevölkerung tat sich auf zwischen den Kräften, die in den besetzten Gebieten die erste Intifada getragen hatten und der aus Tunis heimgekehrten PLO-Exil-Führung. Diese hatte alle wesentlichen Schlüsselfunktionen unter sich aufgeteilt. Vetternwirtschaft, Korruption und Bereicherung vertieften den Graben, der sich aufgrund der ökonomischen Entwicklung sowie der Hilf- und Tatenlosigkeit der PA gegenüber der israelischen Besatzungspolitik auftrat.

Mit dem Scheitern von Oslo wurde ein Prozess in Gang gesetzt, der fast zwangsläufig zu den heutigen militärischen Auseinandersetzungen führen musste. Arafat und die PA waren gezwungen, sich hinter die Intifada zu stellen, wollten sie nicht vollends die politische Kontrolle im eigenen Lager verlieren. Gleichzeitig konnten sie das nicht offen tun, wollten sie nicht ihre Existenz als Behörde von Israels und der USA Gnaden aufs Spiel setzen.

Für die israelische Seite war die Palästinensische Autonomiebehörde damit als »Verhandlungspartner«, mit deren

Hilfe man den Palästinensern seine eigenen Interessen diktieren konnte, immer weniger zu gebrauchen. In Israel hatten sich zudem die Kräfte durchgesetzt, denen schon die Vereinbarungen von Oslo zu weit gingen. Ihr erklärtes Ziel war es seit langem, Arafat und seinen Apparat politisch zu schwächen, auszuschalten und, wenn möglich, auch gänzlich zu vernichten. Dem dient die faktische Wiederbesetzung der Autonomiegebiete, die Liquidierung und Zerstörung des palästinensischen Verwaltungs- und Sicherheitsapparates. Die zum Teil schon lächerlich wirkenden Forderungen an Arafat, – selbst nachdem er als Gefangener der israelischen Armee der Kontrolle über seinen Geheimdienst- und Sicherheitsapparat beraubt war – er solle die Anschläge stoppen und Attentäter ausliefern, waren die propagandistische Begleitmusik, mit der die eigene Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit irregeführt werden sollte. Mit der Präsentation von Arafat als Hauptschuldigem der Eskalation konnte die israelische Regierung von den Ursachen der Zuspitzung ablenken und zugleich die schon lange im voraus geplante Okkupation der Westbank rechtfertigen.

### **Rechtsentwicklung und Friedensbewegung in Israel**

Politisch unter die Räder der Entwicklung gerieten alle Kräfte, die das Abkommen von Oslo geschlossen und darauf ihre Hoffnungen gesetzt hatten – nicht nur die Führung der PLO, sondern auch die Arbeitspartei in Israel. Sie hat im Frühjahr 2001 nicht nur die Parlamentswahlen gegen Likud verloren, sondern ist selber nach rechts gerückt. Zu ihrem Parteivorsitzenden wurde Ben Eliesä gewählt, ein Militär vom Schlage Scharons. Er zählt als Verteidigungsminister zu den wesentlichen Stützen des Regierungschefs, während Außenminister Peres noch die Rolle des friedenspolitischen Feigenblatts spielen darf. Als politische Alternative zu Likud hat sich die Arbeitspartei verabschiedet, und sie hat auch keine Chance mehr, in nächster Zeit die Regierungsmehrheit zu erringen.

»... Die Likud-Regierung von Ariel Scharon stützt sich auf sowjetische Einwanderer, sephardische Juden und Ultraorthodoxe. Diese disparaten Gruppen haben nur eines gemeinsam: Sie sind Gegner jeder annehmbaren Lösung für die Palästinenser. Die Sows verachten die Sephardim (vor allem die aus Marokko, Äthiopien, dem Irak und dem Jemen); die orthodoxen Juden verachten alle anderen; und alle zusammen verachten die arabischen Israelis und die Palästinenser. Diese Koalition hat Ariel Scharon seine Wahl zum Ministerpräsidenten gesichert – und er ist bei weitem nicht das extremste Mitglied seiner Regierung. Wirklichen Druck auf Scharon gibt es nur von Seiten derer, die einen noch härteren Kurs vertreten als er selbst. Wenn sie ihn stürzen können, werden sie mit ziemlicher Sicherheit Benjamin Netanjahu an seine Stelle setzen. Furchtbare Aussicht. In der israelischen Arbeitspartei geht es derweil drunter und drüber. Zu allem Übel haben sich viele ihrer einst liberalen Anhänger dem politischen Lager der Haudegen angeschlossen – nach dem Motto 'Erst schießen – dann fragen'. Die demographische Entwicklung ist gegen die Arbeitspartei. Die ashkenasischen Juden (...) stellen einen rapide kleiner werdenden Anteil der Wähler. Manche kehren Israel aus Verzweiflung oder Abscheu den Rücken; und bei denen, die bleiben, geht die Geburtenrate weiter zurück. Scharons Vorgänger musste sich auf die arabische Minderheit stützen, um bei den Wahlen von 1999 den kaum wahrscheinlichen Sieg zu sichern. ... Heute

ist kaum vorstellbar, wie die Arbeitspartei je wieder an die Macht kommen soll. ...« (John Kampfner, *Le Monde diplomatique*, April 2002)

Verliererin in Israel war zunächst auch die Friedensbewegung. Sie hatte in ihrer überwältigenden Mehrheit auf die in Oslo vereinbarte Verhandlungslösung gesetzt und sich als wesentliche Stütze einer dem "Friedensprozess" verpflichteten Arbeitspartei begriffen. Nach Beginn der al-Aksa-Intifada und dem Scheitern von Camp David verstummte sie fast vollends. Der Rechten gelang es die politische Diskussion in Israel zu bestimmen und Arafat sowie die PA als Hauptschuldigen der Eskalation hinzustellen.

Der anhaltende Widerstand der palästinensischen Bevölkerung auf der Westbank und im Gaza-Streifen gegen die Besatzungspolitik hat zur Folge, dass die Differenzen in der israelischen Gesellschaft wieder offener zu Tage treten. Der ausbleibende Erfolg von Sharons Versprechungen, mit militärischen Mitteln und hartem Durchgreifen mehr Sicherheit zu garantieren und die Kriegsverbrechen der israelischen Armee ließ die Friedensbewegung wieder anwachsen. Nach anderthalb Jahren des Schweigens meldete sie sich auf der politischen Bühne zurück, u.a. mit einer der größten Friedensdemonstration der letzten Jahre, mit den Kriegsdienstverweigerungen von Schülerinnen und Schülern und unter Offizieren, die ihren Einsatz in den besetzten Gebieten verweigern und dafür auch Haftstrafen in Kauf nehmen.

Die israelische Friedensbewegung steht heute vor gänzlich anderen Bedingungen als von neun Jahren. Sie kann eigentlich nicht einfach da weitermachen, wo sie vor zwei Jahren aufhörte. Die Hoffnung, die sich in der Parole »Land für Frieden« ausdrückte, lässt sich nicht mehr aufrechterhalten und der parlamentarische Arm des »Friedensprozesses« in Gestalt der Arbeitspartei existiert nicht mehr. Damit sind Teile der Friedensbewegung in einer Situation, in der sie gezwungen sind, die israelische Besatzungspolitik grundsätzlich in Frage zu stellen.

### **»Demokratisierung« der Palästinensischen Behörden?**

Inzwischen zeichnet sich deutlicher ab, worauf die Scharon-Regierung mit der militärischen Okkupation der Westbank und des Gaza-Streifens abzielt. Die von Israel, den USA und der EU an Arafat gerichtete Forderung nach einer Reform der Autonomiebehörde ist nicht der Sorge um die Demokratie in Palästina geschuldet. Sie dient auch nicht der Bekämpfung der Korruption. Aus der PA, bzw. dem was davon übrig blieb, soll ein williges Instrument gemacht werden. Die Verwaltungs- und Infrastruktur soll nach westlichen Vorstellungen und Vorgaben neu geschaffen und kontrolliert werden und der CIA hat schon »angeboten« sich am Neuaufbau der zerstörten Polizeistrukturen in den Autonomiegebieten zu beteiligen. Vielleicht steht am Ende sogar die Konstruktion eines »palästinensischen Staates von Israels Gnaden«, d.h. eines Protektorats unter der Kontrolle der USA und Israels. Die Verhaftung Tausender Palästinenser, die Ermordung Dutzender politischer Aktivisten, die gezielte Zerstörung ziviler Einrichtungen und ganzer Wohnbezirke (Jenin ist nur das schlimmste Beispiel) sollen die palästinensische Bevölkerung zermürben und in die Resignation treiben. Terror und Angst sollen den Widerstand brechen. Israel mag die militärischen Mittel besitzen, um die Intifada zeitweise blutig niederhalten zu können. Vielleicht finden sich auf palästinensischer Seite auch Vertreter, die unter diesen

Bedingungen bereit sind mit Israel irgendwelche, als »Meilensteine auf dem Weg zum Frieden« gepriesenen Abkommen zu unterzeichnen. Als gleichberechtigte Partner werden sie nicht behandelt und auf Bajonetten lässt sich kein Frieden gründen. Auf imperialistischer Grundlage, das heißt, solange Israel als Regionalpolizist zur Sicherung des US-amerikanischen Einflusses in dieser wichtigen Erdölregion fungiert, wird es keine dauerhafte Lösung der Konflikte und Widersprüche geben können.

Rückzug der israelischen Armee aus den 1967 besetzten Gebieten und Auflösung aller jüdischen Siedlungen bleiben die Hauptforderungen, auf die sich alle palästinensischen Organisationen einigen können. Sie werden auch von einem wachsenden Teil der israelischen Friedensbewegung mitgetragen. Das Ende der Besatzung ist eine entscheidende Voraussetzung für Verhandlungen, die nicht nur als diplomatisches Feigenblatt für Diktate der israelischen Regierung dienen.

8.08.2002 ■



## Bau-Kollegen weisen Unternehmeroffensive zurück

In den Tarifeinverständnissen des Jahres 2002 fiel dem Kampf der IG BAU-Kolleginnen und -Kollegen eine besondere Rolle zu. Sowohl vom Inhalt als auch von der Form unterschied er sich von den Streiks in anderen Branchen. Im Vordergrund stand nicht so sehr die Lohnforderung selbst, sie lag mit 4,5 Prozent unter dem üblichen Rahmen – zentral war das Verlangen der Gewerkschaft nach einer Erhöhung der Mindestlöhne sowie die Abwehr der von den Unternehmerverbänden geforderten Verschlechterungen in den Manteltarifverträgen.

Wir wollen im folgenden versuchen, an-hand der Situation in der Berliner Bauindustrie die Bedingungen gewerkschaftlicher Gegenwehr nachzuzeichnen. Sicherlich stellt sich in der Hauptstadt die Ausgangsbedingung für die IG BAU besonders zugespitzt dar; sie unterscheidet sich aber nicht im Grundsatz von der in anderen Städten und Bundesländern.

### Preiskampf, Lohndumping und Arbeitslosigkeit

Sofort ins Auge fällt: Trotz des enormen Baubooms Anfang der 90er Jahre – u.a. Potsdamer Platz, Regierungsviertel, Lehrter Bahnhof – ist die Arbeitslosigkeit beständig angestiegen. 1993 und 1994 waren noch 50.000 Menschen im Berliner Baugewerbe beschäftigt, im Frühjahr 2000 noch nicht einmal mehr 20.000. Die Arbeitslosenquote betrug bei den Bauberufen 1995, zum Ende des Wiedervereinigungsbooms, 18,5 Prozent und kletterte seither kontinuierlich auf 37 Pro-

zent im Frühjahr 2000. Aktuell (zu Beginn der Tarifrunde 2002) liegt sie bei 50 Prozent. Ursache ist neben dem seit sieben Jahren anhaltenden Rückgang von Bauaufträgen der sich seit über zwei Jahrzehnten vollziehende Wandel in der Bauindustrie. Er ist gekennzeichnet von:

- Dem immer stärkeren Einsatz von Subunternehmern bei gleichzeitigem Abbau der Stammebelegschaften in Berliner Firmen und überregionaler Baukonzerne.
- Einem verschärften Preiskampf, nicht nur zwischen neuen und alten Bundesländern, sondern auch mit Firmen aus dem europäischen Ausland. Die zunehmende Liberalisierung und damit der Eintritt europäischer Wettbewerber auf dem deutschen Markt hatte eine Verschärfung des internationalen Preisdrucks und einen steigenden Grad europäischer Arbeitsteilung zur Folge.
- Wachsender Beschäftigung von ausländischen Kollegen ohne Arbeits- und oft auch Aufenthaltsgenehmigung; die Arbeitsbedingungen und Löhne dieser »Illegalen« unterliegt keiner Kontrolle.
- Einer zunehmenden Pleitewelle. Die Zahl der Betriebe im Berliner Bauhauptgewerbe reduzierte sich allein in einem Jahr von 4246 (2000) auf 3883 (2001). So hatte die Abwendung des Konkurses von Holzmann – Bundeskanzler Schröder heftete sie sich öffentlichkeitswirksam an die Brust – nur einen Effekt: Der Großkonzern trieb danach mit Dumpingpreisen viele mittlere und kleinere

Firmen in den Konkurs. Sein Ende war, drei Jahre später, trotzdem nicht abzuwenden.

Der Vereinigungsboom in der Immobilienwirtschaft hatte sich in Berlin rasch als Strohfeuer erwiesen. Zur Zeit stehen drei Mill. qm Gewerbe- und Büroraum leer. Die großen Wohnungsbaugesellschaften der Hauptstadt, überwiegend noch in öffentlicher Hand, sind allesamt verschuldet. Im Jahre 2000 betragen die Verbindlichkeiten der 26 städtischen Wohnungsbaugesellschaften bei den Banken zehn Milliarden Euro. Die Situation verschärft sich weiter, die Leerstandsquote wächst beständig, zur Zeit sind 100.000 Wohnungen nicht von ihnen zu vermieten. Allein im Jahr 2000 machten die Gesellschaften Verluste in Höhe von 450 Milliarden Euro. (Zahlen: »Berliner Zeitung«, 28.6.02) Die Krise auf dem Wohnungs- und Gewerbemarkt sowie die Verschuldung von Städten und Gemeinden, die über immer weniger Geld für öffentliche Aufträge verfügen, hat die Situation in der Bauindustrie noch zusätzlich verschärft.

Der gnadenlose Konkurrenz- und Überlebenskampf in der Immobilien- und Baubranche förderte eine Mentalität, in der fast alle Beteiligten mit »krimineller Energie«, durch Bestechung und Vorteilsnahme, versuchen sich Aufträge und Pfründe zu sichern. Der Senat ist Bestandteil dieses Systems und seiner Methoden, wie die Vorgänge um die Immobilienfonds der Berliner Bankgesellschaft zeigen (siehe Arpo Nr. 1/2002). Bezahlen müssen die Zeche neben der

großen Mehrheit der Bevölkerung vor allem die Beschäftigten in der Bauindustrie: mit wachsender Arbeitslosigkeit, mit sinkenden Löhnen, mit schlechteren Arbeitsbedingungen. Dem Konkurrenzkampf fielen Tarifverträge, Arbeitsschutzbestimmungen sowie die Einhaltung von Mindestlöhnen zum Opfer.

### Spaltung im Unternehmerlager

»1996 kam es zu einer Spaltung innerhalb des Arbeitgeberverbandes. Ein Großteil der im Bauindustrieverband organisierten Arbeitgeber wechselte in die Fachgemeinschaft BAU, die sich nicht den Tarifverträgen unterwarf. Damit mussten sich auch zunehmend inländische Arbeitnehmer auf einen Mindestlohn, der ursprünglich zum Schutz der ausländischen Arbeitnehmer eingeführt wurde, zurückstufen lassen. Obwohl die Arbeitnehmer zum Zeitpunkt des Wechsels in die Fachgemeinschaft BAU einen Besitzstand hatten, konnte eine Lohnkürzung nicht verhindert werden. Unter Androhung von Kündigung wurden den Arbeitnehmern oftmals Vereinbarungen abgerungen, die den Tariflohn wie auch das 13. Monatseinkommen reduzierten. Nach 1996 abgeschlossene Arbeitsverträge enthielten in der Regel Stundenlöhne, die kaum merklich über dem Mindestlohn lagen. Zusätzlich erschwerte die Tarifpolitik durch Arbeitgeber, die ihre Aufträge an Subunternehmen weiterreichten, die diese wiederum Kleinunternehmern übertrugen. Diese Klein- und

---

## Impressionen vom Streik in der Berliner Bauindustrie

### »Hier regiert die IG BAU«

Mittwoch, 19. Juni 2002

Heute am dritten Streiktag versuchte einer der Geschäftsführer der Großbaustelle »Beissheim-Center« am Potsdamer Platz mit aller Gewalt einen Streikbruch durchzusetzen. Etwa um 6.30 Uhr erschien er mit einer einstweiligen richterlichen Verfügung vor der durch einen Streikposten gesperrten Baustelleneinfahrt gegenüber dem Sony-Center (die schon tags zuvor ein Brennpunkt war). Inhalt der Verfügung war, dass »Arbeitswillige« an diesem Tor ohne Behinderung in die Baustelle zu lassen seien und eine Wiederholung der Behinderung wie am Vortag eine »Nötigung« sei, gegen die polizeilich vorgegangen werden müsse.

Nachdem das Vorzeigen der Verfügung und langes Verhandeln mit der Streikleitung für den Herrn keinen Erfolg zeitigte (die Kollegen versperrten den Streikbrecherkolonnen weiter den Weg), forderte er offenbar Polizeiunterstützung an. Die Streikenden blockierten daraufhin die Tiergarten-Straße, um das Durchkommen der Wagen zu verhindern. Schließlich waren aber doch drei Mannschaftswagen angekommen und deren Inhalt auch gegen 8.00 Uhr in voller Montur angetreten, um die Streikposten »aus dem Weg zu räumen«. Offensichtlich scheute man nicht davor zurück, die Interessen der Bauunternehmer (die hier wohl ein Exempel statuieren wollten) von der Staatsgewalt voll zu unterstützen. Das Pech für die Herren: Schon gegen 7.30 Uhr war die Hälfte der potentiellen Streikbrecher zur IG BAU übergelaufen (vor allem türkische Kollegen), so ließen sich auch die restlichen Kollegen (die offenbar massiv unter Druck gesetzt wurden, um jeden Tag wieder dieses demütigende Spiel über sich ergehen zu lassen) angesichts des Polizeiaufmarsches davon überzeugen, besser nach Hause zu gehen.

Damit war dann der martialische Auftritt der Herren Staatsdiener samt ihrer Verfügung ziemlich lächerlich geworden. Auf jeden Fall lässt dieser Vorfall für die nächsten Tage noch einiges befürchten – Solidarität ist also weiter angebracht!

Freitag, 21. Juni 2002

Ab 5.30 treffen sich die Kolleginnen und Kollegen in und vor dem Streikzelt am Potsdamer Platz. Brötchen und Brezeln, heiße Würstchen und frisch gebrühter Kaffee stehen schon bereit. Im Zelt können sich die Kollegen registrieren lassen; dort befindet sich auch die logistische Zentrale für die Aktivitäten in Berlin.

Die riesige Baustelle hinter dem Sony-Center liegt still. Seit der Verhinderung des Streikbruchs am Mittwoch rührt sich hier nichts, das wird sich auch heute nicht ändern. Auf anderen Baustellen sieht es kritischer aus. Gegen 6.00 Uhr fährt ein Bus mit Hamburger Bauleuten vor. Sie sind gestern angekommen, um ihre Berliner Kollegen zu unterstützen. Die letzte Nacht haben sie in einer Jugendherberge verbracht. Die Stimmung steigt. Nachdem man sich gemeinsam gestärkt hat, geht es auf zum Dom-Aquarée; die dortigen Streikposten brauchen Unterstützung.

Die Situation ähnelt jener der letzten Tage. Hauptzufahrt und Nebeneingänge der Baustelle sind abgeriegelt. In 200 Meter Entfernung hat sich die Bauleitung mit einigen Arbeitern versammelt. Über das Megaphon informiert ein Vertreter der IG BAU die Streikposten über die rechtliche Situation und erklärt: »Unser Feind sind nicht Kollegen, die zum Streikbruch herangefahren werden. Ihnen geht es zum großen Teil noch schlechter als uns Streikenden. Die Unternehmer nutzen die Zwangslage der oft ausländischen Kollegen aus, um sie zum Streikbruch zu nötigen und zu zwingen. Sie sind mit dieser verbrecherischen Haltung unsere wirkli-



»Von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten miteinander in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren. Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf.«

Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. MEW 4, S. 471

*Kleinstunternehmer sind weder im Bauindustrieverband noch in der Fachgemeinschaft BAU organisiert und bezahlen ihre Arbeitnehmer häufig noch unter dem Mindestlohn.*« (Aus einem Kommentar der IG BAU zur einer Fotoausstellung über den Arbeitskampf 2002 in Berlin.)

Der verschärfte Konkurrenzkampf in der Baubranche führt zu einer Aufsplitterung im Unternehmerlager. So warb die Fachgemeinschaft Bau im April 2002, nachdem sie auf die geringeren Mitgliedsbeiträge hingewiesen hat, mit folgendem Argument: »Sie haben noch einen weiteren Vorteil. Unsere Mitgliedsbetriebe haben seit 1997 (...) keine tarifliche Bindung bei den Löhnen. Der Lohnkostenvorteil gegenüber tarifgebundenen Betrieb beträgt gemessen am Mindestlohn

*chen Gegner.*« Die Stimmung steigt, als die Vertreter der Bauleitung von der »Strabag« sich der Hauptzufahrt nähern. Sie wollen mit der dort stationierten Polizei verhandeln. Das ist im Lärm der Trillerpfeifen und Protestrufe nur schwer möglich. Unterstützt werden die Bauarbeiter von Metallern, die sich mit ihren Gewerkschaftsfahnen eingefunden haben. Zwischen 7.30 und 8.00 Uhr wird klar: Es wird heute keinen Versuch mehr geben, den Streik zu brechen. Die wenigen Bauleute auf der anderen Seite sind abgezogen und auch die Bauleitung verlässt die Szene.

Gemeinsam mit den Hamburgern formiert sich ein kleiner Demonstrationszug von gut hundert Kollegen, begleitet von einer »Wanne« der Berliner Polizei. Vorbei am steinernen Karl Marx und Friedrich Engels, die noch immer vor dem Palast der Republik »residieren«, geht es zur dortigen Baustellenzufahrt. Die Streikposten vor dem Palast können das schöne Wetter genießen, auf der Baustelle steht alles still. Nach einer kurzen Begrüßung, Hilfe wird dort nicht gebraucht, geht es weiter.

Auf dem Gelände des ehemaligen »Ahornblattes« an der Leipziger Straße wird noch gearbeitet. Ein großer Hotelneubau entsteht. Der kleine Demonstrationszug betritt die Baustelle. Nicht nur mit den obligatorischen Trillerpfeifen, sondern mit allem, was eine Baustelle bietet (zum Beispiel Tonnen als Trommeln) kündigt sich der Demonstrationszug akustisch an. Die Polizei schaut zu. Die noch Arbeitenden werden mit lauten Rufen zur Solidarität aufgefordert: »Kollegen kommt runter.« »Auch wir haben Angst um unseren Arbeitsplatz, aber Stillhalten nutzt in dieser Situation nichts mehr.« Während einige Demonstranten beginnen, auf die Gerüste zu klettern, steigt die Nervosität bei den Vorgesetzten, bei Bauleitern und Polieren, die hektisch telefonieren und sich an die Polizei wenden. Doch die bleibt weiterhin passiv. »Hier regiert die IG BAU«, unter diesen Rufen legt ein Kollege

29 Prozent und gemessen am Tariflohn von 1996 14,3 Prozent.« Inzwischen hat sich ein weiterer Unternehmerverband gegründet, der Zentralverband ostdeutscher Baubetriebe (ZVOB). Zu seinen Zielsetzungen und Hauptforderungen zählt er u.a.: »Vergrößerung der betrieblichen Flexibilität durch Änderung des Arbeitsrechts (...) Abschaffung all-gemeinverbindlicher Tarifregelung zur Senkung der Lohnnebenkosten ..., wie z.B. ... des Urlaubsanspruchs von 30 auf 25 Arbeitstage (...) Abschaffung des Verbots der Kündigung aus Witterungsgründen im Winter, Anerkennung der Bauwirtschaft als Saisongewerbe (...) Deutliche Absenkung der tariflichen Mindestlöhne auf ein marktgerechtes Niveau (...)«.

### Schwierige Bedingungen für die IG BAU

Die Situation vieler ausländischer Beschäftigter – vor allem der »Illegalen« – ähnelt dem Dasein moderner Arbeitssklaven, die de facto den Interessen und der Willkür der Unternehmer ausgeliefert sind. Sie haben in der Regel kaum eine Chance, ihnen vorenthaltene Löhne einzuklagen. Mit einer Reihe von Tricks versuchen Baufirmen Konflikten um den Mindestlohn aus dem Wege zu gehen. Auf dem Papier zahlen sie den Mindestlohn, von dem sie durch horrenden Mietforderungen für die Unterbringung in Wohncontainern einen erheblichen Anteil gleich wieder einbehalten; oder sie zwingen die Beschäftigten zu unbezahlten Überstunden, die in keiner Abrechnung auftauchen. Der Einsatz dieser »moder-

nach dem anderen die Kelle hin und verlässt das Gerüst. Die Werkzeuge werden in Containern verstaut und verschlossen oder auf die Baufahrzeuge geladen. Der Demonstrationszug wartet noch ab, bis alle Fahrzeuge und Kollegen die Baustelle verlassen haben. Danach ist auch im neuen, noch nicht fertig gestellten, Hotel Ruhe eingekehrt.

Während die Berliner Kollegen wieder zu ihren jeweiligen Streikposten eilen, marschieren die Hamburger zum Ausgangspunkt am Potsdamer Platz zurück. Der Bus zur Rückfahrt in die Hansestadt steht schon bereit. Im großen Streikzelt – hier liegen auch die Flugblätter in den verschiedensten Sprachen zur Verteilung bereit – findet der Abschied statt. Die Stimmung nach dieser erfolgreichen Aktion lässt sich nur schwer in Worte fassen. Wie nach jedem Fußballspiel üblich – zwischen Brasilien und England steht es mittlerweile 1 zu 1 – tauschen die Hamburger ihre T-Shirts (»Wir kämpfen in Berlin«) mit den Berliner Kollegen. Doch anders als beim Fußball geht es hier nicht gegeneinander, nicht um Millionengagen, Werbeeinnahmen oder nationales Prestige. Hamburger und Berliner, deutsche und ausländische Kollegen haben gemeinsam für ihre elementaren Interessen gestritten.

Diese Stimmung hat auch mich (Mitglied von ver.di, ehemals IG Medien bzw. IG Druck und Papier) ergriffen und sie hat Mut gemacht. Eine Erfahrung bleibt. Die Gewerkschaften, die den Mitgliedern oft als unbewegliche, bürokratische Verwaltungsapparate gegenüberstehen, erhalten mit diesen praktischen Aktivitäten und Aktionen ein Stück ihrer ursprünglichen Bestimmung zurück. Die Vertretung der gemeinsamen sozialen und politischen Interessen lässt uns das Trennende – unterschiedliche Tarife, Herkunft und Aufenthaltsstatus, Ost und West – überwinden. Wenn auch nur für wenige Tage und auf einige Baustellen beschränkt, wird die Parole Wirklichkeit: »Hier regiert die IG BAU.« ■

nen Arbeitssklaven« stellt keine unbedeutende Ausnahme mehr dar. Selbst auf den Großbaustellen des Regierungsviertels, zum Beispiel beim Bau des Bundeskanzleramtes, wurden sie von Firmen eingesetzt.

Mit den bisher praktizierten Methoden des gewerkschaftlichen Tarifpokers lassen sich unter diesen Bedingungen keine Erfolge mehr erzielen. Hinzu kommt eine weitere Schwierigkeit für die IG BAU. Sie kann nicht einzelne Firmen, sondern muss Baustellen bestreiken. Auf ihnen sind oft ein Dutzend Firmen und Subunternehmen zu unterschiedlichen Zeiten und Phasen tätig. Die Kollegen kennen sich untereinander nicht oder erst seit kurzer Zeit. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den verschiedenen Firmen ist höchst unterschiedlich, von den ausländischen Kollegen ist oft keiner organisiert. Dem Druck der Unternehmer stehen sie ohne den Beistand eines Betriebsrates oder der Gewerkschaft gegenüber. Zudem sind die Möglichkeiten der Gegenseite einen Streik zu unterlaufen in der Bauindustrie wesentlich besser als zum Beispiel in der Metall- und Elektro- oder in der Chemieindustrie. Die auf einer Baustelle eingesetzten Kolonnen lassen sich in der Regel innerhalb von 24 Stunden durch Betriebs- und Ortsfremde ersetzen, im Falle eines Tarifkampfes durch Streikbrecher.

### **Veränderungen in der Berliner IG BAU: Ausrichtung auf den Ausbau der Basisarbeit**

In der IG BAU hatten die oben genannten Bedingungen zu zahlreichen Veränderungen geführt. Während beispielsweise in ver.di oder in der IG Metall die Passivität der Mitglieder wuchs, der Kreis aktiver Mitglieder zusammenschumpfte und sich der bürokratische Apparat noch stärker von der Basis entfernte, gab es in der IG BAU seit 1993 einen gegenteiligen Prozeß. Er war gekennzeichnet durch:

- Stärkere Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit,
- Ersetzung alter, dem rechten SPD-Flügel zugehöriger Funktionäre,
- Einrichtung zahlreicher Arbeitskreise, u.a. zum MAI-Abkommen oder zum DGB-Grundsatzprogramm,
- Ausrichtung der Gewerkschaftsarbeit auf die Betreuung und Mitgliederwerbung auf einzelnen, ausgesuchten Baustellen durch eigens eingerichtete Basisgruppen aus haupt- und ehrenamtlichen Funktionären
- Den Versuch, auch ausländische Kollegen (vor allem Polen und Portugiesen) anzusprechen und einzubeziehen.

Die Zeiten, da Gewerkschaftsfunktionäre mit Vorstellungen der Republikaner im Kopf und dem sozialdemokratischen Parteibuch in der Tasche noch über Posten und Einfluss verfügten, gehören in Berlin mittlerweile der Vergangenheit an. Dem Glauben, man könne über die Abwehr der ausländischer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, den sozialen »Besitzstand« der deutschen Beschäftigten sichern, wurde der Boden weitgehend entzogen. Ohne die Einbeziehung der ausländischen Kollegen läßt sich kein Arbeitskampf mehr führen, ohne sie ist die Verteidigung der sozialen Interessen aller in der Bauindustrie Beschäftigten nicht möglich. Dies wurde in der diesjährigen Tarifrunde besonders deutlich.

Die für einzelne Baustellen eingerichteten Basisgruppen hatten einen entscheidenden Anteil bei der Vorbereitung der Tarifrunde, der Durchführung der Urabstimmung und der

Organisierung des Streiks. Ohne ihre Aktivitäten wäre der Arbeitskampf 2002 so nicht durchführbar gewesen.

### **Ausgangssituation und Forderungen in der Tarifrunde 2002**

Es gibt keine andere Gewerkschaft (mit Ausnahme der NGG), die unter derart schwierigen wirtschaftlichen Voraussetzungen ihre Tarifverhandlungen führen musste. Entsprechend zurückhaltend waren die Ausgangsforderungen, u.a.:

- 4,5 Prozent mehr Lohn (2 Prozent niedriger als in fast allen anderen Branchen)
- Eine nicht näher bezifferte Erhöhung der Mindestlöhne
- Gleiche Mindestlöhne in Ost und West
- Eine Modernisierung der Rahmentarifverträge, allerdings ohne materielle Verschlechterungen

Das Unternehmerlager reagierte darauf mit der Forderung nach einer Nullrunde, der strikten Ablehnung jeglicher Erhöhung der Mindestlöhne sowie der Aufkündigung der Rahmentarifverträge. Die Kürzungen, die sie dort beabsichtigten (vom Fahrgeld, über Urlaubsgeld und 13. Monatseinkommen bis hin zu einer Ausweitung der Arbeitszeit), hätten Lohneinbußen von über 25 Prozent zur Folge gehabt. Offensichtlich sahen sich die Unternehmerverbände in einer derart starken Position, dass sie glaubten, der IG BAU eine Absenkung des allgemeinen Lohnniveaus abpressen zu können. Damit machten sie die Tarifrunde 2002 zu einem Grundsatzkonflikt. Für die IG BAU wurde die Zurückweisung der Unternehmeroffensive zu einer langfristigen Überlebensfrage. Ein Erfolg der Unternehmerverbände hätte ihr jeglichen Einfluss auf die zukünftige Gestaltung von Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen geraubt. Die in der IG BAU aktiven Funktionäre und Kollegen sahen diese Gefahr.

### **Vorbereitung und Durchführung des Streiks**

Mit Beginn der Tarifrunde richtete sich die IG BAU auf einen längeren Arbeitskampf ein. Die Warnstreiks sollten nicht allein – wie in der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung zumeist üblich – Begleitmusik der Verhandlungen sein und der Tarifkommission den Rücken stärken. Sie dienten zugleich dazu, den Kollegen die Bedeutung der diesjährigen Tarifrunde zu erläutern und sie auf einen härteren Streik einzustimmen. Die Warnstreiks wurden begleitet nicht nur von intensiven Diskussionen, sondern auch von öffentlichkeitswirksamen Aktionen, wie zum Beispiel kurzen Straßenblockaden oder kleineren Demonstrationen.

Wie erwartet brachten die Verhandlungen keine Annäherung. Die Bauunternehmer boten zwar eine Lohnerhöhung von 1,75 Prozent an, blieben aber gegenüber den weiteren Forderungen ablehnend. Auch die Schlichtungsverhandlungen brachten keine Einigung, was der Schlichter Heiner Geißler (CDU) in einer öffentlichen Erklärung auch auf die großen Differenzen innerhalb des Unternehmerlagers zurückführte. Ein Streik wurde unvermeidlich. Bei der Urabstimmung in Berlin sprachen sich über 98 Prozent der befragten Kollegen dafür aus. Beteiligt an der Urabstimmung hatte sich etwa ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder. Zwei Gründe gibt es für die, gemessen an anderen Gewerkschaften, geringe Wahlbeteiligung:

1. Die Arbeitsplätze der vielen Klein- und Kleinstbetriebe liegen weit verstreut und wechseln zumeist sehr häufig. Es war auch klar, dass die kleinen Baustellen nicht in einen

Streik einbezogen würden. Alle Kollegen am Arbeitsplatz abstimmen zu lassen, ist organisatorisch gar nicht möglich.

2. Die IG BAU konzentrierte sich bei der Durchführung der Urabstimmung auf die großen Baustellen, wo sie schon Vorarbeit geleistet hatte und sich einer breiten Zustimmung sicher sein konnte. Alle anderen Kollegen, die über die mobilen Abstimmungslokale nicht erreicht wurden, konnten ihre Stimme im Bezirksbüro der IG BAU abgeben.

Das Unternehmerlager hatte sich ganz offensichtlich verrechnet. Die Erwartung, daß die IG BAU nicht in der Lage wäre, eine effektiven Streik zu organisieren, wurde mit Beginn des Arbeitskampfes widerlegt. Schon am 17. Juni, dem ersten Streiktag, gelang es, mehrere Baustellen im Citybereich völlig lahmzulegen, u.a. am Potsdamer Platz, am Dom-Aquarée und am Palast der Republik. Die Reaktion der Gegenseite war:

- Die Aufstellung von Streikbrecherkolonnen mit ausländischen Kollegen, denen die Unternehmer oder ihre Handlanger erzählten, der Streik richte sich gegen ihre Beschäftigung auf Berliner Baustellen. Allein zum Streikbruch für das Beisheim-Center am Potsdamer Platz wurden 200 Bauleute aus Portugal eingeflogen. Sie bekamen nur den Hinflug bezahlt. Bei Arbeitsverweigerung wurde ihnen mit der Nichtbezahlung des Rückfluges gedroht.
- Die Anheuerung von Schlägertrupps zur Verstärkung des Wachsches auf den Baustellen. Bewusst wurden zum Beispiel farbige Disco-Türsteher eingesetzt, um rassistische Reaktionen unter den Streikenden auszulösen.
- Die Einschaltung von Justiz und Polizei, um durchzusetzen, daß Streikbrechern der Zugang zu den Baustellen gewährt wird. Eine richterliche Verfügung droht der IG BAU ein Zwangsgeld von 100.000 EUR für jede einzelne Zuwiderhandlung an, wenn sie weiterhin Arbeitswilligen den Zugang verwehre oder durch die Abschaltung des Stroms die Arbeit auf der Baustelle lahmlege.

Der IG BAU gelang es in der Regel, die Versuche des Streikbruchs zu verhindern (siehe auch »*Impressionen vom Streik in der Berliner Bauindustrie*«). Sie konnte sich dabei auf eine große Anzahl von Kollegen stützen, die nicht nur passiv der Arbeit fernblieben, sondern sich aktiv vor den verschiedensten (nicht nur den eigenen) Baustellen engagierten. Auch der Versuch der Bauunternehmer, den Rassismus zu fördern, die Spannungen zwischen Kollegen verschiedener Nationalität zu schüren und die Spaltung für sich zu nutzen, schlugen fehl. »*Hoch die internationale Solidarität*«, mit dieser, eher von Demonstrationen der Linken und Autonomen bekannten Parole, wurden Streikbrecherkolonnen empfangen. Die Streikposten gingen auf die zum Streikbruch benötigten/gezwungenen Kollegen zu und versuchten sie, oft erfolgreich, auf ihre Seite zu ziehen.

Im Vorfeld und während des Streiks kam es zu zahlreichen Eintritten in die IG BAU, zum Teil ganze Container (dort machen die Arbeiter einer Firma ihre Pause) traten geschlossen ein. Vor allem die haupt- und ehrenamtlichen Betreuer der IG BAU für die einzelnen Baustellen waren überrascht über den Wandel der Stimmung unter den Kollegen sowie über deren Offenheit und Bereitschaft zu Diskussionen. Zu einer praktischen Unterstützung von Gewerkschaftern aus anderen Branchen kam es nur vereinzelt. Die vielen Solidaritätsbekundungen hatten dennoch eine wich-

tige Funktion: Sie stärkten die Moral und den Willen zum Durchhalten.

Am 25. Juni führte der Arbeitskampf zu einem Verhandlungsergebnis:

- Ab 1. September 2002 werden die Löhne und Gehälter um 3,2 Prozent angehoben.
- Für die Monate Juni, Juli, August gibt es jeweils eine Einmalzahlung von 75 EUR (in Berlin 60 EUR).
- Ab April 2003 steigen die Löhne nochmals um 2,4 Prozent.
- Ab September 2002 steigt der Mindestlohn im Westen auf 10,12 EUR und ab September 2003 auf 10,36 EUR.
- Ab September 2003 gibt es auch neue Mindestlöhne für Facharbeiter in Ost und West.

Angesichts der Ausgangslage ist das Ergebnis ein Erfolg für die IG BAU, wenn auch die Lohnerhöhungen keinen großen Sprung darstellen. Wichtig war, dass es gelang, die Offensive der Unternehmer zurückzuweisen. Entscheidender aber als die materiellen Ergebnisse sind die gewerkschaftspolitischen Erfahrungen und Wirkungen. Die IG BAU hat an Ansehen unter den Beschäftigten gewonnen, und der Kreis an aktiven Kollegen ist weiter gewachsen. Der Stolz über den gelungenen Streik und die gemeinsam gemachten Kampferfahrungen schlägt sich in einer stärkeren Verbundenheit mit der eigenen Organisation nieder. Die Gewerkschaft hat sich als ernst zu nehmender Tarifgegner behaupten und stärken können. Im Ergebnis der Urabstimmung (fast 90 Prozent Zustimmung) spiegelt sich auch das gestiegene Ansehen der Gewerkschaft wider.

Nachzutragen bleibt noch: Die IG BAU versucht den Schwung des Arbeitskampfes zu nutzen, um auch nicht an den Tarif gebundene Firmen zur Anerkennung des Ergebnisses und zum Abschluss eines Haustarifvertrages zu zwingen. Die Auseinandersetzungen in einzelnen Firmen gehen also weiter. Berlin, 2.8.02 ■

## ■ HAMBURG

### **Bauarbeiterstreik 2002**

**Am 17. Juni 2002 traten seit 1949 erstmals wieder Baubeschäftigte in einen unbefristeten Streik. Die Gewerkschaft hatte gefordert:**

- ◆ 4,5 Prozent Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen ohne Kompensation,
- ◆ keine Verschlechterung der Rahmenverträge,
- ◆ Erhöhung der Mindestlöhne in Ost und West,
- ◆ Berufsausbildung muss Grundlage der Eingruppierung sein.

Vorausgegangen waren Warnstreiks, die in Hamburg am 7. Juni mit einer Demonstration von (laut IG BAU) etwa 2000 Baubeschäftigte endeten. Sie untermauerten die Streikbereitschaft in den Betrieben gegen das Angebot der Arbeitgeber von zuletzt 1,75 Prozent reale Erhöhung.

Das Urabstimmungsergebnis von 99,41 Prozent im Raum Hamburg entsprach zwar dieser Stimmung, aber die Höhe der Zustimmung war dann doch durch das Verfahren der Urabstimmung beeinflusst: Die IG BAU sammelte die Urabstimmungskarten vor allem dort mit dem Streikbus ein, wo

sie sich einer Zustimmung zum Streik sicher sein konnte. Alle anderen Mitglieder, die abstimmen wollten, mussten ihre Abstimmungskarte persönlich bei der Gewerkschaft abgeben. In der Folge lag die Beteiligung nur bei rund ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder, aber mit der erwünschten hohen Zustimmung.

Nachdem die IG BAU sich und ihre aktiven Mitglieder Wochen vorher auf den Streik vorbereitet hatten, lief der Streik erwartungsgemäß gut an. Die IG BAU hatte sich vor allem die Baustellen ausgesucht, deren Stilllegung ökonomisch den größten Druck erwarten ließ: Großprojekte im öffentlichen Dienst wie das Mühlenberger Loch und Bauten von großen Wirtschaftsunternehmen wie die DASA in Stade oder von Großinvestoren. Die »Hamburger Morgenpost« schrieb am 18. 7. 2002: *»Mit Beginn der Frühschicht sind rund 500 Hamburger Bauarbeiter in den Ausstand getreten«* und das »Hamburger Abendblatt« am 19. 7. 2002: *»Am zweiten Arbeitstag des bundesweiten Arbeitskampfes seien 2000 Bauarbeiter auf 250 Baustellen im Ausstand gewesen, so Gewerkschaftssprecher Andreas Suß. Dagegen sprach die Arbeitgeberseite von 741 Mitarbeitern auf 169 Baustellen, doppelt so viele wie am Vortag.«*

Um alle ausgewählten Baustellen wirklich dicht zu machen, war die Gewerkschaft auf die aktive Beteiligung der Beschäftigten angewiesen. Die bekam sie von Organisierten wie von nicht Organisierten. Kollegen von bestreikten Baustellen blieben, nachdem sie ihren Stempel bekommen hatten und gingen mit zu anderen Baustellen, auf denen noch gearbeitet wurde. (Der »Bremer Weser Kurier« zitierte den lokalen Streikkoordinator: *»Es werden doppelt so viele Baustellen bestreikt, wie erste Planungen der zentralen Streikleitung in Frankfurt vorsahen.«*)

Wie das »Dichtmachen« in den einfachen Fällen aussah, beschrieb die zweite Ausgabe der Streikzeitung »Extra« der IG BAU Hamburg: *»Gegen zehn Uhr marschierten etwa 700 Kollegen, darunter IG-BAU-Bundesvorstandsmitglied Christoph Burmester und IG-BAU-Vize Hajo Wilms, zu zwei nahe gelegenen Großbaustellen am Berliner Tor (in Hamburg, d. R.), um die letzten der dort noch tätigen Bauarbeiter abzuholen. Bei der Baustelle des ehemaligen Polizeipräsidiums folgten alle Beschäftigten der Firma Bilfinger + Berger der Aufforderung von Streikleiter Jürgen Lau, sich dem Streik anzuschließen. ... Wütende Pfiffe erteten Beschäftigte von Subunternehmen, die sich nicht in die Streikfront einreihen wollten. Aufgebrachte Kollegen schalteten darauf die Stromversorgung der Baustelle ab.«*

Doch so einfach war es in der Regel nicht. Kennzeichnend war eher die »robuste Art« des Streiks, die die Wut der Kollegen ausdrückte: Nach Auseinandersetzungen am ersten und zweiten Streiktag auf der Baustelle der Harburger Rathaus Passage trat die Polizei gegen die Streikenden auf, um polnischen Bauarbeitern den Zutritt zur Baustelle zu ermöglichen. In den folgenden Tagen spitze sich die Lage so zu, dass Prügeleien zwischen der (SEK gemäß ausgerüsteten) Polizei und den Streikenden drohten. Um die Lage zu entschärfen, verständigte sich der lokale Streikkoordinator mit dem Bauunternehmer darauf, dass für die Zeit des Streiks keine baugewerblichen Arbeiten durchgeführt würden, im Gegenzug aber nicht-baugewerbliche Betriebe weiterarbeiten dürften. Die Streikenden reagierten zum Teil sauer und mit Beschimpfungen der Streikleitung. Die Vereinbarung hielt nur zwei Tage. Dann hatte der Unternehmer eine einstweilige

Verfügung des Amtsgerichts Hamburg erwirkt, die der IG BAU 250.000 EUR Ordnungsgeld androhten, sollte diese die Eingänge der Baustelle für Arbeitswillige Bauarbeiter blockieren.

Für die Gewerkschaftsführung der IG BAU hatte der Streik strategische Bedeutung. Um nicht völlig in der Bedeutungslosigkeit zu versinken, musste sie einen erfolgreichen Streik führen, trotz der schlechten Bedingungen in der Bauwirtschaft, die seit 1995 fast 500.000 vom 1,5 Millionen Arbeitsplätze abgebaut hatte. Nachdem die Arbeitgeber mit der Kündigung der Rahmenverträge Konfrontation signalisiert hatten, war der Kurs für einen harten Streik somit entschieden.

Für die Beschäftigten selbst stand das Thema Lohndumping im Vordergrund: *»Es kann so einfach nicht mehr weitergehen, mit Billiglöhnen und Dumpingpreisen. Bis zum Jahresende werden alle meine Kollegen und ich entlassen. Die Firma wird dann mit billigen Subunternehmern arbeiten. Eine Angleichung der Tarife in Ost und West ist deshalb für mich das wichtigste Ziel des Streiks«*, zweite Ausgabe der Streikzeitung »Extra« der IG BAU Hamburg. (In den neuen Bundesländern sind zur Zeit 80 Prozent der Kollegen vom niedrigen Mindestlohn betroffen, laut Hivzi Kalayci, Gewerkschaftssekretär des Berliner Bezirksverbandes der IG BAU in der »Jungen Welt« vom 18. 6. 2002. Außerdem werden die zum Schutz vor Billigkonkurrenz als allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge in der Praxis unterlaufen, zum Beispiel indem für zwölf Stunden Arbeit nur acht Stunden bezahlt werden.)

Der Druck, unter dem die Baubeschäftigten im Osten stehen, machte sich im norddeutschen Raum durch ihre geringe Streikbeteiligung bemerkbar. Westdeutsche Baustellen, die im Osten lagen, wurden zum Beispiel durch Hamburger Kollegen bestreikt. Die ostdeutschen Kollegen legten zwar die Arbeit nieder, beteiligten sich aber nicht und unterstützten zum Teil auch nicht die Streikforderung. Stattdessen verwiesen sie auf die Bedrohung, den Arbeitsplatz verlieren zu können, wenn ihre Löhne steigen würden. Das gleiche Bild zeigte sich auch bei der Gadebuscher Baufirma HTG, die als Dumpingunternehmer gilt. Sie wurde von hundert Hamburger Kollegen bestreikt, die Beschäftigten selbst, gingen einfach nach Hause. Der Streik im Norden war somit überwiegend eine westdeutsche Angelegenheit. Dennoch konnte er in den ersten Tagen täglich bis auf über 2700 Streikende ausgedehnt und später in der Intensität gehalten werden.

Ab Donnerstag, dem 20. Juni, vermehrten sich Gerüchte über neue Verhandlungen mit den Unternehmern und auch in der Presse wurde darüber berichtet. Die Gewerkschaftsführung der IG BAU forderte neben der Angleichung des Ost- an den Westmindestlohn einen Mindestlohn für Facharbeiter. Dies weckte bei vielen Streikenden die Hoffnung auf eine schnelle Einigung. Dennoch fanden sich noch am Samstagmorgen etwa zehn Aktive, die im Einkaufszentrum der Hamburger Innenstadt eine Baustelle »bestreikten« (gearbeitet wurde dort nicht). Sie hatten ihr Transparent mit der Aufschrift *»Ausländische Kollegen willkommen, Dumpingunternehmer angreifen!«* aufgestellt und verteilten Flugblätter an die überwiegend gutbetuchten Passanten. Und auch am Montag, als die Verhandlungen bereits wieder aufgenommen waren, demonstrierten noch etwa tausend Streikende zum »Baugewerbe Haus« und forderten den Vertreter der Bauunternehmer zum Einlenken auf. Auf den bestreikten Baustel-

len hingegen konnte man nun das Abbröckeln des Streiks beobachten. Die Luft schien raus zu sein.

Am Dienstag, dem 21. Juni, wurde dann der erwartete Abschluss erreicht:

1) Ab 1. September 2002 werden die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen in Ost und West um 3,2 Prozent angehoben. Im Westen beträgt damit der neue Facharbeiterlohn ab 1. September 14,43 EUR und im Osten 12,87 EUR. Bisher betrug die Lohngruppe III in Hamburg 14,03 EUR.

2) Für die Monate Juni, Juli und August gibt es für die Beschäftigten in Westdeutschland alle eine Einmalzahlung von dreimal 75 EUR. Auszubildende erhalten 37,50 EUR.

3) Ab 1. April 2003 steigen die Einkommen um weitere 2,4 Prozent.

4) Der Mindestlohn (genannt *Mindestlohn 1*) im Osten wird zum 1. September 2002 auf 8,75 EUR und ab 1. September 2003 auf 8,95 EUR angehoben. Das entspricht 101,5 Prozent des bisherigen Lohns von 8,62 EUR für 2002.

5) Der Mindestlohn im Westen steigt ab 1. September 2002 auf 10,12 EUR und ab 1. September 2003 auf 10,36 EUR. Das entspricht 103,2 Prozent des bisherigen Lohn von 9,80 EUR für 2002.

6) Ab 1. September 2003 gibt es einen neuen Mindestlohn für Facharbeiter (genannt *Mindestlohn 2*) in West von 12,47 EUR und Ost von 10,01 EUR.

7) Darüber hinaus verständigten sich die Tarifvertragsparteien, für die Mindestlöhne die Allgemeinverbindlichkeit (AVE) beim Bundesarbeitsministerium zu beantragen.

8) Des Weiteren wurde eine Maßregelungsklausel vereinbart.

9) Im Bundesrahmentarifvertrag wurden verschiedene Textpassagen geändert, das heißt ohne substantielle Verschlechterungen, aber mit kleinen Verbesserungen:

◆ Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses können die Arbeitszeitguthaben noch sechs Monate eingefroren werden.

◆ Die Freistellung bei Eheschließung der Kinder ist weggefallen.

◆ Bei besonderen familiären Ereignissen kann der Arbeitnehmer frei über sein Arbeitszeitkonto verfügen. Der Anspruch kann nur aus schwerwiegenden betrieblichen Gründen verweigert werden.

◆ Bei Arbeitsstellen mit täglicher Heimfahrt fällt der Fahrkostenzuschuss erst bei einer Entfernung von zehn Kilometern an. Er beträgt 0,30 EUR, maximal jedoch 15 EUR.

◆ Die Auslöse ist nun im Bundesrahmentarifvertrag festgeschrieben und 34,50 EUR pro Tag. Für Übernachtung kann ein Unterkunftsgeld von 6,50 EUR einbehalten werden.

◆ Für Wochenendheimfahrten werden ohne Begrenzung 0,30 EUR pro Entfernungskilometer gezahlt, bei Fahrt mit dem eigenen Auto.

◆ Es entfällt die Regelung, dass der Arbeitnehmer innerhalb der Kündigungsfrist zwei Stunden freigestellt wird, um neue Arbeit zu suchen oder Arbeitsgerät zu reinigen.

10) Zur Absicherung der Zusatzversorgung im Baugewerbe wurde vereinbart, eine Kapitalstock bis 2018 aufzubauen, der die langfristigen Leistungen absichert. Die Arbeitgeber zahlen dafür ab 2003 einen um 0,52 Prozent erhöhten Sozialkassenbeitrag. Die Beihilfe der Rentner wird um 5,11 EUR gesenkt, die der zukünftigen Rentner um 8,44 EUR.

Am 3. Juli stimmten die Mitglieder der IG BAU im Baugewerbe dem erzielten Tarifergebnis in der Urabstimmung

mit 89,25 Prozent zu. Und am 4. Juli 2002, die Bau-Arbeitgeberverbände (Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und Zentralverband des Deutschen Baugewerbes).

Für die Gewerkschaft war der Streik ein Erfolg. Trotz der schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnten die oben aufgeführten Verbesserungen erkämpft werden. Der Streik fand eine größere Zustimmung und Unterstützung bei den Beschäftigten, als die Gewerkschaftsführung dies erwartet hatte. Sie konnte ihre Streikfähigkeit bei den Mitgliedern und gegenüber den Arbeitgebern unter Beweis stellen und trotz der Gefahr, dass der Streik durch deutsche und ausländische Streikbrecher unterlaufen wird, Druck auf die Arbeitgeber ausüben. Noch während des Streiks verwies die IG BAU darauf, dass sie viele neue Mitglieder aufgenommen habe und auch 32 Firmen im Zuge des Streiks entweder dem Arbeitgeberverband beigetreten seien oder eine Anerkennungstarifvertrag unterschrieben hätten. Bei weiteren 14 Unternehmen stehe die IG BAU noch in Verhandlungen.

Ob der Streik für die Streikenden und Beschäftigten der Bauwirtschaft ein Erfolg war, steht auf einem anderen Blatt.

◆ Der Mindestlohn 1 konnte nur minimal angehoben werden. Obwohl dies einer der wichtigsten Punkte für die Streikenden gewesen war.

◆ Der Abstand zwischen dem Mindestlohn 1 im Osten und dem im Westen wurde nicht verringert, sondern größer.

◆ Stattdessen wurde der Mindestlohn 2 für Facharbeiter eingeführt, der für den Raum Hamburg einen Unterschied von etwa 14,83 EUR tariflicher Stundenlohn (Lohngruppe III) zu 12,47 EUR tariflichem Mindestlohn für das Jahr 2003 ausmacht. In der Konkurrenz mit Baubeschäftigten aus dem Osten, die nach dem Mindestlohn 2 für Facharbeiter bezahlt werden, beträgt die Lohndifferenz 4,82 EURO oder ein knappes Drittel!

◆ Im Vergleich zum Mindestlohn 1 im Osten beträgt die Lohndifferenz für das Jahr 2003 5,88 EUR pro Stunde, das sind knapp 40 Prozent! Wenn die Mehrzahl der Beschäftigten im Osten weiterhin im Mindestlohn 1 eingestuft bleiben, wurde das wesentliche Ziel der Streikenden nicht erreicht.

◆ Außerdem könnte mit dem Facharbeitermindestlohn 2 den Arbeitgebern eine Ziellinie an die Hand gegeben worden sein, auf die sie die Löhne absenken können, wenn sie ihre Belegschaften mit dem Argument der drohenden Pleite weich genug gekocht haben. Dann wäre mit diesem Abschluss eine Absenkung der Löhne tariflich vereinbart worden. Für die Belegschaften in den Betrieben geht die Auseinandersetzung weiter. Sie müssen »jede Belegschaft für sich« die richtigen Eingruppierungen durchsetzen. Das wurde ihnen durch den gemeinsamen Streik nicht abgenommen – der Streik hat ihnen den Rücken dafür gestärkt.

HH., 14. 7. 2002 ■

# Forderungen aus den Betrieben wurden gedeckelt

**Nach Jahren der Ruhe an der Tariffont ist es in diesem Jahr in vielen Wirtschaftsbereichen zu Streiks in den Tarifauseinandersetzungen gekommen. Nach einigen Jahren mit Tarifabschlüssen unter der Inflationsrate ist ein Teil der lohnabhängigen Bevölkerung nicht mehr ohne weiteres zum Verzicht bereit. Dazu haben viele Erfahrungen beigetragen: Die großen Konzerne fahren Riesengewinne ein und kaufen Betriebe der Konkurrenz. Der Euro ist ein Teuro. Im Alter ist die Rente nicht sicher. Ältere müssen länger arbeiten, Jüngere bleiben draußen. Lohnverzicht schafft keine Arbeitsplätze. Für die Jugend fehlen Ausbildungsplätze. Keiner schenkt uns was. Warum sollen wir verzichten?**

Besondere Aufmerksamkeit erreichte der Streik in der Metall- und Elektroindustrie, dessen Ergebnis in der Urabstimmung in Württemberg nur eine Zustimmung von etwa 56 Prozent der Kolleginnen und Kollegen (bei EVO in Mannheim 27 Prozent, in Rastatt 28 Prozent), in Berlin 60 Prozent, jedoch in Brandenburg 71 Prozent erreichte.

## Der Vertrag

Der Vertrag schreibt bei einer Laufzeit von 22 Monaten Lohnerhöhungen von vier Prozent zum 1. Juni dieses Jahres und 3,1 Prozent zum 1. Juni 2003 fest. Zwei Nullmonate und 120 EUR im Mai, die in den nächsten Lohnrunden nicht berücksichtigt werden, ermöglichen der IG Metall die »4 vor dem Komma«. Das reale Volumen liegt im Durchschnitt der 22 Monate bei etwa 3,4 Prozent. Was davon wirklich bei den Beschäftigten ankommt, hängt auch davon ab, wie viel in den einzelnen Betrieben auf überbetriebliche Leistungen angerechnet wird.

Bedeutung wird das Abkommen von Böblingen nicht wegen der Lohnerhöhungen haben, sondern wegen des Entgeltrahmenabkommens (ERA), der die überholte tarifliche Ungleichbehandlung von gleichwertiger Arbeit mittelfristig beseitigen soll.

Die Bezahlung der Arbeiter (Lohnempfänger) und der Angestellten erfolgte bis her in zwei völlig unterschiedlichen Stufenmodellen (Lohnrahmentarifvertrag und Gehaltsrahmenabkommen). Ihre Herangehensweise von Lohn- bzw. Gehalt war verschiedenen »Spielregel« unterworfen. Neu ist, dass aus zwei unterschiedlichen Treppen in den Tarifverträgen eine gemacht wurde. ERA bedeutet einheitliche Tätigkeitsbeschreibungen für Beschäftigte, egal ob Angestellter oder Arbeiter. Nach jahrelangen Verhandlungen haben beide Seiten eine Einigung erzielt, deren Details für Laien kaum mehr vermittelbar erscheinen. Für einige Kollegen werden die für ERA vorgesehenen 0,9 Prozent günstig, für andere ungünstig auswirken. Die Auszahlung erfolgt zeitversetzt.

Auch für die Unternehmer ist die Spaltung in Arbeiter und Angestellte, die ihnen früher dienlich war, kontraproduktiv geworden. Die neuen Unternehmensstrategien und Technologien erfordern in ihrem Zusammenspiel einen in alle Richtungen durchlässigen Arbeitsmarkt. Da ist eine feste Spaltung der Beschäftigten in zwei Gruppen ein Gruß aus dem letzten oder vorletzten Jahrhundert. Gefragt ist heute vielmehr die dauernde Neuorientierung im Arbeitsleben und damit ein stetiges soziales Risiko, das nicht durch relativ feste Zugehörigkeit zu einer Statusgruppe (Angestellte)

gemindert wird. Die Arbeitskraft des einzelnen Menschen unterliegt einer ständigen Neubewertung in Lohn, Leistung, Qualifikation: Jeder muss ständig beweisen, welchen Marktwert er hat.

Martin Kannegiesser, Präsident des Unternehmerverbands Gesamtmetall, hat für die »Arbeitgeber« aus dem Tarifabschluss eine »Kostenbelastung« von lediglich 3,37 Prozent auf die gesamte Laufzeit errechnet; im Jahr 2002 seien dies 3,4 und im nächsten Jahr 3,1 Prozent. Während die Unternehmer bei dieser Laufzeit des Vertrages langfristig planen können, sehen viele Kollegen die 22 Monate als fatal an.

Besonders zufrieden sind die Unternehmer mit der vereinbarten Öffnungsklausel. »Bei wirtschaftlich schwieriger Lage können Gewerkschaften und Arbeitgeber vom Tarifvertrag abweichende Sonderregelungen treffen«, erklärte Kannegiesser. Das sei zwar schon in vielen Fällen gängige Praxis, bisher aber nirgendwo schriftlich verbrieft. »Endlich haben wir das Buch zum Film«, freute sich der Verbandspräsident. Will der Gewerkschaftsvorstand den Kolleginnen und Kollegen weismachen, dass die Unternehmer Ihre Geschäftsbücher nun wirklich offen legen, um die Anwendung der Öffnungsklausel zu begründen?

Im Norden hat schon ein Dutzend Betriebe von der Härteklausel Gebrauch gemacht. EVO-Bus (DaimlerChrysler) in Mannheim nimmt die Klausel zum Anlass, um den Gesamtbetriebsrat und entsprechend die Belegschaften zur Zustimmung zu einer »nachhaltigen Reduzierung der Personalkostendifferenz zu unseren Wettbewerbern« zu erpressen.

Mit diesem Tarifvertrag ist auch der Versuch gescheitert, auf dem Lohnsektor den Graben zwischen Ost und West einzuebnen. Die Brandenburger Metaller opponierten in der zweiten Urabstimmung nicht dagegen.

## Die Botschaft der Kollegen in den Betrieben

Aus den Betrieben ging mit hohen Forderungen eine deutliche Botschaft an die Spitze der IG Metall: In einzelnen Bereichen der Automobilindustrie wurden Lohnforderungen bis zu 18 Prozent aufgestellt. Der IGM-Vorstand musste zu den Porsche-Beschäftigten eilen, um die Belegschaft von ihrer Forderung herunter zu holen.

Nach einigen Jahren geringer Lohnabschlüsse wollten die Arbeiter diesmal – bei sichtlichen Gewinnen der Unternehmer – nicht verzichten. Schon bei dem 2,1-Prozent-Ergebnis der Tarifrunde des letzten Jahres waren Kollegen aus Protest aus der Gewerkschaft ausgetreten. Zwickel sah sich nun zu der Aussage genötigt: Beim nächsten Mal fordern wir 10 Prozent. In den Betrieben war diesmal die Aufstellung der Forderungen durch die Vertrauensleute vom Widerwillen zahlreicher Kollegen begleitet: Wir diskutieren keine Forderungen, der Vorstand macht ja doch, was er will. Gegen die 6,5-Prozent-Forderung des Vorstandes kamen dann auch nicht wenige Proteste aus den Betrieben.

In den Warnstreiks gaben die Automobilbelegschaften ihrer Haltung Ausdruck und im 90-Prozent-Ergebnis der ersten Urabstimmung manifestierte sich dann die Stimmung unter den Kollegen: Wenn sich die Top-Manager Millionengagen genehmigen können, ist auch genügend für uns da! Die Erfahrung des letzten Tarifabschlusses war nicht vergessen:

Bei nur 2,1 Prozent Lohnerhöhung sollten doch junge Leute eingestellt werden, wenn ältere Kollegen in Altersteilzeit gehen. Nichts davon ist bisher umgesetzt!

Besonders Arbeitslose sehen es als Mangel dieser Tarifrunde, dass die Überstundenverweigerung nicht als Kampfmittel eingesetzt wurde. Dafür fehlt es offenbar ganz breit an Bewusstsein bei Betriebsräten, Vertrauensleuten und Kollegen. Ausnahmen gab es, zum Beispiel in einzelnen Hallen bei DaimlerChrysler in Bremen.

### Der IGM-Vorstand unter Druck

Der Vorstand sah sich unter dem Druck einerseits der Mitglieder-Forderungen, besonders von den Automobilarbeitern, andererseits war er bei der SPD im Wort, ihr im Wahlkampf nicht zu schaden und wollte auch unbedingt auf die Unternehmer Rücksicht nehmen, um das »zarte Pflänzchen Konjunktur« nicht kaputt zu machen. Deshalb die starken Worte vom Ende der Bescheidenheit in der Tarifrunde. Wichtig ist dem Vorstand, dass vor der erwartungsvollen Basis der Glanz der magischen »4 vor dem Komma« ungetrübt erstrahlt (die vielen Erbauern von Porsche- und Mercedes Limousinen ohnehin zu kümmerlich vorkommt). Zudem hatte die IG Metall seit Abschluss des Tarifvertrags in der Chemie-Industrie, den sie selber mit 3,6 Prozent bewertete, stets erklärt, selbstverständlich komme für die Metaller nichts anderes in Betracht als ein Abschluss oberhalb dieser Marke, weil es der Metallbranche ökonomisch besser gehe als der Chemie. Auch deswegen hatte die IG Metall in der langen Nacht von Ludwigsburg am 19. April die Verhandlungen scheitern lassen. Immerhin bewertete der Stuttgarter Bezirksleiter Berthold Huber, obwohl andere Gewerkschafter niedrigere Zahlen nannten, das Angebot seinerzeit mit 3,29

Prozent, also ganze 0,17 Prozent niedriger als das, was jetzt nach Urabstimmung und Streik herauskam. Die »4 vor dem Komma« wurde mit zwei Monaten ohne Lohnerhöhung und einer Einmalzahlung erkaufte. Doch auch das war nicht ohne Streik zu haben. Hatte Bezirksleiter Huber anfangs die linken Gewerkschafter noch als Streiktrümer bezeichnet, so mussten schließlich doch die Weichen auf Streik gestellt werden.

### Erstmals Flexistreiks

Bereits vor der Urabstimmung sind viele Kolleginnen und Kollegen durch Warnstreiks in die Auseinandersetzung einbezogen worden. Begleitet wurde der Streik in Württemberg und Berlin/Brandenburg durch Warnstreiks in anderen Bezirken. In NRW waren täglich Betriebe einer anderen Stadt im Warnstreik. Als moralische Unterstützung empfanden besonders die DaimlerChrysler-Belegschaften den halbständigen Warnstreik ihrer Kollegen in Brasilien.

## Kollegen von Daimler informieren Nr. 444

Von Kolleginnen und Kollegen des Bremer Mercedes Werkes

### »Auswertung auf den Betrieb bezogen

Am 23.5. fand auch eine erste Diskussion des Tarifergebnisses auf der Vollversammlung der IG-Metall-Vertrauensleute des Werkes statt.

Man einigte sich, dass in den nächsten Monaten die Bereichsversammlungen genutzt werden, um den Ablauf der Tarifrunde bezogen auf den Bereich und das Werk diskutiert und ausgewertet wird. Dies soll dann auf der Vollversammlung im September zusammengetragen und ausgewertet werden.

### Meinungsumfrage unter Mitgliedern

Nach einer heftigen, kontroversen Diskussion wurde mit deutlicher Mehrheit beschlossen, dass unter den Mitgliedern der IG Metall des Werkes ein Meinungsbild über das Tarifergebnis erstellt wird. Ähnlich wie bei einer Urabstimmung sollen 2 bis 3 Fragen schriftlich (durch Ankreuzen auf einem »Stimmzettel«) beantwortet werden.

Natürlich hat das Ergebnis keinen Einfluss mehr auf diese Tarifrunde und darf auch nicht mit einer Urabstimmung gleichgesetzt oder verwechselt werden. Aber sie kann Einfluss auf kommende Tarifrunden haben und jedes IG-Metall-Mitglied wird gefragt und hat so die Möglichkeit, seine Meinung zum Ergebnis zu dokumentieren.

### Starken Beifall ...

...gab es im Verlauf der Diskussion zunächst für eine vorgelegte Resolution an Klaus Zwickel, die Bezirksleiter Huber und Teichmüller sowie die Mitglieder der Verhandlungskommission. Darin spiegelte sich die in der Versammlung von vielen Vertrauensleuten geäußerte Kritik an der Höhe des Abschlusses und der langen Laufzeit wider. Kritisiert wurde darin auch, dass das Verhandlungsergebnis sofort als Erfolg bejubelt wurde.

### ... aber

die Resolution endete mit der Aufforderung, die Angesprochenen würden am besten von allen IG-Metall-Funktionen zurücktreten. Dies schien denn aber doch vielen Vertrauensleuten zu heftig zu sein. Jedenfalls wurde diese Resolution von gut 62 Prozent der Anwesenden abgelehnt, nachdem der VK-Leiter und der 1. Bevollmächtigte der Ortsverwaltung ihre ganze Überzeugungskraft dagegen eingesetzt hatten.

Bosch WaW Vertrauenskörper Waiblingen 16.05.2002

### An den Vorstand der IG Metall

Tarifkommission B.-Württ., BL, Ortsvorst. VN

Liebe Kollegen!

Aus den Medien erfuhren wir das Tarifergebnis. Die »magische 4« steht vor dem Komma, so lauteten die Meldungen in der Presse. Tatsächlich aber ist das Gesamtergebnis gerade mal 3,4 Prozent + 120 Euro bei einer Laufzeit von 22 Monaten.

Das ist sehr weit von unserer eigentlichen Forderung entfernt und bedeutet in der Konsequenz einen weiteren Reallohnabbau. In der Vergangenheit wurden des öfteren die langen Laufzeiten der Lohn- und Gehaltsabschlüsse kritisiert und als Fehler bezeichnet. Trotz dieser Hinweise wurde wieder eine längere Laufzeit vereinbart. Das stößt bei den IGM-Mitgliedern auf massive Empörung. Das vorliegende Ergebnis lehnen wir ab und wir werden alle IGM-Mitglieder im Betrieb auffordern, bei der Urabstimmung mit Nein zu stimmen.

Wir fordern die Tarifkommission auf, diesen Tarifabschluss abzulehnen.

Die Belegschaft von Bosch WaW wollte am Freitag, den 17.5.02, einen Streiktag durchführen, um einen Beitrag zu leisten zur Durchsetzung einer wirklichen Reallohn-erhöhung. Wir sind auch nächste Woche bereit, für die 6,5 Prozent zu streiken.

Diese Erklärung wurde auf der Vertrauensleutesitzung am 16.5.02 einstimmig verabschiedet.

Bosch WaW Vertrauenskörper

Mit dem Streikbeginn in Württemberg wurde in keinem anderen Bezirk weiter verhandelt. Damit behielt der Vorstand den Tarifkonflikt unter seiner Kontrolle.

Auch im Metallbereich haben die Kolleginnen und Kollegen nun erste Erfahrungen mit Flexistreiks gemacht. Durch diese Kampfform wurden viel mehr Belegschaften in den Kampf einbezogen als in anderen Streiks. Der letzte Streik 1995 in Bayern wurde mit 14.000 Kollegen in 22 Betrieben ausgefochten. In diesem Jahr streikten 210.000 Kollegen in über 120 Betrieben. In Südwürttemberg war es der erste Streik seit 40 Jahren und mit Berlin-Brandenburg waren erstmals auch Ostkollegen in den Kampf einbezogen. Es waren also viele Kollegen, die praktische Erfahrungen gemacht haben: Auch Flexistreiks bringen bei der heutigen Verzahnung der Betriebe Störungen in der Produktion. Und bei dieser Kampfweise ist immer deutlich, wer schuld an einer eventuellen Aussperrung ist. Problematisch wird es, wenn Betriebsratsvorsitzende die Streiks mit dem Unternehmer absprechen, damit zum Beispiel am Samstag noch Überstunden geleistet werden, wenn am Montag gestreikt werden soll.

Den durchaus positiven Möglichkeiten, steht eine negative Seite gegenüber: Die kollektive Erfahrung von Solidarität entsteht bei tageweisen Streiks nur schwer. Doch erst durch sie wird Kraftbewusstsein entwickelt, auf dessen Basis Klassenbewusstsein entstehen kann. Dabei wächst die Bereitschaft zum Kampf, wenn erst einmal angefangen worden ist, das war auch in diesem Streik der Fall. Doch die Kollegen spürten: Der entscheidende Druck auf die Unternehmer fehlte – und dieses lasteten sie dem Vorstand an.

Die IGM scheut die drohende Aussperrung durch die Unternehmer bei einem klassischen Erzwingungsstreik. Dieser Kampf wäre finanziell nicht durchzuhalten. Doch die politische Auseinandersetzung um eine Antwort der arbeitenden Bevölkerung scheut die IGM ebenfalls: Sie thematisiert die kalte Aussperrung nicht mehr. Der Vorstand ist nicht bereit, die Mitglieder gegen diese Bundesregierung zu mobilisieren, die das Damoklesschwert der kalten Aussperrung als Disziplinierung der Gewerkschaften offensichtlich beibehalten will.

### **Weitere betriebliche Differenzierung bei Tarifverträgen?**

Die Verteilungsspielräume von DaimlerChrysler oder Porsche und die der übrigen Metallindustrie klaffen auseinander. So ist die Erwartungshaltung der Automobilarbeiter höher als der übrigen Kollegen.

Um den Druck aus den Automobilbetrieben zu kanalisieren, spricht die IGM-Spitze von einer anzustrebenden Differenzierung nach Ertragslage der Betriebe. Die Betriebsräte der großen Automobilunternehmen möchten genau so wie VW Haustarifverträge haben, damit sie noch mehr herausholen und sich profilieren können. Zwickel hatte schon im letzten Jahr das Thema angesprochen. Doch dagegen gibt es in der Gewerkschaft Widerstand, zum Beispiel in verschiedenen Tarifkommissionen. Die Realisierung dieses Vorhabens bedeutet Aufsplitterung der Kampfkraft, Abhängen der Schwächeren. Dass die Streikfähigkeit darunter leidet, wurde auch auf dem Zukunftskongress der IG Metall angesprochen. Der Vorstand will selbstverständlich nicht, dass die Gewerkschaften sich zu Schulen des Klassenkampfes entwickeln. Mit seiner Vorsorge- und Abwehrhaltung schwächt er die Position der Lohnabhängigen gegenüber dem Kapital generell.

Erinnern wir an den Ursprung der Gewerkschaften: Arbeiter schlossen sich zusammen, um die Konkurrenz unter ihnen selbst durch gemeinsame Organisation und Kampf aufzuheben. Sie erkannten, dass ihr solidarischer Kampf ihre einzige wirksame Waffe gegen die Übermacht des Kapitals ist. Alle erreichten heutigen Standards sind dem bisherigen solidarischen Kampf der Lohnabhängigen zu verdanken. Der Gewerkschaftsvorstand hat jedoch nur seine eigene Verhandlungsposition gegenüber den Unternehmern im Auge. So verkommt die IG-Metall-Politik zur Lobby von Interessen einzelner Gruppen.

### **Eingebunden in die sozialdemokratische Regierungspolitik**

Der Gewerkschaftsvorstand steht aber auch unter dem Einfluss des sozialdemokratischen Kanzlers, der besonders vor der Wahl keine Klassenauseinandersetzung will. Auch deshalb durfte die Kampfkraft der Kollegen nicht ausgeschöpft werden. Die Gewerkschaftsführung sieht sich in einer staatstragenden Rolle in dieser Gesellschaft. Sie erkennt die Gewinnmaximierung der Unternehmer als eine »Notwendigkeit« an. Daraus leitet sich ihre Strategie ab. Sie sieht deshalb in den Flexistreiks auch keine Not- oder Übergangslösung, die durch politischen Kampf ergänzt werden muss.

In der Wahlkampf-Frage sind sich die Gewerkschaften einig. Sie suchen den Konsens mit der rot-grünen Regierung und verzichten dafür sogar auf den notwendigen Streit über Schröders »Bündnis für Arbeit«. Sie verzichten darauf, mit dem Druck der Gewerkschaftsmitglieder Schröders alte Wahlversprechen in Bezug auf den Streikparagrafen einzufordern (§146 SGB, früher §116a AFG).

Schon im März hatten Schröder, Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier, Schulte, Klaus Zwickel und ver.di-Chef Frank Bsirske miteinander gesprochen: unter anderem über die laufende Tarifrunde und den Bundestagswahlkampf. Nach Protesten aus Mitgliedskreisen hatte Zwickel dementieren lassen, die Gewerkschaftsspitzen hätten zugesagt, am Ende der Tarifrunde müsse eine Drei vor dem Komma stehen.

Schröder legte Wert darauf, dass die Gewerkschaften ihre Kritik an der Bundesregierung einstellen (Klaus Lang von der Abt. Vorstand: »Die Gerechtigkeitslücke ist unter Schröder vergrößert worden«). Im Gegenzug habe er in Aussicht gestellt, die Interessen der Gewerkschaften bei künftigen sozialpolitischen Reformen zu berücksichtigen: So solle es in der kommenden Legislaturperiode nicht zur bloßen Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe kommen, die Arbeitslosenhilfe solle einen eigenständigen Charakter behalten. In der Gesundheitspolitik lautet die Konsensformel, dass die Regierung eine einseitige Belastung allein der Versicherten auf jeden Fall vermeiden werde. Doch es gibt nicht nur Mitläufer in der IG Metall: Auf dem Zukunftskongress der IGM forderten Teilnehmer, die Parität zu erhalten oder wieder herzustellen, ganz im Gegensatz zum Zukunftsmanifest, in dem eine Debatte über Alternativen zur paritätischen Finanzierung der Sozialversicherung gefordert wurde.

Der Einbindung der Gewerkschaftsvorstände in die Regierungspolitik können nur die Mitglieder selbst etwas entgegensetzen. In der Tarifrunde haben sie Einfluss genommen, auch wenn sich jetzt durch die Enttäuschung über den Abschluss die Austritte wieder häufen. Die Vertrauensleute bei DaimlerChrysler Bremen haben durchgesetzt, dass die Bremer Belegschaft zum Tarifabschluss befragt wird. ■



# Streik der Metaller in Berlin

**Die diesjährige Metall-Tarifrunde brachte eine Besonderheit mit sich: In Berlin fand der erste offizielle Arbeitskampf einer Metallgewerkschaft seit 72 Jahren statt.**

War der Arbeitskampf der Metaller 1930 eine Abwehrkampf gegen von den Unternehmern geforderte Lohnsenkungen (15 Prozent), sollte es diesmal anders herum das »*Ende der Bescheidenheit*« der gewerkschaftlichen Tarifforderungen sein. 6,5 Prozent mehr Lohn und zusätzlich (was sich von den Forderungen zum Beispiel der verdi-Fachbereiche unterschied) der Einstieg in ein einheitliches System von Entgeltgruppen für ArbeiterInnen und Angestellte (Entgeltrahmenabkommen, ERA), waren die Forderungen. Der IG-Metall-Bezirk Berlin (für Berlin, Brandenburg und Sachsen) hatte in der Gesamtorganisation durchgesetzt, dass neben Baden-Württemberg auch Berlin bzw. ein ostdeutscher Bezirk in den Arbeitskampf einbezogen wurde. Nach auch schon früher durchgeführten Warnstreiks in den Metall- und Elektrobetrieben Berlins, können die Beschäftigten jetzt auf ihren ersten tatsächlichen Tarifkampf zurückblicken.

Womit sich die Berliner Verwaltungsstelle der IG Metall und auch der Bezirk nicht durchsetzen konnten war, zeitgleich mit den KollegInnen aus Baden-Württemberg in den

Streik zu treten. So begann der Streik in Berlin eine Woche später als in Baden-Württemberg, am 13. Mai. In der vorhergehenden Urabstimmung hatten in Westberlin 85,68 Prozent und in Ostberlin und Brandenburg sogar 87,21 Prozent für einen Arbeitskampf gestimmt. Den Auftakt bildete die Arbeitsniederlegung im Daimler-Chrysler-Werk Marienfelde. In den insgesamt fünf Tagen Arbeitskampf wurden u. a. Otis, BMW, Bosch-Siemens-Hausgeräte, Babcock-Borsig, Osram und verschiedene Siemens-Betriebe bestreikt.

Die Streiktaktik der IG Metall sah einen so genannten Flexi-Streik vor. Das bedeutete, dass jeder dieser Betriebe nur einen Tag lang bestreikt wurde. Begründet wurde dies damit, Auswirkungen auf die Produktion von Betrieben in nicht bestreikten Tarifgebieten sollten vermieden werden. Nach den Änderungen des § 116 Arbeitsförderungsgesetz in den achtziger Jahren durch die Kohl-Regierung erhalten Beschäftigte kein Geld mehr vom Arbeitsamt, wenn sie durch die Fernwirkung eines Streiks auf Kurzarbeit gesetzt werden. Diese gewerkschaftsfeindliche Gesetzgebung ist auch von der Schröder-Regierung nicht zurückgenommen worden.

Die Taktik des Flexi-Streiks führte schon im Vorfeld zu Auseinandersetzungen in der IG Metall. So sollte bei BMW in Spandau lediglich die Motorrad-Produktion bestreikt werden, um Auswirkungen auf die Produktion in Bayern zu ver-

---

## Die Tarif-Ergebnisse für Berlin-Brandenburg

Für die Monate März und April gibt es nichts, für Mai werden einmalig 110 EUR gezahlt, für die Zeit vom 1. Juni 2002 bis 31. Mai 2003 gibt es eine Lohnerhöhung von 4,0 Prozent und vom 1. Juni 2003 bis zum 31. Dezember weitere 3,1 Prozent. Von den 4,0 Prozent gehen jedoch nur 3,1 Prozent in die Lohn- und Gehaltstabellen ein. Das gilt auch für die zweite Etappe, wo von den 3,1 Prozent nur 2,6 Prozent in die Tabellen einfließen. Die 0,9 Prozent und 0,5 Prozent gelten als Einmalzahlung, dafür gibt es einen Einstieg in das Entgeltrahmenabkommen (ERA). Bis zum Jahresende 2003 soll dieser ERA zwischen der IG Metall und den Berliner Metall- und Elektrounternehmern unterzeichnet und in den Jahren 2006/2007 in den Betrieben eingeführt werden.

Von Vorteil ist ERA vor allem für KollegInnen im Zeitlohn und für untere Angestelltenbereiche. Insgesamt werden bei der Angleichung einige der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen Lohnsteigerungen erhalten, es wird auf alle Fälle niemand nach unten gestuft werden. Zwischen Gewerkschaft und Unternehmern ist bundesweit festgelegt worden, dass die Kosten für die Einführung von ERA bei 2,79 Prozent der Löhne/Gehälter liegen. Die realen Kosten sind jedoch nur eingeschränkt zu berechnen, insofern sind diese 2,79 Prozent eher eine »politische« Zahl. Nachdem in dieser Lohnrunde insgesamt 1,4 Prozent der Erhöhungen nur einmalig ausgezahlt werden und nicht in die Gehalts- und Lohntabellen einfließen, wird es auch bei den zukünftigen Tarifrunden noch Anrechnungen in Höhe weiterer 1,4 Prozent geben.

Nach einer Woche Streik in Berlin wurde dann – mit geringen Abweichungen – das Ergebnis aus Baden-Württemberg übernommen. In der zweiten Urabstimmung über die Annahme dieses Ergebnisses (vom 23. bis 27. Mai) stimmten in Westberlin 62,66 Prozent und in Ostberlin und Brandenburg 70,98 Prozent für die Annahme. Damit äußerten also

etwa ein Drittel der Mitglieder ihre Ablehnung des Ergebnisses. Im anderen Streikbezirk, Baden-Württemberg, haben sogar nur 56,53 Prozent der Mitglieder dem Verhandlungsergebnis zugestimmt. Für einen großen Teil der Mitglieder war das Ergebnis zu bescheiden. Hinzu kommt, dass die IG Metall ihre seit einigen Jahren betriebene »qualitative Tarifpolitik« – hier in der Form des Entgeltrahmenabkommens – den KollegInnen kaum vermitteln kann. ERA ist dermaßen kompliziert, dass selbst hauptamtlich Beschäftigte Mühe haben, es zu verstehen. Zum zweiten wird damit die Tarifpolitik eine Angelegenheit von Expertenzirkeln im Vorstand und den Tarifabteilungen, eine Diskussion unter KollegInnen und in den Betrieben ist kaum möglich.

Für die Gewerkschaft und den Unternehmerverband stellt der Tarifabschluß im Wahljahr allerdings einen annehmbaren Kompromiss dar. Für die IG Metall steht die »4 vor dem Komma«, die Unternehmer können das reale Ergebnis auf etwa 3,37 Prozent herunter rechnen (Nullmonate, Einmalzahlungen), und vor allem wurde eine massive Auseinandersetzung vermieden, die den Wahlkampf Schröders nach ihrem Verständnis negativ gestört hätte.

Das größte Problem dieses Tarifabschlusses ist seine Laufzeit: 22 Monate. Im nächsten Jahr ist es nämlich möglich, die Tarifverträge zu den Arbeitszeiten im Osten zu kündigen. Die KollegInnen im Osten verdienen zwar dasselbe, arbeiten aber drei Stunden länger (38-Stunden-Woche). Ob die KollegInnen einen Arbeitskampf allein in Ostdeutschland und ohne Unterstützung der starken westdeutschen Bezirke führen können, ist fraglich. Die Hoffnung, im nächsten Jahr eine Lohnrunde mit der Arbeitszeit verknüpfen zu können, wurde mit der langen Laufzeit dieses Tarifvertrages zerschlagen. Klaus Zwickel hat nach der Tarifrunde auf dem Zukunftskongress der IG Metall angekündigt, nächstes Jahr die Auseinandersetzung um die Arbeitszeit aufzunehmen. Wir werden ihn daran erinnern müssen. SM, 13. 7. 2002 ■

hindern. Nur auf Druck des Vertrauenskörpers und Betriebsrats bei BMW in Spandau wurden alle Beschäftigten dort zum Streik aufgerufen. Auch in der Auswertung war diese Streiktaktik in der Berliner IG Metall sehr umstritten. Zum einen ist der Aufwand für einen eintägigen Streik vergleichsweise hoch, zum anderen ist der ökonomische Druck auf die Unternehmen relativ gering. Er macht sich hauptsächlich in der Logistik von Großunternehmen mit mehreren Produktionsstandorten und geringer Lagerkapazität bemerkbar. Die verloren gegangene Produktion kann dagegen durch Überstunden sehr schnell wieder eingeholt werden.

In allen Betrieben gab es am Ende so genannte Notdienstvereinbarungen zwischen der Gewerkschaft und der Unternehmensleitung. Dringend erforderliche Arbeiten wurden durchgeführt, Fremdfirmen auf das Gelände gelassen, die Unternehmen machten nicht den Versuch des Streikbruchs und schlossen für diesen Tag den Betrieb. Eine Ausnahme war hier Otis. Dort versuchte der Geschäftsleiter, der auch Verhandlungsführer auf Unternehmerseite war, Streikbrecher in den Betrieb hineinzulassen. Nach etwas Tumult und dem Absperren sämtlicher Tore konnte dieser Angriff jedoch durch die KollegInnen abgewehrt werden. Auch bei Bosch-Siemens-Hausgeräte kam diese Notdienstvereinbarung erst in letzter Minute zustande. Zuvor hatten sich IG-Metall-KollegInnen mit der Unternehmensleitung ernsthafte Wortgefechte liefern müssen.

Die Beteiligung am Streik war in allen Betrieben außerordentlich gut. Insgesamt haben in diesen Tagen in Berlin und Brandenburg über 18.000 KollegInnen am Arbeitskampf teilgenommen. Der größte Teil von ihnen war auch an den Betriebstoren erschienen, wenn in vielen Fällen auch nur für eine kurze Zeit. Die nicht organisierten KollegInnen oder außertariflichen Angestellten hatten sich zumeist für diesen Tag Urlaub genommen. In einem Betrieb ist es sogar gelungen, KollegInnen aus Leiharbeitsfirmen zu überzeugen, nicht den Betrieb zu betreten.

Gelegentlich hatte man aber den Eindruck, dass der Streik mit Bühnen, Podium, musikalischer Unterhaltung etc. überorganisiert war. Auch wenn durch die Taktik des Flexi-Streiks die einzelnen Betriebe nur für einen Tag dicht gemacht wurden, ist damit in Berlin gezeigt worden, dass auch nach 70jähriger Enthaltensamkeit, bei eher kleinen Industriebetrieben und einem vergleichbar geringen Organisationsgrad ein Streik möglich ist. Die KollegInnen sind für gewerkschaftliche Forderungen zu mobilisieren. Ob bei dieser großen Teilnahme am Streik das Ergebnis wirklich das »Ende der Bescheidenheit« darstellt, ist somit auch umstritten.

## ■ BERLIN: STREIK BEI OTIS

# Geschäftsleitung setzt auf Konfrontation

Der Streik der Berliner IG Metall verlief in den meisten Betrieben relativ geordnet und in Absprache mit den Geschäftsleitungen ab (u.a. über Notdienste etc.). Offensichtlich wollten die Unternehmer nicht durch eine allzu starre Haltung zusätzlich den Konflikt verschärfen. Anders beim Aufzughersteller Otis. Hier standen die Streikenden vor



erheblichen Problemen. Berlin ist zugleich auch Sitz der Verwaltung von Otis, die Anzahl der Angestellten (700) gegenüber den Arbeitern (300) höher als anderswo. Diese Situation versuchte die Geschäftsleitung zu nutzen, um im größeren Maßstab den Streikbruch zu organisieren. Wir drucken im folgenden die gekürzte Rede von Günter Triebe (Mitglied des BR und der betrieblichen Streikleitung) ab, die er anlässlich der Ausstellungseröffnung »Arbeitskämpfe in Berlin-Brandenburg« in der Mediengalerie gehalten hat.

*»Bei uns gab es ja dieses Flexistreik-Konzept (...) und wir hatten insofern Glück, daß dieses Flexistreik-Konzept aufgegangen ist, weil es ein relativ kurzer Streik war. (...) Wir wissen also nicht, wie es geworden wäre, wenn die Auseinandersetzung etwas härter geworden wäre. Wir hatten auch insofern eine besondere Situation, als wir einen sehr rabiaten Arbeitgeber hatten. Im Unterschied zu anderen Firmen wie BMW oder die Siemens-Betriebe, wo die Firmenleitungen von sich aus die Werkstore zugemacht haben und den Beschäftigten, die nicht streikbereit waren, geraten haben, zu Hause zu bleiben, sind bei uns Mitarbeiter massiv aufgefordert worden, den Streik zu brechen.*

*Wir haben am ersten Streiktag gar nicht gewusst, wie viele Tore wir im Betrieb haben, obwohl wir uns vorher alles angesehen hatten. Aber es wurde aufgemacht, was aufzumachen war. Wir hatten früher die französische Eisenbahn, die bei uns über das Gelände fuhr. Alles wurde aufgemacht, Schlösser geknackt, die wir angebracht hatten, also ziemlich rabiati. Es gab auch ein paar kurze handgreifliche Auseinandersetzungen, so mit Schubsen. Und wir sind kurz an einem Polizeieinsatz vorbeigeschraubt, weil ein Kollege uns wegen Nötigung angezeigt hat. Wir haben dann mit der Personalleitung einen Kompromiß gefunden, daß wir ein paar Streikbrecher reingelassen haben und der Personalleiter uns darauf zugesichert hat, daß keine Versuche mehr gemacht werden, Leute in den Betrieb zu holen. Das war vormittags um 11 Uhr, da hatten wir schon fast die zweite Schicht vorbei. Wir hatten Sonntagabend nach Himmelfahrt um 22 Uhr begonnen und der Streik dauerte 24 Stunden. Wir sind also erst am vormittag um 11 Uhr zum Durchatmen gekommen (...) Wir waren hauptsächlich damit beschäftigt, Gruppen von Streikposten irgendwohin zu schicken, wo wir über Handy erfahren haben, daß sich dort eine Lücke aufgetan hatte.*

*Am zweiten Streiktag war das allerdings ein bisschen anders. Wir hatten vorher als Betriebsrat ein Gespräch mit der Personalleitung gesucht und ihnen gesagt, wenn sie weiter an einer Eskalation interessiert sind, dann machen*



wir das gerne mit und streiken am Donnerstag auf dem Gelände und nicht mehr vor dem Gelände. Das hätte also so was wie Betriebsbesetzung gegeben. Wir hätten uns auch vorstellen können, eine Polonäse durch die Angestelltenbereiche zu machen. Das wollten sie dann doch nicht. Am zweiten Streiktag haben sie dann alle Tore dichtgemacht, nur ein Tor für Fußgänger ist offen geblieben. Über diesem Tor haben wir dieses Schild angebracht, »Eingang für Streik-

brecher«. Wir hatten Zettel vorbereitet, wo die Kollegen oder Nicht-Kollegen, die unbedingt arbeiten wollten, unterschreiben sollten, dass sie auf die Tarifierhöhung verzichten. Es gab sogar zehn Knallköpfe, die das gemacht haben. Diese Zettel haben wir uns aufgehoben, falls es mal um die Erhöhung der Leistungszulage geht.

Wir hatten am zweiten Tag insofern ein völlig anderes, positives Ergebnis, weil wir eine gemeinsame Streikerfahrung hatten. Die Kollegen waren nicht wie am ersten Tag über das ganze Gelände verstreut und haben zu Zehnt oder Fünftehnt für sich alleine gekämpft, sondern wir haben gemeinsam vor einem Tor gestanden. Das war ein grandioses Erlebnis und hat gemeinsam Spaß gemacht, es hatte dann fast schon Volksfestcharakter.

Wir waren auch vorgesehen für den Dienstag nach Pfingsten als dritten Streiktag. Aber unser Geschäftsführer, Herr Dr. Fischer, der Verhandlungsführer bei den Arbeitgebern ist, wollte mit aller Macht verhindern, dass Otis ein drittes mal dran ist und hat dann wohl entscheidend dazu beigetragen, dass es in der Nacht von Freitag auf Sonnabend vor Pfingsten doch zu einer Übernahme des Tarifabschlusses von Baden-Württemberg für Berlin und Brandenburg gekommen ist. Und wir sind auch ganz stolz, dass wir dazu einen Teil beitragen konnten. ■

## Tarifrunde bei der Post

**Auf den ersten Blick sieht dieser Tarifabschluss aus wie einer, der in den 80er Jahren vereinbart wurde. Mit einer Steigerung der Löhne um 3,5 Prozent erreichte die Gewerkschaft bei einer zu erwartenden Inflationsrate von weniger als 2 Prozent einen Reallohnzuwachs. Auch blieb das Ergebnis über 50 Prozent der Ausgangsforderung von 6,5 Prozent, was schon immer von der Gewerkschaft als ein Zeichen ihrer Stärke gedeutet wurde. Und doch war in dieser Tarifrunde einiges anders als in den 80er Jahren.**

### High-Tech in den Briefzentren

Schrieben wir vor einigen Jahren, dass die Bearbeitung der Post zunehmend zentralisiert wird und die Arbeit der Beschäftigten in den großen Städten in fabrikähnlichen Arbeitsstätten stattfindet, so hat sich diese Entwicklung in den letzten Jahren weiter fortgesetzt. Die Postfabriken, die noch immer einen hohen Anteil von manueller Arbeit aufwiesen, haben sich in den vergangenen Jahren in High-Tech-Zentren gewandelt. Die Handbearbeitung der Sendungen ist auf einen Anteil von unter zehn Prozent gesunken. Die Maschinen schleusen bis zu 35.000 Briefe pro Stunde durch die einzelnen Bearbeitungsstufen.

Die Konzentration auf bundesweit nur noch 83 Zentren hat die Postbearbeitung störanfälliger gemacht. Ausweichmöglichkeiten etwa bei kurzfristigen Streiks gibt es nicht. Nicht bestreikte Zentren können die Briefe bestreikter Betriebe nicht mehr verarbeiten, da sie aus Kostengründen so ausgelegt sind, dass sie nur die Sendungen des eigenen Einzugsbereichs verarbeiten können. Darüber hinaus gibt es kaum noch personelle Reserven. Der Einsatz von Abrufkräften ist durch Gerichtsurteile beschränkt worden. Der Verwaltungskörper, der früher in Notzeiten in die Betriebe beordert

wurde, ist auf das unmittelbar notwendige Maß reduziert worden. Und ein Übergang zur Handarbeit ist bei größeren Briefmengen weder von Streikbrechern noch den wenigen in den Betriebstellen verbliebenen Beamten zu leisten. Die Kunden können auch nur begrenzt auf die Konkurrenz ausweichen, weil die Post aufgrund ihrer Monopolstellung für Briefe unter 200 g derzeit allenfalls lokal Konkurrenten hat.

### Änderung der Zusammensetzung der Beschäftigten

Mit der Umstrukturierung der Bundespost in die Deutsche Post AG hat sich nicht nur logistisch und technologisch die Bearbeitung der Post radikal gewandelt, auch die Belegschaft ist umstrukturiert worden. Über großzügige Abfindungs- und Frühverrentungsangebote hat es das Unternehmen in den letzten Jahren geschafft, einen großen Teil ihrer Belegschaft loszuwerden. Sie hat auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet, weil sie ihr gutes Verhältnis zur Postgewerkschaft nicht gefährden wollte. Denn diese war nach wie vor bereit, die Umstrukturierung der Post zu einem privatwirtschaftlichen agierenden Unternehmen zu unterstützen, sofern sie weiterhin der zentrale Gesprächspartner in sozialen Fragen bleiben durfte.

Ab 1999 kam für die Unternehmensleitung noch ein weiteres Motiv für den Abbau des Personals hinzu. Der Post AG war es gelungen, der Gewerkschaft einen Tarifvertrag abzuhandeln, der für Neueingestellte einen um etwa 30 Prozent geringeren Lohn vorsieht. Die unter den neuen Bedingungen eingestellten Kräfte erhalten auch eine Vielzahl von Sozialleistungen nicht mehr. Für Neueingestellte, falls sie Kinder haben, entfällt der Sozialzuschlag, eine Unterstützung, auf die besonders Alleinstehende angewiesen sind. Ebenso gelten die Beihilfe-Regelungen nicht mehr, die bei privat zu zahlenden Krankheitskosten Zuschüsse des Unternehmers vorsehen. Auch haben Neueingestellte keinen Anspruch auf

die Erschwerniszulage. Sie bekommen eine drastische reduzierte Betriebsrente etc. Darüber hinaus arbeiten die meisten von ihnen weniger Stunden als die Alt-Beschäftigten.

Da verwundert es nicht, dass die Post ihre langjährigen MitarbeiterInnen so schnell wie möglich loswerden will. Gnadenlos, mit legalen, halblegalen, aber auch mit illegalen Mitteln, massivem Druck und persönlichen Drohungen versuchen die Niederlassungsleiter diese »Kostenfaktoren« loszuwerden und statt ihrer billigere Arbeitskräfte einzustellen. Sie konzentrieren sich derzeit auf diejenigen, die häufiger krank sind.

Mit der Einführung des neuen Tarifvertrages für die Entlohnung der Arbeiter hat sich die soziale Zusammensetzung der Beschäftigten verändert. Während früher viele aus bestehenden Arbeitsverhältnissen zum Unternehmen wechselten, vor allem weil der Verdienst höher war und sich die Arbeitszeiten, bzw. der Schichtdienst, besser mit der familiären Situation vertrug als die bisherigen, fangen heute bei der Post fast ausschließlich ArbeiterInnen an, deren Lebenssituation prekär ist: Studenten, deren Bafög nicht ausreicht, junge Menschen, die keine Ausbildung abschließen konnten und noch zu Hause bei den Eltern leben, Menschen, die sich aus unterschiedlichen Gründen von einem schlecht bezahlten Job zum anderen hangeln.

Als Teilzeitbeschäftigter allein mit dem Verdienst bei der Post lässt sich heute kein eigener Haushalt mehr führen. Aber auch die berufliche Perspektive ist kaum besser als bei anderen Jobs, so dass die Nachteile beim Verlust des Arbeitsplatzes gerade von jüngeren Beschäftigten als nicht so dramatisch empfunden werden. Die Fluktuation ist groß, die Identifikation mit dem Unternehmen entsprechend gering.

Dies spiegelt sich in der betrieblichen Situation wider. Während früher die neu eingestellten Beschäftigten recht schnell in den Arbeitsprozess integriert wurden, ist dies heute schwieriger geworden. Die Neueingestellten bilden häufig eigene Gruppen. Auch für die Gewerkschaften sind sie schwer erreichbar. Zum einen gehen sie nicht davon aus, dauerhaft in dem Unternehmen zu arbeiten, zum anderen können ihnen die wenigen noch aktiven Gewerkschafter nicht klar machen, weshalb sie einer Organisation beitreten sollen, die mit dem Arbeitgeber verabredet hat, dass sie deutlich weniger Einkommen und Sozialleistungen erhalten als andere KollegInnen.

### **Streikforderung und Verlauf**

Angesichts dieser schlechten Rahmenbedingungen erschien auch aktiven KollegInnen die Aufforderung zu einem Streik mit erheblichen Unsicherheitsfaktoren belastet zu sein. Zudem hatte die Gewerkschaft seit 1994 keine Tarifaufeinandersetzung mehr mit Arbeitsniederlegungen begleitet.

Doch als dann der Aufruf erfolgte, waren alle überrascht, dass die Anzahl der Streikbrecher wie in früheren Zeiten gering war. Sie verteilten sich etwa zu gleichen Teilen auf Alt- und Neubeschäftigte. Bei den erst kurz bei der Post beschäftigten Kräften nahmen viele nur deshalb nicht am Streik teil, weil ihnen niemand den Charakter der Maßnahme erklärte. Dort, wo noch Vertrauensleute im Betrieb sind, oder aber aktive Gewerkschafter sich in den Produktionsstätten zeigten, konnten auch diese Beschäftigten in die Streikaktivitäten mit einbezogen werden.

Die große Bereitschaft, dem Aufruf der Gewerkschaft zu folgen, lag weniger an den Forderungen selber als an dem all-

gemeinen gesellschaftlichen Klima. Die Lohnforderung bewegte sich im Rahmen der anderen Gewerkschaften und spiegelte nichts Postspezifisches wider.

Die Beschäftigten hatten das Bedürfnis, dem Arbeitsgeber mal wieder zu demonstrieren, dass sie nicht grenzenlos verfügbar seien. Auch drückt sich in ihrem Verhalten aus, dass sie von der Bundesregierung derzeit keine Verbesserung ihrer materiellen Situation erwarten.

Für die Gewerkschaftsführung war es nicht zwingend, ihre Forderung mit einem Streik durchzusetzen. Der Aufruf erfolgte nicht, weil es keine andere Möglichkeit gab, ein Ergebnis zu erzielen. Die Post hatte rechtzeitig signalisiert, dass sie in Verhandlungen ein Ergebnis erreichen wolle. Das Motiv für die Gewerkschaftsführung, die Beschäftigten zu Arbeitsniederlegungen aufzufordern, war ein anderes. So wie andere Gewerkschaften auch, leidet sie unter einer schleichenden Auszehrung ihres Mitgliederbestandes. Sie kann immer schwerer vermitteln, welche Vorteile die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft noch hat. Nichts aber kann dies besser demonstrieren als ein Streik. Denn nur Gewerkschaftsmitglieder erhalten Streikgeld.

Beispielhaft lässt sich dies an der Situation in Berlin aufzeigen. Hier rief die Gewerkschaft die Beschäftigten aller vier Briefzentren auf, die Arbeit niederzulegen. Sie organisierte Busse, um die Streikenden zu einem Sammelpunkt beim Briefzentrum 12 in Schönefeld zu bringen. Dies liegt allein auf weitem Feld. Das eigene Anliegen konnte so nicht in die Öffentlichkeit getragen werden. Allein die Wirkung nach innen bestimmte die Wahl des Kundgebungsortes.

### **Bilanz des Streiks**

Die erste Streikwelle, die nur die Briefzentren erfasste, reichte, um zu einem Ergebnis zu kommen. Der Abschluss in Höhe von 3,5 Prozent ab 1.6.2002 und weiteren 3,2 Prozent ab 11.6.2003 liegt im oberen Bereich der Tarifverträge, die in diesem Jahr abgeschlossen wurden. Angesichts der hohen Gewinne, die das Unternehmen in den letzten Jahren eingefahren hatte (allein in der jüngsten Jahresbilanz verkündete die Post einen Gewinn von über 2,5 Milliarden und erhöhte damit die Dividenden der Aktionäre um satte 37 Prozent), war der Spielraum für einen Reallohnzuwachs gegeben.

Neben der Lohnerhöhung erreichte die Gewerkschaft noch die Gleichstellung der Beschäftigten in Ost und West beim Weihnachtsgeld, einem der wenigen bei der Post noch nicht angeglichenen Lohnbestandteile von Ost- und Westarbeitern.

Der Abschluss wurde von den Beschäftigten ohne Protest aufgenommen. Das Ergebnis übertraf sogar die Erwartungen der meisten. Sie hatten das gute Gefühl, mit minimalem Aufwand ein Ergebnis erreicht zu haben, das in der gegenwärtigen Zeit als passabel gelten kann.

Weniger als die Höhe des Ergebnisses ist jedoch bei diesem Streik wichtig, dass die KollegInnen trotz der Umstrukturierungen, der Rationalisierungen nicht soweit eingeschüchtert sind, dass sie auf Arbeitsniederlegungen zur Durchsetzung ihrer Interessen grundsätzlich verzichten. Auch wenn der Streik im Wesentlichen von der Gewerkschaftsführung organisiert wurde, bieten sich doch für die aktiven Kolleginnen und Kollegen einige Ansatzpunkte für die weitere gewerkschaftliche und betriebliche Arbeit.

Berlin, 02.08.2002 ■

## Landesweiter Streik im privaten Busverkehr

Die Streiks im privaten Busverkehr in Hessen im Juli sind in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Bisher waren zwar die auf Massenverkehrsmittel mehr oder weniger angewiesenen Teile der Bevölkerung gelegentlich mit Streiks des Fahrpersonals konfrontiert, doch hatte es sich bisher immer nur um die Fahrer der im kommunalen Eigentum befindlichen öffentlichen Nahverkehrsbetriebe und ihrer im städtischen Ballungsraum konzentrierten Buslinien gehandelt. Der öffentliche Dienst streikt jedoch derzeit nicht. Tarifverhandlungen beginnen überhaupt erst im Spätherbst, wenn die Tarifkommissionen der ver.di-Fachbereiche 6 (Bund/Länder) und 7 (Gemeinden), wie derzeit vorgesehen, am 23. Oktober ihre Lohn-/Gehalts-Forderungen beschließen. In der gegenwärtigen Auseinandersetzung stehen deshalb nicht die Busse der öffentlichen Nahverkehrsbetriebe still, sondern nur diejenigen der privaten Unternehmen, die im Landesverband der hessischen Omnibusunternehmen (LHO) zusammengeschlossen sind (auf Gewerkschaftsseite führt die Tarifverhandlungen der ver.di-Fachbereich 11 – Personenverkehr). Einen landesweiten Streik gegen die privaten Busunternehmen aber gibt es zum ersten Mal.

Die Lage der BusfahrerInnen bei privaten Unternehmen ist deutlich schlechter als im kommunalen Nahverkehr. In der früheren ÖTV war der Öffentliche Dienst eindeutig der Schwerpunkt, alle anderen Bereiche wurden geradezu stiefmütterlich behandelt. Das lag nur zum Teil an deren relativ geringen ökonomischen Gewicht, der Zersplitterung in viele Klein-, bestenfalls Mittelbetriebe (Speditionen, Busunternehmen, Arztpraxen, Friseurbetriebe, Reisebüros etc.) und dem dadurch mit bedingten geringen Organisationsgrad. Politisch entscheidend war vielmehr, dass die ÖTV den öffentlichen Dienst – insbesondere der Gemeinden – zur Hochburg der Sozialpartnerschaft ausbauen konnte; auf beiden Seiten des Verhandlungstisches geben sich Sozialdemokraten die Hand und wechseln auch beruflich/politisch häufig hin- und herüber.

Die kleinen Bereiche der Privaten wurden als lästige Kostgänger mitgeschleppt, für sie riss man sich kein Bein aus, auch wenn es um identische Tätigkeiten und Arbeitsbereiche ging, wie etwa das Fahren eines Busses. Fahrer von Privatunternehmen werden schlechter bezahlt, haben kürzere Ruhepausen, weniger Urlaubstage etc. Zählt man die Tarifbedingungen eines Busfahrers, der unter den Bundesmanteltarifvertrag der Gemeindearbeiter (BMT-G) fällt, zusammen, bewertet sie nach Punkten und setzt dieses so ermittelte Niveau gleich hundert Prozent, so kommt man mit der gleichen Methode in Hessen bei einem Busfahrer eines im LHO organisierten Privatunternehmens in dessen Tarifvertrag nur auf 60 Prozent des BMT-G (in den Ländern ist es unterschiedlich, in Bayern etwa 80 Prozent).

Dies hat jahrzehntelang keine wichtige Rolle gespielt. Zum einen waren die Kräfteverhältnisse in der ÖTV dafür eben ungünstig, zum anderen aber spiegelten sie durchaus die damalige Realität. Öffentliche Nahverkehrsbetriebe sind viel stärker im städtischen Ballungsraum konzentriert. Nicht nur der höhere Organisationsgrad, sondern auch diese günstigere strategische Lage (»Marktposition«) begründete die

Streikfähigkeit der FahrerInnen im öffentlichen Nahverkehr zulasten derjenigen bei den privaten Unternehmen. Schließlich kommt hinzu, dass eine Verbindung zwischen beiden Fraktionen des Busfahrpersonals von den KollegInnen nicht gesucht, von der Gewerkschaftsführung nicht vermittelt wurde. Die Arbeitsbedingungen wurden gegenseitig nicht diskutiert, so dass eine Grundlage für Solidarität nicht zustande kam.

Den Nachteil hatten zunächst nur die Fahrer der Privatunternehmen; eine ökonomische Konkurrenz zwischen öffentlichen und privaten Buslinien in bedeutendem Maße gab es lange nicht. Doch nun sind es gerade die ökonomische Entwicklung des kleinen und mittleren Transportkapitals einerseits und die Auswirkungen der kommunalen Finanzmisere andererseits, die den KollegInnen die Notwendigkeit von Solidarität vor Augen führt. Mit einer Öffnungsklausel im BMT-G von 1995 wurde es den öffentlichen Nahverkehrsbetrieben möglich gemacht, Outsourcing unrentabler Buslinien in bestimmtem Umfang zu betreiben und damit die Standards – zunächst für Betroffene, tendenziell für alle – zu senken. Private Busunternehmen erwerben öffentliche Linien, kommunale Betriebe legen sich privatrechtliche Tochterunternehmen zu. Der Frankfurter Nahverkehrsbetrieb VgF etwa besitzt 51 Prozent der Firma »In-der-City-Bus GmbH« und will Neueinstellungen künftig nur noch in diesem Betrieb vornehmen, so dass irgendwann infolge »natürlicher Fluktuation« kein Fahrer mehr unter der Flagge des öffentlichen Dienstes arbeitet.

Die ÖTV (später ver.di) reagierte darauf, indem sie örtliche Anwendungsvereinbarungen schloss, mit denen sie tarifliche Standards zu verteidigen hoffte. Den Zukauf privater Tochterunternehmen versucht die Gewerkschaft durch den Abschluss von Haustarifverträgen einzudämmen, die möglichst nahe an das BMT-G-Niveau herankommen (zum Beispiel in Hanau bei der neuerdings zur Hanauer Straßenbahn gehörenden »Kraftverkehr Kinzigtal GmbH«). Diese Taktik stößt natürlich auf den Widerstand der Unternehmen und der kommunalen Haushaltspolitiker. Also mussten die Belegschaften der Privatunternehmen einbezogen werden. Mit der Gründung des ver.di-Fachbereichs 11 haben sich die organisatorischen Rahmenbedingungen verbessert. Allerdings läuft vieles noch zersplittert und je nach den örtlichen, auch subjektiven Bedingungen.

Durch die neue Verflechtung von öffentlichem und privatem Nahverkehr durch Aufkauf privater Buslinien oder Outsourcing kommunaler Linien lernen sich die KollegInnen neuerdings kennen, besonders dort, wo es bewusst organisiert wird. Die drohende Verschlechterung bei den öffentlichen Betrieben, die Perspektive einer Verbesserung bei den privaten ist Grundlage für Solidarität und Kampfbereitschaft. Erstmals gibt es einen landesweiten Streik von Busfahrern bei Privatunternehmen. Schwerpunktartig läuft er allerdings nur im Rhein-Main-Gebiet, und auch dort wird er in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, verglichen etwa mit einem Streik der kommunalen Verkehrsbetriebe. Am meisten sind PendlerInnen betroffen, die aus dem Umfeld in die mittleren und größeren Städte zur Arbeit fahren, soweit sie nicht auf die Bahn umsteigen können.

Ein Problem sind Streikbrecher, deren Einsatz für die Unternehmen durch die komplizierte Tarifstruktur erleichtert wird. Außer der Unterscheidung von öffentlichen und privaten Betrieben gibt es bei letzteren noch eine weitere Zer-

splitterung in unterschiedliche Tarifbereiche: Neben den in Hessen der LHO angeschlossenen Unternehmen gibt es noch die Busfahrbetriebe der Energieunternehmen, der nicht bundeseigenen Eisenbahnen sowie solche, die keinem Unternehmerverband angehören und daher nicht tarifgebunden sind. Für diese Bereiche gibt es völlig unterschiedliche Laufzeiten der Tarifverträge und damit Friedenspflicht. Gewerkschaften sind dadurch zwar nicht auf immer und ewig machtlos gegen Streikbrecher, aber unter gegenwärtigen Verhältnissen ist das ein schwer zu überwindendes Hindernis. Das politische Klima müsste sich entscheidend ändern, bevor Funktionäre und Mitgliedschaft der Gewerkschaften bereit sind, in breitem Umfang gegen die sozialpartnerschaftlich verankerte Friedenspflicht zu verstoßen. Ein einfacher Streik in der relativ kleinen Sparte der privaten Busunternehmen reicht dazu noch nicht aus.

Eine Auswertung des noch laufenden Streiks kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorgenommen werden. Soviel aber lässt sich schon sagen: Auch wenn die Bedingungen für einen Erfolg dieses Streiks strategisch vorerst noch schlecht sind – der städtische Ballungsraum nicht im Nerv getroffen werden kann – ist er gewerkschaftlich bereits ein Gewinn. Er zeigt auf, dass auch unter den Bedingungen der Marktradikalisierung und Verschleuderung öffentlichen Eigentums Kämpfe möglich sind und neue Beschäftigtengruppen in die Auseinandersetzung eingreifen, die in früheren Zeiten nicht daran gedacht hätten.

24. 7. 2002 ■

## ■ ARBEITSKAMPF DER ANGESTELLTEN LEHRKRÄFTE IN BREMEN

# Einstellungspolitik des Senats führt in die Sackgasse

**Seit August 1981 wurden in Bremen Lehrkräfte nicht mehr verbeamtet, von wenigen Ausnahmen abgesehen. In den folgenden Jahren hat der Senat immer weniger Lehrkräfte eingestellt. Immer weniger Abiturienten nahmen das Lehrstudium auf. Stellen der pensionierten Lehrkräfte wurden nicht wieder besetzt.**

Heute sind Lehrkräfte Mangelware. Die Bundesländer konkurrieren um junge Lehrer. Um in Bremen ausgebildete Referendare zu halten, sah sich der Senat gezwungen, nun genau so wie andere Bundesländer neu eingestellte Lehrkräfte zu verbeamteten. Darüber hinaus musste dafür gesorgt werden, dass ältere Lehrerinnen und Lehrer nicht auch noch von anderen Bundesländern abgeworben wurden. Deshalb wurde für einen Zeitraum bis 31.01.2002 das Höchstalter für die Verbeamtung von Lehrkräften von 40 auf 45 Jahre heraufgesetzt. Das führte dazu, dass von 2000 angestellten Lehrkräften in Bremen weitere 1000 verbeamtet wurden. Die verbliebenen 1000 Pädagogen sind dem Senat zu alt. Sie werden auch gegenüber den übrigen Angestellten des Bremischen Öffentlichen Dienstes benachteiligt, indem ihnen zum Beispiel der – im Bundesangestelltentarifvertrag geregelte –

Bewährungsaufstieg nach langjähriger Dienstzeit vorenthalten wird. Diese Zurücksetzung empfanden die angestellten Lehrkräfte als Provokation. Sie führte bei ihnen zu starker Unzufriedenheit.

## GEW organisiert die Angestellten um ihre Forderungen

Die Benachteiligung der Angestellten war von der GEW immer wieder auf stadtbremischen Personalversammlungen thematisiert worden. Am 25.09.01 forderte eine Personalversammlung der angestellten Lehrkräfte einen Nachteilsausgleich für alle angestellten Lehrerinnen und Lehrer und begrüßte die Initiative der GEW nach Tarifverhandlungen für einen Bewährungsaufstieg. In der Bremer GEW wurde eine Tarifkommission gebildet: 19 Mitglieder schlugen die Betriebsgruppen vor, dazu kamen drei Vorstandsmitglieder. Am 28.11.01 wurden dem Präsidenten des Bremer Senats, Bürgermeister Henning Scherf (SPD), nach einer Demonstration die Forderungen nach Verbeamtung und nach einem Bewährungsaufstieg (wie er im Bundesangestelltentarif vorgesehen ist) übergeben.

In zwei Gesprächen mit den zuständigen Staatsräten forderte die Bremer GEW Tarifverhandlungen für die angestellten Lehrkräfte. Begleitet wurden die Gespräche mit noch zaghaften Warnstreiks in Bremer Stadtteilen. Als der Senat nur auf die Tarifkommission der Länder als angeblichen Vertragspartner der Gewerkschaften verwies, Tarifverhandlungen damit ablehnte und nicht auf die Aktionen der GEW reagierte, bereiteten Vorstand und Tarifkommission weitere Schritte in der Auseinandersetzung vor.

Eine Teilpersonalversammlung der angestellten Lehrkräfte beriet das weitere Vorgehen und forderte Nachteilsausgleich für angestellte Lehrkräfte. Die Beratung der aktiven Kolleginnen und Kollegen über die nächsten Kampfschritte wurde zu einem wichtigen Moment in diesem Arbeitskampf: In den Stadtbezirken Ost, Nord, Süd und West wurden gewerkschaftliche Arbeitskreise eingerichtet.

## Streiks der angestellten Lehrkräfte

Noch vor den Osterferien, am 21. März, fand der erste ganztägige Warnstreik der angestellten Lehrkräfte statt. In einer Information an die Eltern hieß es:

*»Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!*

*Rund 1000 angestellte Lehrkräfte arbeiten mit rund 4000 verbeamteten Kolleginnen und Kollegen in den selben Schulen mit den selben Schülern. Aber:*

■ *Wir Angestellten erhalten für die gleiche Arbeit netto bis über 500 EUR monatlich weniger.*

■ *Wir Angestellten sind im Krankheits-/Versorgungsfall schlechter gestellt.*

■ *Zusätzlich schließt uns der Senat von den Aufstiegsmöglichkeiten aller anderen im Öffentlichen Dienst beschäftigten Angestellten, dem Bewährungsaufstieg, aus.*

*Deshalb fordern wir: Wenn der Senat uns nicht verbeamteten will, so muss er uns zumindest gleich behandeln mit den anderen Angestellten des Öffentlichen Dienstes.«*

Die Schulbehörde wandte sich mit einem Schreiben an die Leiter aller 170 Schulen in Bremen: Aktionen, »die zum Fernbleiben der Lehrkräfte von ihrem stundenplanmäßig festgelegten Unterricht führen«, seien »rechtswidrig« und würden als »Verletzung der dienstlichen Pflichten« gewertet. Es drohe Gehaltsabzug, im Wiederholungsfall auch weitere arbeits- und dienstrechtliche Maßnahmen.

Das beeindruckte die Kolleginnen und Kollegen nicht. Die Schule am Waller Ring wurde von etwa 400 Lehrerinnen und Lehrern ab 7 Uhr abgeriegelt. Um 8 Uhr war klar: Es findet kein Unterricht statt. Um 9.30 Uhr zogen die streikenden Lehrer in einem Demonstrationszug zu einer Kundgebung in der Innenstadt. Diese Aktion vermittelte den teilnehmenden Lehrerinnen und Lehrern, die viele Jahre so viel einstecken mussten, wieder ein Gefühl von Stärke.

Während Bildungssenator Lemke den Streik als nicht akzeptabel bezeichnete, wuchs die Zustimmung in der Öffentlichkeit. IG Metall, ver.di, Polizeigewerkschaft und ZEB unterstützten die populäre Forderung der GEW »gleiche Arbeit gleicher Lohn«. Die Aktionen der Lehrerinnen und Lehrer hatten im Gegensatz zu vorhergehenden Jahren eine gute Presse. Die GEW verzeichnete vermehrt Eintritte unter angestellten Kolleginnen und Kollegen. Sie gab bekannt: 700 der etwa 1000 angestellten Lehrkräfte sind organisiert.

Nach den Osterferien wurde dann die Urabstimmung durchgeführt. Öffentlichkeitswirksam gab der Vorstandssprecher der Bremer GEW das Ergebnis bei der Kundgebung am 1. Mai bekannt: 96,8 Prozent für Streik. Er rief die angestellten Lehrkräfte in Bremen zu begrenzten Arbeitsniederlegungen auf.

Der Senat versuchte die Lehrkräfte zu verunsichern und den Streik in der Öffentlichkeit als unrechtmäßig darzustellen. CDU-Finanzsenator Perschau gab von sich, schließlich sei alles im BAT geregelt. Doch dieses Manöver verfing nicht.

Nachdem am 15. Mai das Schulzentrum Drebberstraße von 200 Pädagogen aus 30 Schulen im Bremer Osten lahmgelegt worden war, sagte der Senat ein Angebot zu und GEW setzte daraufhin den Arbeitskampf aus.

### »Ein unmoralisches Angebot«

Am 28. Mai lag das »Angebot« des Senats der Großen Koalition vor:

150 Beförderungsstellen für die über 1000 Angestellten wollte der Senat schaffen. Im Gegenzug sollen dafür 3200 verbeamtete Lehrkräfte eine halbe Pflichtstunde länger unterrichten. Gleichzeitig versuchte der Senat auf gerichtlichem Wege mit einem Eilantrag der GEW ohne mündliche Verhandlung Streiks bei Androhung eines Zwangsgeldes von 250.000 EUR zu verbieten. Er scheiterte damit.

Die Kolleginnen und Kollegen erkannten das Ziel des Senats: Die Lehrerschaft sollte gespalten werden. Ein Bremer Anzeigenblatt bezeichnete den Vorgang als Politposse und sah »ein unmoralisches Angebot«. Die GEW kommentierte: Das Angebot ist nicht kostenneutral, wie vom Senat propagiert. Es wäre für den Finanzsenator ein riesiges Geschäft auf Kosten der Lehrkräfte. Während 150 Beförderungen gut eine halbe Million EUR im Jahr kosten, würde eine solche Arbeitszeitverlängerung über drei Millionen Euro im Jahr einsparen. Die Mehrheit der angestellten Lehrkräfte würde hierbei leer ausgehen. Die Bremer Lehrerschaft, die bereits heute die meisten Unterrichtsstunden pro Woche erteilt, würde noch einmal zusätzlich enorm belastet.

Das Angebot des Senats wirkte als weitere Provokation auf die Kolleginnen und Kollegen. Die sofortige Antwort der GEW: Eine Schule in Bremen Nord wurde für einen Tag von den angestellten Lehrkräften lahm gelegt. Die verbeamteten Kollegen wurden zur Solidarität aufgerufen. Am 3. Juni wurde noch eins drauf gelegt: 200 Angestellte streikten im Bremer Süden, dabei wurden fünf Schulen blockiert. Der

Streik führte darüber hinaus zu Störungen des Schulbetriebes im gesamten Süden Bremens.

SPD-Senator Lemke, von PISA getrieben, hatte sich derweil im Bildungswesen Finnlands umgesehen und ging mit einer neuen Offensive in die Öffentlichkeit, die eine Bremer Tageszeitung in der Schlagzeile »Mehr Erfolg bei geringeren Lehrerlöhnen« zusammenfasste.

### Rückhalt vom Gericht

Während das Gericht am 6. Juni wegen der einstweiligen Verfügung des Senats tagte und die Parteien dazu anhörte, waren alle angestellten Lehrerinnen und Lehrer Bremens zum Streik aufgerufen. Sieben Schulen wurden unter Sympathie der beamteten Lehrkräfte blockiert. 2000 Schüler waren betroffen. Vor dem Haus des Finanzsenators demonstrierten 800 Lehrkräfte. Die regionalen Vorsitzenden von DGB, ver.di und IG Metall bekundeten ihre Solidarität; außerdem sprachen Vertreter des Betriebsrates der Stahlwerke Bremen, der Grünen und der Gesamtschülervertretung.

Die Demonstranten erfuhren dort das Ergebnis der Gerichtsberatung. Die mündliche Stellungnahme des Richters: Der Arbeitskampf ist nicht rechtswidrig. Es gibt überhaupt keine tarifrechtlichen Regelungen für die Entlohnung von Lehrkräften. Das ist schon vom Bundesarbeitsgericht festgestellt worden. Folglich gibt es auch keine Friedenspflicht. Weil die Anstellungsverträge zwischen Lehrern und Ländern abgeschlossen werden, seien diese Tarifpartner.

Rechtsvertreter der Landesregierung willigten unter diesem Druck in Schlichtungsverfahren ein, das jederzeit für gescheitert erklärt werden konnte. Den Vorsitz dieser Gespräche sollte der ehemalige Bürgermeister Hans Koschnik führen. Bis zum 26. Juli 2002, also während der Bremer Schulferien, sollte ein Ergebnis vorgelegt werden.

### Zuspruch durch den Arbeitskampf

Die Bremer Lehrerinnen und Lehrer hatten in den vergangenen Jahren nicht verhindern können, dass ihre Arbeitsbedingungen ständig verschlechtert wurden, indem zum Beispiel ihre Arbeitszeit zur längsten Lehrerarbeitszeit in Deutschland wurde, ihre Arbeit verdichtet wurde, Billigkräfte eingestellt werden, Fortbildung erschwert wird, die Schülerzahlen in den Klassen erhöht und Stunden für die Förderung von schwachen Schülern gestrichen wurden. Viele Kolleginnen und Kollegen fragten sich, wozu bin ich noch in der Gewerkschaft, und sind ausgetreten. Die Gewerkschaftsarbeit an so vielen Schulen lag brach. Während dieses Arbeitskampfes brauchte die Bremer GEW keine Werbekampagne mit Geschenken.

### Einigungsempfehlung

Die Einigungsempfehlung sieht eine außertarifliche Zulage für einen Teil der Angestellten (mit einer bestimmten Beschäftigungszeit) vor. Finanziert werden soll der Betrag durch die verbeamteten Lehrkräfte, die jünger als 45 Jahre sind. Sie sollen fünf Jahre lang eine Unterrichtsstunde mehr arbeiten. Dadurch, dass die GEW-Vertreter in den Schlichtungsverhandlungen diese Finanzierung zwar nicht zustimmten, jedoch zur Kenntnis nahmen, konnte Schlichter Koschnik eine Einigungsempfehlung in die Öffentlichkeit bringen. Zwar lehnte die Bremer GEW in einer Presseerklärung sofort jede Arbeitszeitverlängerung für Lehrer ab. Die Ungeschicklichkeit der GEW-Vertreter in den Schlich-

tungsverhandlungen ließ jedoch die Lehrer und die GEW in der Öffentlichkeit schlecht aussehen.

### Der Arbeitskampf geht weiter

Viele Lehrer waren in den Ferien dadurch verunsichert worden. Mit Schulbeginn setzte die Diskussion an den Schulen, besonders natürlich unter den angestellten Lehrkräften ein, in der mehrere Punkte eine Rolle spielten:

Der Senat hat mit seiner Einstellungspolitik die jetzige Situation zu verantworten, nicht die Bremer Lehrerinnen und Lehrer. Dass Lehrkräfte die Gehälter von Lehrkräften mitfinanzieren, ist nicht akzeptabel. Die aktiven Kolleginnen und Kollegen wollen die Einheit der Lehrerschaft, keine Spaltung. Kein Angestellter darf von der außertariflichen Zulage ausgeschlossen sein. Die zusätzliche Verlängerung der Arbeitszeit für junge Lehrkräfte in Bremen hätte fatale Folgen: Junge Lehrer würden sich überall bewerben, nur nicht in Bremen. Die GEW würde zudem alle jungen Lehrkräfte verprellen. Dadurch würde die Kampfkraft der Lehrer und Lehrerinnen in Bremen über lange Zeit erheblich geschwächt.

Eine Mitgliederversammlung am 12.08.02 beauftragte die GEW mit dem Ziel weiter zu verhandeln, dass die Schlichtungsempfehlung verbessert wird. Gleichzeitig soll mit Aktionen beamteter und angestellter Lehrern gegen die drohende Arbeitszeitverlängerung protestiert werden. 12.8.02 ■

## Der Streik der Studierenden in Paderborn

Auf einer Vollversammlung am Mittwoch, dem 5. Juni 2002, beschlossen die Studierenden der Universität Paderborn mit 1260 gegen 170 Stimmen bei 149 Enthaltungen, in der Zeit vom 8. bis zum 22. Juni in den Streik zu treten. Sie wollten damit gegen die Pläne der nordrhein-westfälischen Landesregierung zur Einführung einer »Verwaltungsgebühr« von 50 EUR sowie von Studiengebühren für Langzeitstudierende und Studierende im Zweitstudium in Höhe von 650 EUR pro Semester protestieren. Der Unmut der Studierenden wurde in erster Linie dadurch erregt, dass die 50 EUR Verwaltungsgebühr nicht den Hochschulen, sondern dem gebeutelten Landeshaushalt zugute kommen sollte. Gegen die 650 EUR Studiengebühren, die nach den Verlautbarungen der NRW-Landesregierung zumindest ab 2005 in die Töpfe der Hochschulen fließen werden, wurde vom AStA (Allgemeiner Studierenden-Ausschuss) eingewandt, diese Maßnahme verstoße zum einen gegen das Prinzip der Chancengleichheit und öffne zum anderen in der Zukunft einer willkürlichen Erhebung von Gebühren für das Studium Tür und Tor.

Zum Zeitpunkt des Streikbeschlusses befanden sich bereits etwa zehn Hochschulen in NRW im Ausstand. Der gemeinsame Protest wurde auf einer landesweiten Demonstration in Düsseldorf am 8. Juni unter dem Motto »Keine Gebühren – Bildung für alle« ausgedrückt. An dieser Demonstration nahmen ca. 18.000 Studentinnen und Studenten teil. Bei einer Gesamtzahl von rund 500.000 Studierenden an Nordrhein-Westfalens Hochschulen sind das nicht einmal

vier Prozent; angesichts dessen, dass die Studentinnen und Studenten seit dem Winter 1997/98 keinen Widerstand mehr gegen die sich verschlechternde Situation an den Unis und Fachhochschulen geleistet hatten und viele von ihnen in diesem Streik das erste Mal auf die Straße gingen, muss die Anzahl der Demonstranten dennoch als positives Zeichen gewertet werden.

Tatsächlich hat die Demonstration in Düsseldorf wohl ermutigend auf die Aktiven gewirkt. In Paderborn jedenfalls folgte eine Woche mit zahlreichen lebendigen und teilweise Aufsehen erregenden Aktionen, die vor allem die Öffentlichkeit auf die Studentenproteste aufmerksam machen sollten. In der Stadt wurden deshalb – neben regelmäßigen Infoständen – öffentliche Vorlesungen und Seminare gegeben, es wurde für Studiengebühren gebettelt, gestrippt und Theater gespielt, eine Podiumsdiskussion mit örtlichen Parteivertretern und Universitätsprofessoren fand statt usw. usw. In der Universität selbst versuchten die Aktiven, Lehrveranstaltungen durch Diskussion mit den Studienkollegen, durch Besetzen der Veranstaltungsräume und sogar durch Anketten an der Pforte des Audimax (größter Hörsaal) zu verhindern und Informationen zu den Inhalten des Protestes (Was ist ein Langzeitstudium? Wann werden Studiengebühren genau fällig? Wie reagieren die Politiker auf die Proteste? etc.) per Streikzeitung weiterzugeben. Einen Gipfelpunkt erreichte der Streik noch einmal am Freitag, dem 14. Juni, als auch in Paderborn die Studierenden auf die Straße gingen. Es kamen insgesamt etwa 2.500 junge Menschen, darunter auch etwa 200 Studierende der KFH sowie Schülerinnen und Schüler des Westfalenkollegs.

In der darauf folgenden Wochen flaute der allgemeine Elan spürbar ab. Die Aktiven, die für das Streikcafé und den Infostand in der Uni verantwortlich waren, beklagten ein zunehmendes Desinteresse der Studienkolleginnen und -kollegen. Der Grund dafür war nicht nur das anstehende große Sommerfestival, sondern auch und vor allem die sich bereits gerüchteweise andeutende Bereitschaft der Landesregierung, zumindest die 50 EUR »Verwaltungsgebühren« zurückzunehmen. Am Freitag nach dem Sommerfestival fand man die Uni beinahe menschenleer...

Nach dem Streik beraumten die Aktiven, die zuvor in verschiedenen Komitees gearbeitet hatten, ein gemeinsames Treffen an, zu dem rund 40 Leute erschienen. Sie äußerten ihre Enttäuschung über die Mitstudierenden, die sich offenbar mit der Ankündigung der Rücknahme der 50 EUR zufrieden gaben, und beschlossen, zumindest die Aktionen in der Stadt weiterzuführen. Ein Sprecher regte an, an die Gewerkschaften und die Medien heranzutreten, um den Protest gegen die sicher noch verbleibenden 650 EUR Studiengebühren auszuweiten. An die eigene Kraft glaubte also zu diesem Zeitpunkt so gut wie niemand mehr. Bezeichnend war dann auch, dass keine gemeinsame Vollversammlung zur Auswertung des Streiks mehr zustande kam.

Statt dessen wurde von den Aktiven die »Phase 2« der Proteste eingeläutet. Die erste größere Aktion in dieser Phase sollte eine Demonstration zum Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) am 28. Juni in Gütersloh sein. Das CHE ist eine Gründung der Bertelsmann-Stiftung und der deutschen Hochschulrektorenkonferenz. Hier werden Pläne zur Entwicklung im Bildungssektor geschmiedet, die dann auf ihre politische Umsetzung warten. Der großen Mehrheit der Studierenden war der Sinn der Demo zum CHE jedoch nicht ver-



mittelbar. Die Aktion, die landesweit angekündigt war und zu der man mehrere tausend Teilnehmer und ein Riesenaufgebot an Medien erwartete, endete in einem Desaster, denn es kamen ganze 79 Demonstranten. Auf dem Flugblatt hatte es noch hoffnungsvoll geheißt: »*Verschiedene Medien (dpa, WDR-Fernsehen, diverse Radiostationen, regionale und überregionale Zeitung) zeigen ein außergewöhnliches Interesse an der Veranstaltung! Die dpa [...] hält sogar per Mobil-Telefon eine ‚Standleitung‘ zu den aktuellen Ereignissen! Das WDR-Fernsehen will einen längeren Bericht drehen. Rundfunk und Printmedien bringen die Demonstration in großen Beiträgen bzw. Artikeln in die mediale Umlaufbahn. D.h. man nimmt uns ernst. Wir sind also, so gesehen, endlich da, wo wir hin wollten! Aus 50 Euro ‚Verwaltungsgebühr‘ erwächst jetzt eine öffentliche gesamtgesellschaftliche und bildungspolitische Debatte, die vor allem Bertelsmann die ganze Zeit – offensichtlich erfolglos – zu unterdrücken suchte (u.a. Redakteure des WDR bestätigen das).*«

Anhand dieser Zeilen wird (spätestens) im Nachhinein klar, dass die Streikaktivisten in mehrerlei Hinsicht die reale Situation falsch eingeschätzt haben. Das mag auch an der Euphorie der ersten Woche liegen, in der sowohl das Rekto-

rat der Hochschule als auch die Mehrzahl der Lehrenden den Streik unterstützten, die lokalen und regionalen Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehsender eifrig berichteten und auch die Masse der Mitstudierenden scheinbar hinter den Aktionen stand. Das mag auch daran liegen, dass mit Hilfe der neuen Medien schnell die Illusion entsteht, »*es läuft überall jede Menge ab*«. Entscheidend ist aber, dass die Aktivisten, die übrigens aus den unterschiedlichsten politischen Hochschulgruppen kamen, nicht wahrhaben wollten, dass ihre Basis nicht mehr mitzog, dass sie also eigentlich nicht mehr in der Lage waren, den Protest aus eigener Kraft fortzusetzen.

Auf die Wahlen des Studierendenparlamentes, die kurz nach Ende des Streiks stattfanden, hat sich der Streik insofern positiv ausgewirkt, als die besonders hervorgetretenen Aktivisten den Löwenanteil der Stimmen bekamen. Dabei schnitten die »Jusos – Ohne SPD« und der liberale »LHG« mit 30,7 Prozent bzw. 30 Prozent am besten ab, gefolgt von der »Paderborner Linken« mit 21,3 Prozent und dem RCDS mit 18 Prozent. Allerdings lag die Wahlbeteiligung nur bei 11,55 Prozent (bei der letzten Wahl: 12,72 Prozent), was bedeutet, dass lediglich 1.449 Studierende überhaupt zur Wahl gingen. ■

## ■ BERLIN UNTER DER ROT-ROTEN KOALITION

# Haushalt, Warnstreiks, Mobilisierung? Berlin als soziale Frage

Am 18. April, einen Tag vor dem Warnstreik der Kita-Beschäftigten, stellte der Finanzsenator Sarrazin den Haushaltsentwurf für die beiden Jahre 2002/2003 im Abgeordnetenhaus vor. Damit begann eine Auseinandersetzung, die auch mit der Verabschiedung des Haushalts Ende Juni nicht beendet war. Geht es doch nun darum, die Sparziele der Koalition in konkrete Streichungen umzusetzen.

Derzeit hat der Berliner Haushalt ein Volumen von etwa 20 Mrd. EUR. Die aufgelaufenen Schulden des Landes Berlin betragen z.Zt. mehr als 38 Milliarden EUR. Diese Summe kann das Land nie zurückzahlen. Das weiß auch der Senat. Seine Strategie zielt auf etwas anderes: Ohne Berücksichtigung der Bankenkrise und der steigenden Zinsbelastung beträgt der jährliche Fehlbetrag im Haushalt etwa 2 Mrd.. Diese 2 Milliarden will der Senat in den nächsten Jahren auf Null bringen, um gegenüber dem Bund seine Sparanstrengungen vorweisen zu können und sich – wie Bremen oder das Saarland – eine Hilfe bei der Schuldentilgung zu »verdienen«. Es geht um die Bedingungen, unter denen der Bund und die anderen Länder zahlen werden. »Glaubhafte Sparanstrengungen« gelten der »rot-roten Koalition« als die entscheidende Vorleistung der Berliner.

Die Vorstellungen der Senatsseite sind konkret: Ein Großteil der Streichungen wird pauschal den Bezirken zugewiesen, die in der direkten Auseinandersetzung mit den Bedürftigen der Stadt effizienter vorgehen sollen. Die Bezirke sollen auch den Löwenanteil bei den Personaleinsparungen (insgesamt etwa 12.000 Stellen) erbringen: 4.836 Stellen sollen wegfallen, gegenüber 2.570 in den zentralen Verwaltungen, etwa 1.000 bei der Polizei und 1.100 Lehrerstellen. Bis 2004 gilt noch der vereinbarte Ausschluss betriebsbedingter Kün-



digungen im öffentlichen Dienst. Bis dahin geht es also »nur« um den Wegfall der Stellen ausscheidender Kolleginnen und Kollegen und um Kündigungen aus persönlichen Gründen, um Arbeitsverdichtung und zusätzlichen Druck. Mit dem Wegfall tausender Stellen ist aber nicht getan: Die verbleibenden Kollegen sollen auch weniger kosten. Ein »Solidarpakt« mit den Gewerkschaften ist schon fest in den Haushalt eingeplant.

»Das Problem: Die Umsetzung des Solidarpaktes mit den Gewerkschaften erfordert eine durchschnittliche Absenkung von Löhnen und Gehältern der aktiven Beschäftigten um 8,8 v.H. Wenn der Solidarpakt nicht bis zum Herbst mit den Gewerkschaften abgeschlossen ist, müssen alternative Maß-

nahmen ergriffen werden« (Senatsverwaltung für Finanzen, Berlin, Juni 2002)

Trotz dieser weitgehenden Sparplanungen übersteigen die geplanten Neuverschuldungen im Doppelhaushalt die Investitionsausgaben beträchtlich. Der Finanzsenator selbst bezeichnete den Haushalt daher in den Beratungen des Parlaments als »objektiv rechtswidrig« – die Opposition (CDU, FDP, Grüne) überlegt sich, ob man nicht deshalb gegen den im Juli rechtskräftig gewordenen Haushalt klagen solle. Gegen eine Verurteilung hätte zumindest der Finanzsenator nichts einzuwenden: Hätte er doch endlich eine Handhabe um Zahlungen einzustellen und Tarifverträge zu kündigen. Der fromme Wunsch, das Sparen mit den Haushaltsplänen in geordnetere Bahnen zu lenken, lässt sich einfach nicht realisieren.

Die Ausarbeitung von Sparplänen ist das eine, ihre Umsetzung etwas anderes. Hier braucht es den ganzen politischen Einfluss der Koalitionsparteien und der bürgerlichen Öffentlichkeit, um möglichen Widerstand zu verhindern. Mit Kritik an allzu rührigen Gewerkschaften hält sich auch die PDS nicht zurück: Die Partei des demokratischen Sozialismus verbreitet seit Mai eine Stellungnahme zum Kitawarnstreik vom April, in der es u.a. heißt: »Berlins Kita- und Hortlandschaft kann sich im bundesdeutschen Vergleich sehen lassen. Auch durch die beschlossenen Haushaltsmaßnahmen des Senats würde Berlin seine gute Position im Bundesvergleich nicht verlieren. Anderslautende Katastrophen-Rhetorik ist – wider besseres Wissen? – falsch. Die Beschlüsse des Senats sind maßvoll, mit Augenmaß und angesichts der Haushaltsnotlage behutsam.«

Zudem wird – selbstverständlich – auf die Rechtswidrigkeit eines Streiks hingewiesen, der nach Ansicht der PDS den »Haushaltsgesetzgeber ... entmachtet« und auf »tarifpolitische Durchsetzung von Forderungen« zielt, »die sich dem Tarifrecht entziehen«.

Der Stein des Anstoßes ist im Kitabereich das alte Projekt eines Tarifvertrages, der Arbeitsbedingungen und Standards für den erzieherischen und hauswirtschaftlichen Bereich feststellt. Anfang Juni haben ver.di und GEW einen entsprechenden Entwurf vorgestellt. Verhandlungen darüber werden wohl keine Ergebnisse bringen. Selbst die Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des »Sozialpaktes«, die zwischen Gewerkschaften und Landesregierung Anfang Juni vereinbart wurden, brachten keinerlei Ergebnisse. Nicht einmal über die Ausgangsdaten, etwa die Zahl der Beschäftigten, konnten sich beide Seiten einigen. Parallel versuchten die Gewerkschaften, mit einzelnen Demonstrationen und größeren Personalversammlungen die Belegschaften zu mobilisieren – zur größten kamen am 12. Juni etwa 15.000 Leute aus den Verwaltungen. In einer Resolution heißt es: »Den Beschäftigten einen so genannten Solidarpakt mit dem Ziel des Bruchs von geltenden Tarifverträgen abzuverlangen, ist blanker Zynismus«. Als Höhepunkt der Proteste war eine Massendemonstration geplant, die mit bis zu 50.000 Teilnehmer am 25. Juni Berlin »lahmlegen« und vor der Verabschiedung des Haushalts den Einfluss der Gewerkschaften klarstellen sollte.

Tatsächlich wurde Ende Juni der Einfluss der Gewerkschaften sehr deutlich, aber mit welchem Ergebnis: Auf der einen Seite wurde am 20. Juni erneut der Kitabereich bestreikt. Noch mehr Kitas als im April waren geschlossen: etwa 650 von 850 aufgerufenen Einrichtungen blieben von 6



bis 10 Uhr geschlossen. Wiederum versammelten sich etwa 9.000 der insgesamt 15.000 Beschäftigten in diesem Bereich vor dem Roten Rathaus. Es sprachen nicht nur Vertreter der GEW und von ver.di, sondern auch der Geschäftsführer der IG BAU Berlin, Rainer Knerler. Nur 200 Meter weiter, an der Baustelle »Dom Aquaree«, hatte die Baustellenleitung am selben Morgen Streikbruch versucht (siehe Korrespondenz). Ob die Demonstranten aber »Teil einer mächtigen Bewegung« waren, wie Günther Waschkun von ver.di meinte? Dem Erfolg im Kitabereich steht nämlich der Reinfall bei der »Massendemonstration« am 25. Juni gegenüber. Zu den fünf geplanten Demonstrationen versammelten sich nur einige tausend Beschäftigte. Die Mobilisierung in den Verwaltungen war weitgehend ausgeblieben. Die Vorstellung, man bräuchte nur zu pfeifen und die Mitglieder kämen, die Vorstellung, mit Presseerklärungen fehlende Organisationen in den Einrichtungen ersetzen zu können – die alten Vorstellungen vom allmächtigen Apparat hat wohl einige Apparate selbst getäuscht.

Am 28. Juni wurde der Doppelhaushalt beschlossen. Am 2. Juli haben sich Gewerkschaften und Senat ergebnislos auf Mitte September vertragen. Kompromisse sind wohl nicht in Sicht – und eine Konfrontation noch vor der Bundestagswahl liegt nicht im Interesse beider Seiten. Mit Inkrafttreten der Haushaltsgesetze werden rückwirkend zum 1. Juli erste Kürzungen an den Gehältern wirksam: Bei den Angestellten werden 1,41 Prozent weniger gezahlt, wobei diese Mittel im Westteil für die VBL verwendet werden sollen, im Ostteil sind sie ein reiner Abzug, da hier die Regelungen zu den VBL nie übernommen wurden. Spareffekt: 15 Millionen im Jahr. Zugleich wird die Arbeitszeit der Beamten im Westteil auf Ostniveau gehoben: 40 Stunden. Andere Parlamentsbeschlüsse werden nicht so rasch umgesetzt: Im ersten Halbjahr 2002 galt größtenteils eine Haushaltssperre, eigentlich sollte sie mit Inkrafttreten des Haushalts aufgehoben werden. Aber der Finanzsenator verhängte rasch neue Beschränkungen, die einer neuen Haushaltssperre gleichkommen: Die Steuerausfälle erreichen auch Berlin und sicher ist sicher. Neue Risiken warten schon auf Übernahme: Ein verlustreiches Recyclingzentrum in Brandenburg, die Wohnungsbaugesellschaften der Stadt, die in den letzten 10 Jahren gezielt verarmt wurden. Schließlich die Bankgesellschaft Berlin: Beim Blick in die Bücher sollen die Bewerber um eine Privatisierung vieles gefunden haben, was ihnen das Land bei einem Verkauf erst noch abnehmen soll.

Inzwischen finden sich in ihrer Verzweiflung neue Bündnispartner bei den Gewerkschaften ein, darunter die »Berliner Tafel«, ein wohltätiger Verein, der längst nicht nur für Obdachlose kostenlose Mahlzeiten anbietet. Wenn Arbeitslosen- oder Sozialhilfe verbraucht sind, kommen am Monatsende ganze Familien in die Einrichtungen. Es gibt davon zur Zeit 260 in der Stadt, Tendenz steigend. 6.8.02 ■

## Warnstreik gegen Verschlechterungen im Kita-Bereich

**Viel mehr Menschen als erwartet kamen am Morgen des 19. April zum Roten Rathaus. Die Gewerkschaften GEW und ver.di hatten in den städtischen Kitas gemeinsam zum Warnstreik aufgerufen, weil die Planungen des »rot-roten« Senates klar zu Lasten der Beschäftigten und der Kinder in den Einrichtungen gehen. Im Widerspruch zu den (Vor-)Wahlversprechen werden allein im Kitabereich 856 Stellen »weggeplant«, indem Gruppengrößen erhöht, die Personalzuschläge für Leitungstätigkeiten vermindert und Berufspraktikanten bei der Personalbemessung eingerechnet werden. Hausmeister, Küchenkräfte und andere hilfreiche und notwendige Kolleginnen und Kollegen sollen gänzlich abgeschafft werden. Das Essen soll dann aus Großküchen eingeflogen werden. Eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Kitas wird mit einer weiteren Verschlechterung der Lebensbedingungen und Entwicklungsmöglichkeiten der Berliner Kinder einhergehen.**

Zur Abwehr der Verschlechterungen wollen die GEW und ver.di die Beschäftigten in den städtischen Kitas mit einem Tarifvertrag schützen. Der Tarifvertrag soll insbesondere festlegen, wie viele Kinder eine Erzieherin betreuen soll. Der Senat weigert sich strikt, einen solchen Vertrag zu schließen oder darüber auch nur zu verhandeln. Daher riefen die Gewerkschaften die Kitas zu einem Warnstreik von sechs bis neun Uhr auf. Der Innensenator bezeichnete den Streik selbstverständlich als ungerechtfertigt und rechtswidrig. Trotzdem beteiligten sich etwa 550 der 856 aufgerufenen Kitas, Tausende zogen in mehreren Demonstrationen vor das Rote Rathaus, an der Kundgebung beteiligten sich über 9000 Menschen.

Dieser Erfolg ist zum einen vor dem Hintergrund der weitgehenden Ablehnung der Sparpolitik unter der Berliner Bevölkerung und den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu sehen: Seit Jahren wird im Großen privatisiert und im Kleinen an jeder Ecke gespart. Die Verschlechterungen sind offensichtlich. Und dann führte die Pleite der Bankgesellschaft den Widersinn der »Konsolidierungspolitik« jedem vor Augen. Zum ändern hat der gemeinsame Aufruf von GEW und ver.di eine einheitliche Mobilisierung ermöglicht.

*»Wir sind überzeugt, dass die Berliner Bevölkerung nicht nachvollziehen kann, dass zum Ausgleich von Verlusten im Bereich der Immobilienspekulation die Bildung weiterhin nachhaltig verschlechtert wird. Mit Recht wird vielen das Verständnis dafür fehlen, die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien einseitig zur Kasse zu bitten.«* (Aus dem Brief der GEW Berlin an die Parteitage der SPD und PDS)

Frühzeitig hatte die GEW gegen die Sparpläne der neuen Berliner Stadtregierung mobil gemacht. Unter dem Motto »Nikolaus pack die Rute aus« zogen im Dezember Erzieherinnen, Kinder und Eltern vor das Rote Rathaus. Kurz zuvor waren die Verhandlungen zur »Ampel«-Koalition von FDP, Grünen und SPD geplatzt. In den Koalitionsverhandlungen hatte man sich u.a. schon auf die Privatisierung von 70 Prozent der städtischen Kitas geeinigt. Daran war die Koalition

nicht gescheitert. Nun stand die SPD-PDS-Koalition vor der Tür – kein Grund den Protest abzusagen. Skeptisch erinnerten Erzieherinnen Gregor Gysi schon mal an seine Wahlversprechen. In einem großen Sack wurden Ruten gesammelt, an denen die Forderungen der Beschäftigten und Eltern befestigt waren. Viele Kindergruppen und selbst gebastelte Transparente bestimmten das Bild. Hier und da klebte auch noch ein alter ÖTV-Aufkleber aus der Zeit des Kitastreiks 1989/90. Nicht zu sehen waren aber ÖTV- oder ver.di-Fahnen. Die GEW hatte sich im Vorfeld der Demonstration zwar gezielt um eine gemeinsame Aktion mit den entsprechenden ver.di-Gliederungen bemüht. Wie man hört, wurde sie aber von Leuten aus der alten ÖTV-Berlin ebenso gezielt hingelassen. Der zehnwöchige Kitastreik in Westberlin vor zwölf Jahren steckt allen damals Beteiligten noch in den Knochen.

Auch damals ging es um einen Tarifvertrag, in dem die Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen festgelegt werden sollten. Auch damals gab es einen frisch gebackenen Senat von Reformparteien (damals: rot-grün). Auch damals weigerte sich der Senat, überhaupt über dieses Thema zu verhandeln. Nach zehn Wochen Streik in 371 von 396 Westberliner öffentlichen Kitas wurde der Streik ohne Kompromiss beendet. Die Solidarität anderer Bereiche (BVG, BSR) blieb symbolisch. Die Eltern waren mit ihrer Kraft und den Nerven am Ende. Der Senat beschloss die Finanzierung und Organisation des Streikbruchs mittels übertariflicher Bezahlung für Eltern, die die Betreuung übernehmen wollten. Weil keine Aussicht auf einen Abschluss mehr bestand, beschloss die gemeinsame Tarifkommission mit der Mehrheit der ÖTV eine »Aussetzung« des Streiks. Eine Urabstimmung unter den Kolleginnen über die – nicht vorhandenen – Ergebnisse wurde abgelehnt. Diese Entmündigung der Kolleginnen führt zu heftiger Kritik, auch von der GEW. Es kam zu Übertritten enttäuschter Kolleginnen aus der ÖTV. Es ist kein Zufall, dass der Kitastreik am 19. April nur vom Landesvorsitzenden der GEW, Ullrich Thöne, erwähnt wurde, der nicht nur auf die Erfahrungen, sondern auch auf die Skepsis gegenüber dem Kampfmittel Streik hinwies.

Denn die ersten Betroffenen sind die Eltern. Die schaffen ihre Kinder ja nicht nur wegen der Bildungsmöglichkeiten in die Kitas, sondern weil sie noch etwas anderes zu tun haben oder einfach auch tun wollen. Nicht nur die Kinder brauchen Kitas, die Eltern auch, alltäglich. Deshalb sind sie auch erst einmal mit den Erzieherinnen solidarisch. Aber dann? Die nächste Schlussfolgerung wurde von einigen Kolleginnen sehr selbstverständlich ausgesprochen: Wenn auch BVG und BSR streiken, kann der Senat uns nicht wegschieben. Wenn alle zusammen, dann... Nun sind Solidaritätsstreiks im deutschen Arbeits- und Tarifrecht nicht vorgesehen. Aber auch traditionell sichere Bereiche des öffentlichen Dienstes haben in den letzten Jahren Erfahrungen mit massiven Verschlechterungen gemacht. Beschäftigungsrückgang, Arbeitsverdichtung. Privatisierung. Noch jede Verschlechterung wurde mit der »Sicherung der Arbeitsplätze« begründet. Noch jede Verschlechterung hat dann doch nur den Druck auf die Kollegen und die Konkurrenz unter ihnen vergrößert.

Leider kamen diese realen Schwierigkeiten auf der Kundgebung kaum zur Sprache. Die Landesbezirksvorsitzende von ver.di, Susanne Stumpenhusen, berichtete über die geringe Lernfähigkeit von Senatoren und rief: *»Wenn keine Gesprächsbereitschaft eintritt, können wir noch ganz anders.«* Ja, aber wie denn? Wie anders kann ver.di dem Se-

nat gegenüberzutreten? Darüber hätten wir gern mehr gehört. Es geht doch auch gar nicht um Gesprächsbereitschaft, sondern um die Ergebnisse von Gesprächen. Da ist eine Besserung lange nicht in Sicht.

Zwar kann man, wie Ulli Thöne, die Ergebnisse der PISA-Studie als ein gutes Argument für eine Verbesserung statt der Verschlechterung der frühkindlichen Bildung verwenden. Da rennt er bei der Gegenseite aber sicher offene Türen ein. Nur will der Senat die höhere Bildungsqualität auf Kosten der Lebensqualität der Beschäftigten erreichen. Es ist immer gefährlich, auf die Interessen der Gegenseite zu spekulieren, statt die eigenen Kräfte zu bündeln. Am Rande der Kundgebung wurde ein ver.di-Flugblatt verteilt: Auf der ersten Seite betont es die Bedeutung der Arbeit in den Kitas, auf der zweiten Seite ruft ver.di zu Taten auf. Aber zu welchen Taten: »Macht mit. Zeigt die Qualität eurer Arbeit. Dokumentiert die Erziehungs-, Betreuungs- und Bildungsprozesse.« Haben die Kolleginnen nicht Dringenderes zu tun, als ihre Arbeit zu dokumentieren und damit Sympathien zu werben? Wären nicht auch Missstände zu dokumentieren, die sich in jahrelanger Sparpolitik angesammelt haben? Auf diese Nachfragen erklärte der Kollege Flugblattverteiler, er käme aus dem Gesundheitsbereich, dort gelte seit Jahren die Parole »Wer schreibt, der bleibt!« Damit müsse man sich eben abfinden.

Aber den Kitas fehlt es gerade nicht an guter Presse. Den Kitas fehlen schon heute Stellen für eine sinnvolle Arbeit (Sprachförderung!) und Geld für nötigste bauliche Maßnahmen, pädagogische Projekte und Bastelmaterial. Man schafft den Interessenkonflikt nicht aus der Welt, wenn man sich den Kopf des Arbeitgebers zerbricht.

Die Beteiligung der Kita-Beschäftigten am Warnstreik war hoch. Es ist auch nicht so schwierig, weitere Unterstützung zu mobilisieren. Seit Wochen fanden in Berlin Warnstreiks der IG Metall statt. An verbalen Solidaritätserklärungen hat es nicht gefehlt. Auch Metalller haben Kinder. Dann kann man doch auch gemeinsame Kundgebungen machen. Die Kollegen der BVG und der S-Bahn sind sicher bereit, neben der Werbung kommerzieller Unternehmen auch mal Flugblätter und Plakate der Berliner Erzieherinnen mit den Bussen, U- und S-Bahn zu befördern. Und warum müssen die Erzieherinnen der freien Träger fünf Tage später vor das Rote Rathaus ziehen? Das fein säuberliche Auseinandersetzen aller Bereiche fördert alles mögliche, nur keine Solidarität. Pünktliche Informationen über und Abstimmung von Aktionen, die ohnehin stattfinden, das ist nicht zuviel verlangt. Da kann jeder etwas beitragen.

Denn die Auseinandersetzungen werden hart werden. Der SPD/PDS-Senat schlägt auch auf dem Gebiet der Bildungspolitik die Erbschaft der Großen Koalition nicht aus. Am 9. April hat der neue Senat bewiesen, dass er vor 70.000 Anlegern in den Fonds der Bankgesellschaft mehr Respekt hat als vor der Mehrheit der Berliner. Wer in dieser Situation Verschlechterungen abwehren will, darf einen erfolgreichen Warnstreik nicht als Drohkulisse für Verhandlungen verbrauchen. Die vielen Kolleginnen und Kollegen sind keine Statisten, vor deren Kulisse die Hauptdarsteller sich präsentieren können. Sie sind die Hauptfiguren, sonst fällt die Veranstaltung aus. ■

*Dieser und der folgende Artikel sind zuerst erschienen in der in Berlin verteilten Mai-Zeitung »Berlin von unten«. d. Red.*

## Standards für Arbeit und Gesundheit im freien Fall

**Auch in Berlin zeigen sich auf dem Krankenversicherungs»Markt« zwei Trends, die inzwischen das System der Krankenversicherung voll erwischten und nachhaltig zum Negativen veränderten:**

Die jüngeren und (noch) gesunden und gutverdienenden Versicherten wurden zu den »billigeren« Privatkassen gelockt. Den Pflichtkassen wurden immer mehr der sogenannten »Netto-Zahler« entzogen, die mehr zahlen, als sie kosten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sank in der BRD von 1990 bis 1996 um 2,4 Millionen. Bei den Pflichtkassen verblieben die älteren und die schlechter verdienenden Versicherten, die, wie die Kassen nicht müde werden zu beklagen, meistens mehr kosten als sie einbringen.

Die Ausgaben für Arztleistungen und Medikamente sanken trotz vollmundiger Ankündigungen nicht, weil alle bisherigen BRD-Regierungen nach verbalradikalen Kampfansagen vor der Ärztelobby und den Pharma-Kartellen einknickten. Exemplarisch zeigen sich die Auswirkungen dieser Entwicklung im Bereich der ambulanten Pflege und der Sozialstationen:

In der Öffentlichkeit mit lautem Tam-Tam als »Jahrhundertreform« angekündigt, sorgte die Pflegeversicherung dafür, dass auf diesen »Markt« nun eine Vielzahl ambulanter Privat-Dienste drängten und ihre Leistungen anboten. Die Bilanz für Patienten und Beschäftigte ist jedoch niederschmetternd.

Die damals verkündeten Ziele wie Kostenbegrenzung und gleiche Pflegestandards für alle sind in weiter Ferne. Im Gegenteil: Ärzte und Krankenkassen streichen weitere Pflegeleistungen aus dem Versorgungskatalog, und die betroffenen Träger und Einrichtungen reagieren entsprechend: Examierte Schwester und Pfleger werden durch Hilfskräfte ersetzt. Die Dummen sind:

Die Beschäftigten in der ambulanten Pflege, deren Löhne immer weiter gekürzt werden, da die Arbeitgeber ihren Kostendruck an die Beschäftigten weitergeben.

Die Patienten, die den Blutdruck selber messen, sich die Augentropfen von Angehörigen verabreichen lassen müssen oder noch schlimmer: unversorgt bleiben. Denn: wenn ein Arbeitstag in der ambulanten Pflege in eine Vielzahl von Zeit-Modulen zerlegt wird und genau vorgeschrieben ist, wieviel Minuten ein Vorgang wie das Setzen einer Spritze maximal dauern darf, findet Fließband-Pflege statt. Durch die Festlegung der Pflegebedürftigkeit in Pflegestufen und einzelne Leistungskomplexe werden zudem viele notwendige Tätigkeiten nicht mehr finanziert, zum Beispiel psychosoziale Betreuung, Aufmunterungen, Gespräche und Motivation des Pflegebedürftigen.

Die Beschäftigten haben die Alternative: mitmachen und die Flausen einer menschengerechten Pflege am Eingang zur Station abzugeben oder unbezahlte Überstunden zu leisten, um zum Beispiel überhaupt noch Zeit für ein Gespräch mit den Patienten zu haben. Die Arbeitsbelastungen haben seit Einführung der Pflegeversicherung extrem zugenommen, die Zeitvorgaben pro PatientIn sind seitdem permanent reduziert worden. Dafür sind neue Aufgaben wie Dokumentation,



Beratung und Anleitung von Angehörigen sowie Verhandlungen mit Kassen und Ärzten hinzugekommen. Dieser Stress zermürbt die Beschäftigten und tötet die Motivation. Einer ver.di-Veröffentlichung von März 2002 war zu entnehmen, dass zum Beispiel 80 Prozent der AltenpflegerInnen nach spätestens fünf Jahren dem Beruf den Rücken gekehrt haben (Informationsdienst Krankenhäuser Nr. 15).

Falsch ist schon die Annahme, Wettbewerb sichere Qualität. Bei der Versorgung gebrechlicher Menschen gilt dies jedenfalls nicht. Entstanden ist ein Markt, in dem sich vom Krankenhaus gefrustete Pfleger, die sich selbstständig gemacht haben, ebenso tummeln wie Investoren auf der Suche nach der schnellen Mark. Was vorherrscht, ist ein brutaler Verdrängungswettbewerb mit geringen Profitaussichten und steigenden Pleiten.

Die Demontage sozialer und gesundheitlicher Standards läuft nach folgendem Strickmuster:

Die Krankenkassen, die Pflege finanzieren müssen, haben (siehe oben) weniger Einnahmen. Dieses Defizit wird analog zum Verhalten in anderen Teilen der Wirtschaft (Autokonzern und ihre Zulieferer) nach »unten« weitergegeben. Wie läuft das? Nehmen wir einige Beispiele aus Berlin:

Im September 1999 fasste der Verwaltungsrat der BKK (Betriebskrankenkassen) Berlin den Beschluss, den Beitragsatz von 15,3 auf 14,8 Prozent zu senken. Ein gewollter Einnahmeverlust also. Was macht man dann? Fast gleichzeitig senkten die BKK ihre Leistungen für die ambulante Krankenpflege linear um 20 Prozent und dies, obwohl alle Träger gültige Verträge hatten. Ein Beispiel: Für das Spritzen von Insulin erhielt ein Träger von den Kassen 14,40 DM. Die BKK wollte ab sofort nur noch 11,52 DM zahlen. Da in Berlin etwa 2.500 der Patienten BKK-Mitglieder waren, hatte dies auch vom Umfang her Gewicht. Jetzt weigerten sich viele Träger, diesem Diktat zu folgen.

Daraufhin versucht die BKK ihre Patienten zum Wechsel des Pflegedienstes in »billigere Anbieter« »zu überreden«. Die »Berliner Zeitung« meldete am 3.4.2000, dass es bereits mit 67 Anbietern diese »Billig-Verträge« gab. Als einziger Träger aus dem Kreis der Wohlfahrtsverbände hatte das CDU-nahe Unionshilfswerk die 20-prozentige Kürzung akzeptiert.

Um nicht abgehängt zu werden, versuchten andere Träger an den Personalkosten zu sparen (im Allgemeinen wird von einem Personalkostenanteil von 87 Prozent ausgegangen). Dies ging nur auf zwei Wegen: Ersatz von qualifiziertem Per-

sonals durch weniger qualifiziertes und/oder Senkung der Gehälter generell.

In den meisten Pflegediensten wird mittlerweile wieder in geteilten Diensten gearbeitet, zusätzlich abends, am Wochenende und an Feiertagen. Häufig erfahren Pflegekräfte erst am Tag vor ihrem Einsatz ob, wann und wie lange sie zu arbeiten haben.

Die »privaten Träger« zahlen heute in der Regel 20 Prozent unter dem öffentlichen Tarif.

Die Pflege- und Krankenkassen haben seit 1999 ihre Pflegesätze um zehn Prozent gesenkt. Sie verstehen unter »billig« Dumping-Preise.

Die Tariffucht bei den Wohlfahrtsverbänden ist in der letzten Etappe und bald gilt der BAT nirgendwo mehr. Selbst die Evangelische Kirche hat ihre über hundert Diakoniestationen zu selbstständigen GmbHs umfunktioniert, die nicht mehr dem Tarifvertrag unterliegen.

An dieser Stelle kommt Herr Giannakopoulos ins Spiel. Der Piranha im Berliner Pflegegewässer machte 1999 den Berliner Krankenkassen das Angebot, die Pflegedienste durchgängig 20 Prozent billiger anzubieten als die Konkurrenz. Wie kam G. mit 20 Prozent weniger Kassenleistungen klar? Dies schaffte er dadurch, dass er zum einen aus den Tarifverträgen ausstieg und die Beschäftigten drängte, Einzelverträge zu unterzeichnen. Pfleger bekamen einen Stundenlohn von 13,50 DM. Selbst bei diesen niedrigen Sätzen schuldete er den Beschäftigten ständig Lohn. Ebenfalls zog er ihnen zwar die vermögenswirksamen Leistungen vom Lohn ab, leitete dieses Geld aber nicht an die Versicherungen weiter. Mit insgesamt 700 Beschäftigten war G. der Sprung vom Kleinbetrieb zur Pflegekette gelungen! Zum anderen wurden »teure« examinierte Kräfte durch un- und angelehrte ersetzt. Nach dieser Runde ging G. an die Expansion.

Im Jahr 2001 kaufte G. von der AWO die »Pfleugesellschaft Süd-West« mit fünf Stationen u.a. in Kreuzberg. Wirtschaftlich interessant war die Übernahme der 700 Patienten, nicht die der Beschäftigten. Im gleichen Jahr verkaufte er im August fünf andere Einrichtungen an den DRK-Verband Nord-Ost, nachdem es in seinen Einrichtungen zu Massenkündigungen von Beschäftigten (allein in einer Kreuzberger Station 35 Beschäftigte an einem Tag!) aufgrund nicht gezahlter Gehälter gekommen war. Im November 2001, drei Monate später, stellte dann das DRK für vier von diesen fünf Stationen den Insolvenz-Antrag, da sich laut DRK herausgestellt hatte, dass »Sozialversicherungsbeiträge in Millionenhöhe nicht abgeführt worden sind«. Betroffen waren 340 MitarbeiterInnen und die Patienten. Anfang 2002 waren drei dieser Stationen geschlossen und von 350 Beschäftigten noch etwa 200 da, die jetzt bis zu zehn Stunden am Tag arbeiteten.

Die Berliner AWO, die finanziell in Schwierigkeiten geraten war, verkaufte ebenfalls ihre »Pfleugesellschaft Süd-Ost«, die vom Diakonischen Werk übernommen wurde. Ende 2001 hieß in der AWO, dass die Sozialstationen zusammen pro Monat 100.000 DM Verlust gemacht hätten.

Im Jahr 2001 ging der DRK-Landesverband Berlin in die Pleite. Ein Grund für das Debakel war der strukturelle Verlust durch die Sozialstationen. Von 2300 Beschäftigten des DRK-Berlin wurden 400 gekündigt, für über 300 von den übrigen wurden Gehaltskürzungen um bis zu 20 Prozent vorgesehen.

Durch die Ökonomisierung des »Pflege-Marktes« erreichte die Privatisierung Rekordhöhen. 1999 entfielen auf

private Anbieter, die vor Einführung der Pflegeversicherung kaum eine Rolle gespielt hatten, bereits über 50 Prozent der Pflegedienste. Tendenz steigend. In Berlin zieht Giannakopoulos bereits in 25 Pflegestationen die Strippen.

### Wer die ver.di Gewerkschaft kennt, weiß, was Leiden bedeutet

Im Dezember 1999 gab es bundesweit 183.782 Beschäftigte in Pflegediensten. Die meisten arbeiteten in Teilzeit, lediglich 31 Prozent waren Vollzeitbeschäftigte, der Frauenanteil betrug 85 Prozent. Ungelernt waren fast 30 Prozent und lediglich 45 Prozent waren AltenpflegerInnen bzw. Krankenschwestern/-pfleger mit entsprechenden Examina. Der Organisationsgrad ist sehr gering, denn jahrzehntelang gab es in der ÖTV eine Garantie: Die Müllwerker und die Verkehrsarbeiter sorgten durch ihre Kampfstärke für gute Tarifverträge wie den BAT. Die übrigen Branchen, in denen mehr Leute arbeiteten als im eigentlichen öffentlichen Dienst, hängten sich an. BSR und BVG waren hochorganisiert. Dass es im Krankenhausbereich nur maximal

zehn Prozent Gewerkschaftsmitglieder gab und dass die Gewerkschaftsstrukturen in den meisten Kliniken desolat waren, war bekannt, aber für den Apparat kein Problem. Als dann in den letzten Jahren schmerzhaft auffiel, dass die Riege der langjährigen Personalratsmitglieder eine aktive Gewerkschaftsbasis nicht ersetzen konnte, war es zu spät.

Mittlerweile sind auch in Berlin immer mehr staatliche Bereiche ausgegründet und privatisiert oder haben wie die BVG zwei unterschiedliche Entlohnungen für »alte« und »neue« Beschäftigte. Der klassische öffentliche Dienst steht vor der Zerschlagung und ein Drittel der Beschäftigten weiß sich auf der Streichliste. In Berlin endet die Sozialpartnerschaft durch einseitige Kündigung durch die öffentlichen Arbeitgeber. Was auf uns zukommt, ist abzusehen. Die Krankenhäuser in Berlin waren und sind ein Lehrstück dafür, was auch in den anderen Bereichen des Gesundheitssystems abläuft und im öffentlichen Dienst ablaufen kann. Die Phase, wo massenhafter Personalabbau noch sozialverträglich abzufedern war, ist für Berlin definitiv beendet. Die ver.di-Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsbereich müssen künftig für sich selbst sorgen und ihre Arbeitsbedingungen selbst erstreiten und sichern. Ob dies gelingt, hängt wesentlich von ihrer Organisation ab. Die Gewerkschaft ver.di hat zwei mögliche Optionen:

- ◆ Entweder sie versucht weiterhin »das Schlimmste zu verhindern«. Dass die Mehrheit der leitenden Funktionäre dies weiterhin versucht, erleben wir gerade. Die derzeit von der ver.di-Bundesebene angeschobene »Gesundheitskampagne für eine gesunde Reform« orientiert u.a. auf »regionale Gesundheitskonferenzen« mit dem »Ziel der Anhebung des Gesundheitsniveaus«. Für die ambulante Pflege ist eine Veranstaltung »Podiumsdiskussion mit den Verantwortlichen. Ambulante Pflege zwischen Anspruch und Wirklichkeit« geplant. Kampfziele und Schritte zu ihrer Umsetzung sucht man vergebens. Ein Konzept zum Gewerkschaftsaufbau in der Pflege wird erst gar nicht entwickelt.

- ◆ Oder sie versucht durch die Mobilisierung der Beschäftigten soviel Druck aufzubauen, dass im Gesundheitsbereich



die neo-liberale Hegemonie angegriffen und zurückgedrängt werden kann. Dazu braucht es zum einen eine aktivierende Gewerkschaftsarbeit, die das weitgehend brachliegende Potential der Noch-Nicht-Organisierten anspricht, um dort gewerkschaftliche Arbeit zu entwickeln und zu verankern. Zum anderen braucht es eine Programmatik, die die unterschiedlichen und häufig unvereinbaren Interessen von Kassen, Trägern, Privaten und Beschäftigten analysiert und in Rechnung stellt. Ein Träger, der massive Einnahmeausfälle durch die sogenannten »Gesundheitsreformen« hat, gibt in der Regel den Druck an die Beschäftigten weiter, selbst wenn er dies mit »Bauchschmerzen« tut. Dagegen bedarf es der öffentlichen Koalitionen mit den Versicherten, um so das Interesse der Bevölkerungsmehrheit an einem funktionsfähigen Gesundheitswesen gegen seine neoliberalen Zerstörung zu verteidigen.

»Solidarität kann mit der Wirtschaftlichkeit des kapitalistischen Marktes nicht erhalten werden. Noch reduziert sich der Blick vieler nur darauf, weitere »Reformen« zu entschärfen bzw. sozialverträglicher zu gestalten. Aus diesem Grunde muss auch in den Gewerkschaften, Sozialverbänden und in der Politik die Diskussion über die Einführung einer selbstverwalteten Einheitsversicherung für alle abhängig Beschäftigten geführt werden. Es ist uns wohl bewusst, dass bei den Kräften, die zur Zeit reale Politik gestalten möchten, keine Zustimmung zu einer Einheitsversicherung wahrzunehmen ist.« (Aus der Broschüre »Zukunft der gesetzlichen Krankenversicherung«, herausgegeben vom Bezirksabteilungsleiter Krankenkassen im ÖTV-Bezirk Nordrhein-Westfalen II, Bochum, März 2000)

Dieses Konzept war zumindest ein Versuch, gegen die seit Jahren laufende Deformierung des Gesundheitsbereichs in die Offensive zu gelangen. Durch ein gesundheitspolitisches Minimalprogramm und durch den Kampf für Eckpfeiler gewerkschaftlicher Vorstellungen. Durch die ver.di-Gründung und die bis heute anhaltenden Geburtswehen ist es jedoch kaum zum Tragen gekommen. Das kann nur durch Mitglieder-Initiative geändert werden. ■

# Wilde Streiks und unbezahlte Rechnungen

## Die dänische Gewerkschaftsbewegung ist in einer widersprüchlichen Situation

**Finn Sörensen ist optimistisch. Der Vorsitzende der Kopenhagener Brauereiarbeiter ist der Meinung, dass die konservativ-liberale Regierung die dänische Gewerkschaftsbewegung aufgeweckt habe. In der linkssozialistischen Zeitschrift »Solidaritet« beschrieb Sörensen dieses Aufwachen im Mai als »Neuorientierung, die quer zu den traditionellen Grenzen der Arbeiterbewegung verläuft«.**

Auf den ersten Blick scheint an dieser Einschätzung etwas dran zu sein. Am 1. März fand in Silkeborg (Jütland) eine Konferenz statt, die von der Gewerkschaftslinken organisiert wurde. Die Versammlung war mit über 750 TeilnehmerInnen die bei weitem größte, die in den letzten Jahren stattgefunden hat. Nur die »Vertrauensleutetreffen«, die während des Massenstreiks von 1998 stattgefunden haben, konnten eine ähnlich breite Beteiligung vorweisen. In den größeren Städten haben sich seit der Konferenz von Silkeborg die Netzwerke der Gewerkschaftslinken (»Vertrauensleuteringe«) wieder aktiviert, die von vielen schon für Geschichte gehalten wurden. Neu ist aber auch, dass die Gewerkschaftsvorstände die »roten« Konferenzen nicht mehr als »Spaltungsmanöver« denunzieren. Vor dem Hintergrund der Angriffe der rechten Regierung setzt auch der Gewerkschaftsapparat momentan auf die Duldung von Aktivitäten der Basis. Dies gilt insbesondere für die SiD (Gewerkschaft der »Spezialarbeiter«, zweitgrößte Einzelgewerkschaft) und die Metallgewerkschaft, aber auch für eine Reihe kleinerer Verbände. Die Führungen beider Gewerkschaften bestehen aus parteitreuen Sozialdemokraten, die SiD auf dem linken Flügel, die Metaller rechts bei den »Modernisierern«. Die Mitglieder der SiD sind jedoch zu einem beträchtlichen Teil Wähler der rechtspopulistischen »Dänischen Volkspartei«, während ein bedeutender Teil der Metaller die rechtsbürgerlichen Parteien, die die jetzige Regierung stellen, bis zu den letzten Wahlen unterstützt haben. Was dagegen tun? Eine Mobilisierung in Maßen zulassen, bei der man aber die Kontrolle behält und zugleich vortäuschen kann, dass »etwas« getan wird. Aus diesem Grunde sind im Moment die »Roten« Konferenzen opportun.

Ein Grund für die momentane Offenheit des Gewerkschaftsapparates ist sicherlich die konfrontative Politik der neuen Regierung. So brachten Rechtsliberale und Konservative im Juni ein Gesetz über »Teilzeitbeschäftigung« durch das Parlament, wobei ihnen die populistische und rassistische »Dänische Volkspartei« zur Mehrheit verhalf. In Dänemark wurden Lage und Dauer der Arbeitszeiten bislang kollektiv geregelt, das heißt durch Vereinbarung zwischen Gewerkschaft einerseits und Unternehmerverband oder Unternehmen andererseits. Das Anfang Juni verabschiedete Gesetz bricht mit dieser Tradition. Es wird von der Regierung mit dem Argument der »Vertragsfreiheit« begründet, eine Beschönigung aus dem Arsenal neoliberaler Ideologie, was in der Praxis nichts anderes bedeutet, als dass die sozialen Rechte und kollektiven Ansprüche der Beschäftigten zurückgedrängt werden sollen.

Weitere Gesetzesvorhaben weisen in eine ähnliche Richtung. So sollen »Exklusivabsprachen« zwischen Unternehmern und Gewerkschaften verboten werden, die besagen, dass die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft Voraussetzung für eine Einstellung ist. Außerdem soll es den bisher vergleichsweise unbedeutenden »gelben Gewerkschaften« erleichtert werden, Tarifverträge abzuschließen. Der wichtigste bevorstehende Einschnitt ist jedoch die Einschränkung des Streikrechtes: Solidaritätsstreiks innerhalb einer Branche sollen ebenso verboten werden, wie das in Dänemark recht häufige Kampfmittel des gewerkschaftlichen Boykotts von Betrieben, die gegen Tarifverträge und Arbeitsrechte verstoßen.

Mit dieser Politik liegt die dänische Regierung, die vor ein paar Wochen den EU-Vorsitz übernommen hat, im europäischen Trend. Der Glaube, auf die sozialpartnerschaftliche Vermittlungsfunktion der Gewerkschaften verzichten zu können, ist, wie wir aus Beispielen von Rom bis Hamburg wissen, durchaus typisch für rechte und rechtspopulistische Regierungen. Gleichzeitig befindet sich die Sozialdemokratie als traditionelle »Hauspartei« der Gewerkschaftsführungen in der Krise. Ihre Rolle als parlamentarische »Opposition« wird ihr in der Bevölkerung immer weniger abgenommen. Zu recht verweist die neue Regierung darauf, dass diese oder jene Kürzungsmaßnahme eine bruchlose Fortsetzung sozialdemokratischer Politik ist. Hinzu kommt, dass auch in Ländern mit »New-Labour«-Regierungen, wie in England und zuletzt bis zu einem gewissen Grade auch in der BRD, zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften Differenzen entstanden ist. Den Gewerkschaftsvorständen bleibt oft nichts anderes übrig, als sich stärker auf die Forderungen außerparlamentarischer Gruppen, soweit sie Einfluss unter Gewerkschaftsmitgliedern gewinnen, einzulassen.

### Wilde Streiks...

Der Trend geht im Apparat deshalb auch in Richtung einer gewissen Akzeptanz von »Selbstorganisation« durch untere Gliederungen. Die Konferenz in Silkeborg schloss, wie Finn Sörensen beschrieben hat, mit dem Vorhaben, eine Kampagne gegen die Regierungspolitik zu machen. Dabei war Konsens, auch bei den teilnehmenden Gewerkschaftsoffiziellen, dass »eine Alternative gegenüber der Regierungspolitik nicht von Schreibtischgeneralen erfunden werden darf, sondern breit und ergebnisoffen diskutiert werden muss«. Ob die Akzeptanz solchen Vorgehens nur ein Ausdruck der vorläufigen Ratlosigkeit der »Schreibtischoffiziere« ist, oder ob sich hier eine nachhaltige Demokratisierung der Gewerkschaftskultur andeutet, hängt von den Kräften ab, die sich darum bemühen. Demokratie bekommt man nicht, sie muss erkämpft werden.

Vor kurzem jedenfalls verzichteten die Gewerkschaften anlässlich der ersten Großkundgebung gegen die Regierung am 20. März auf die »Meinungsführerschaft«. Es sollte ausdrücklich keine »Gewerkschaftsdemo« werden: Gegen die Verabschiedung des Haushaltes demonstrierte man zusammen mit verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen, von Künstlern bis zu Studenten, die von den Sparmaßnahmen betroffen sind. Am gleichen Tag und aus dem gleichen Motiv

fand ein politischer Streik mit etwa 5.000 TeilnehmerInnen statt. Schwerpunkt war der Kopenhagener Flughafen. Auch, dass die Gewerkschaften derartige »wilde« und illegale Streiks nicht rundheraus verurteilen (wozu sie schon wegen der drohenden Strafgeelder angehalten sind), ist neu.

Als die Regierung das erwähnte »Teilzeitgesetz« beschloss, wurde der Protest aus den Betrieben sogar noch größer. Kein Wunder, denn was die Regierung als »*die Freiheit, einen Teilzeitjob anzunehmen*« bezeichnet, ist für die Beschäftigten eine bittere Erfahrung. Jeder fünfte Däne ist mittlerweile teilzeitbeschäftigt, drei Viertel davon sind Frauen. Besonders hoch sind die Zahlen in Niedriglohnbereichen: So sind über 40 Prozent der Frauen, die in Handel, Hotel oder Gaststättengewerbe beschäftigt sind, Teilzeiterinnen. Die neue »Flexibilität« wird von vielen Beschäftigten folgerichtig nicht als Freiheit, sondern als Zwang erlebt. Sie hat dazu geführt, dass die Zahl der Menschen, die mehr als ein Beschäftigungsverhältnis haben, sich seit 1995 verdoppelt hat. Auch in Dänemark gibt es einen Trend zu den »working poor« (Arbeitsplätze, die arm machen).

Am 16. Mai kam es zu einem wilden Streik gegen das »Teilzeitgesetz«, an dem sich etwa 20.000 Beschäftigte beteiligten – die größte irreguläre Streikbewegung seit mehr als sieben Jahren. An dem Arbeitskampf beteiligten sich KollegInnen vieler große Industriebetriebe (Lindö-Werft, Danish Crown-Betriebe fast im ganzen Land etc.), aber auch kleinere Betriebe und zu einem geringeren Teil Beschäftigte im Öffentlichen Dienst. Der Flughafen von Kopenhagen war wieder ein Schwerpunkt der Aktion. Allerdings gelang es nicht, das Gesetzesvorhaben der Regierung zu stoppen. Dem »wildem Streik« gegen die Regierung folgten im Juni/Juli kleine, lokale »wilde« Streikbewegungen, wobei es u.a. um Entlassungen von gewerkschaftlich aktiven Busfahrern auf Fyn, sowie um eine mit »Freisetzungen« verbundene Firmenverlegung bei dem Lebensmittelgroßhändler COOP ging. Der letztgenannte Streik erstreckte sich über ein paar Tage und weitete sich von einem Betrieb in der Nähe von Aarhus auf das ganze Land aus, wobei es zeitweise auch zu Blockaden der Lagerhallen kam. Während die kleine Bewegung der Busfahrer erfolgreich war, kam es bei der COOP nur zu einem Kompromiss, der die Zahl der Entlassungen einschränkte und diese »sozialverträglich« gestaltete.

### ... und offene Rechnungen

Es gibt allerdings auch Tendenzen, die der Hoffnung auf eine »Erneuerung« der Gewerkschaftsbewegung Grenzen setzen: In den letzten Monaten erschütterten mehrere Affären die zweitgrößte Einzelgewerkschaft SiD, die das Bild von den »*korrupten Bürokraten an der Gewerkschaftsspitze*«, auf das auch die neue Regierung einen Teil ihrer Agitation aufbaut, zu bestätigen schienen. So hatte der Vorsitzende der SiD »vergessen«, einen Teil der Rechnung zu bezahlen, die er einer gewerkschaftseigenen Firma für den Umbau seines privaten Hauses schuldet. Wie auch immer dieser Vorfall zu bewerten ist, bei dem es umgerechnet um einige zehntausend DM ging, den Unmut der Gewerkschaftsbasis erregte auch die Gehaltserhöhung, die sich die SiD-Führung fast gleichzeitig selbst genehmigte und die die Gehälter in der Chefetage der SiD auf etwa 50.000 DKK im Monat (fast 15.000 DM) ansteigen lässt.

Auch auf anderer Ebene wächst der Misstrauen der Gewerkschaftsbasis, ohne dass dies zu einer stärkeren Selbstorgani-

sation oder zu einer breiten Unterstützung der Gewerkschaftslinken geführt hätte. Anfang Juni kam bei einem Teil der Betroffenen große Unzufriedenheit mit den Resultaten der Tarifrunde im Öffentlichen Dienst auf. Trotz der dahingehenden Kampagne der Gewerkschaftslinken drückte sich dies nicht im Versuch aus, einen besseren Lohn und den Verzicht auf die Einführung von »Nasenprämien« bei der Lohngestaltung zu erstreiken. Die Erfahrung dieser Tarifrunde entspricht der Tendenz der letzten Jahre: Vertrauensleute und linken GewerkschafterInnen bemühen sich mit ihren Kampagnen redlich, bleiben letztlich aber erfolglos. Auch der Wahlsieg der rechten Parteien, insbesondere der der »Dänischen Volkspartei«, die viele Arbeiterwähler mobilisieren konnte, schien ja diese pessimistische Einschätzung zu bestätigen. So gesehen scheint ein Aufbruch der Gewerkschaftsbewegung in weiter Ferne zu liegen.

Die Entwicklung der dänischen Gewerkschaftsbewegung ist mit anderen Worten widersprüchlich. Der Tendenz der Demokratisierung und Selbstorganisation stehen verbreitet Passivität und Rechtsorientierung gegenüber. Noch ist fraglich, ob der Protest des Frühjahres als Anfang einer »*größeren Widerstandsaktion*« gesehen werden kann, wie der eingangs zitierte Finn Sørensen hofft. Vorläufig haben die AktivistInnen der verschiedenen Städte sich verabredet, die Silkeborg-Konferenz vom März im September zu wiederholen, mit dem Ziel einer »Verdopplung der Teilnehmerzahl« und in Erwartung neuer Angriffe der Regierung auf die sozialen Rechte der Beschäftigten. Der Ausgang der Auseinandersetzung mit der Regierung ist natürlich offen, aber eins ist sicher: Die Aktivitäten der gewerkschaftlichen Linken sind unverzichtbar, wenn die Rechtswende in Dänemark wirklich gestoppt werden soll.

Der Konsens in den Gewerkschaften wie in den sozialen Protestbewegungen ist derzeit nahezu ausschließlich die Ablehnung der rigiden Regierungsmaßnahmen. Jede Gruppe bringt ihr Thema in die gemeinsame Agenda ein, Differenzen werden jedoch nicht ausgetragen. Gerade wenn es nicht allein um Gewerkschaftspolitik geht, sind Unterschiede innerhalb der Bewegung gegen die Fogh-Regierung unübersehbar, beispielsweise, wenn man daran denkt, dass Flüchtlingspolitik oder die »aktivierende« Sozialpolitik der alten Regierung von großen Teilen der Gewerkschaften zumindest stillschweigend akzeptiert worden sind.

Aus ähnlichen Gründen ist auch das von Finn Sørensen begrüßte Bündnis innerhalb der Gewerkschaftsbewegung brüchig, denn die Erfahrungen zeigen, dass eine Sozialdemokratie in der Regierung erst einmal mit Schonung durch die Gewerkschaften rechnen kann. Eine Korrektur der Rechtswende, die die Sozialdemokratische Partei seit Anfang der 90er Jahre durchgemacht hat, ist derzeit nicht in Sicht. Von daher wird ein Regierungswechsel die Unterstützung eines, vielleicht etwas reformierten, »New-Labour«-Konzeptes durch die Gewerkschaften bedeuten. Linksparteien wie die »Einheitsliste« sind zur Zeit zu schwach, um eine verbindliche Diskussion über diese Differenzen anzustoßen. Längerfristig wird es unumgänglich sein, dass die dänische Linke sich auf gemeinsame Ziele einigt, die über die Ablehnung von bürgerlicher Regierung und »Rechtspopulismus« hinausgehen. Vielleicht sind die bevorstehenden Proteste gegen den EU-Gipfel eine Gelegenheit, solche Ziele im europäischen Zusammenhang zu diskutieren. *P.B., HH, 23. Juli 2002* ■



# Der Frühling der Piazza

**Gewerkschaftliche Mobilisierung füllt die Plätze Italiens. »Gemäßigte« Gewerkschaften schließen »Pakt für Italien«.**

Die Pläne der Regierung Berlusconi zur Sozial- und Arbeitspolitik sind Ziel gewerkschaftlicher Proteste, die in diesem Ausmaß auch von den Gewerkschaften nicht erwartet wurden: 600.000, zwei Millionen, neun Millionen. In diesen Zahlen zeigt sich die Empörung der Arbeiterschaft vor allem gegen eine Änderung des Artikels 18 des »Arbeiterstatuts«, das für Betriebe mit über 15 Beschäftigten die unbedingte Wiedereinstellung eines Entlassenen vorsieht, falls ein Arbeitsgericht zu der Entscheidung kam, die Entlassung sei nicht gerechtfertigt. Diese Regelung wurde in den sechziger Jahren von der Arbeiterbewegung erkämpft, und ist vor allem vor dem Hintergrund zu sehen, dass es in Italien kein Arbeitslosengeld gibt. Lediglich im Fall betriebsbedingter Kündigungen können die Betroffenen mit Zahlungen rechnen.

Die Regierung hatte nach ihrer Machtübernahme lange gezögert, dieses Lieblingsthema der Arbeitgeber aufzugreifen. Zuerst war nur eine weitere Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse durch Ausdehnung von Leiharbeit, befristeten Arbeitsverhältnissen und der Einführung einer »Projektarbeit« vorgesehen. Gleichzeitig wurden Gesetzesänderungen in der Rentenversicherung eingebracht: Die Arbeitgeberbeiträge für neu Eingestellte sollten gesenkt werden mit der Konsequenz geringerer Renten im Alter. Die Meinung der Gewerkschaften hierzu war keineswegs einhellig. Während die CGIL<sup>1)</sup> diese Reformen eindeutig ablehnte, zeigten CISL<sup>2)</sup> und UIL<sup>3)</sup> ihre Bereitschaft zu Verhandlungen. Hierin bestätigten sich die Gegensätze zwischen den großen Gewerkschaftsverbänden, wie sie in der Schlussphase der Regierung D'Alema deutlich wurden: Die CGIL war nach großen Zugeständnissen in den neunziger Jahren nur noch sehr eingeschränkt zu weiteren Reformen in Richtung Flexibilisierung und Sozialabbau bereit. CISL und UIL waren jedoch für weitere Schritte in diese Richtung offen und boten sich den Arbeitgebern als Partner für eine weitere »Modernisierung« der italienischen Wirtschaft an. Dieser Gegensatz zwischen den Gewerkschaftsverbänden zeigte sich in einer Reihe betrieblicher Konflikte und auf nationaler Ebene in der Frage der Teilzeitarbeit und bei den Tarifverhandlungen in der Metallindustrie. Hier schlossen CISL und UIL separate Tarifverträge mit den Arbeitgebern ab und scherten sich nicht um die viel beschworene Gewerkschaftseinheit. (siehe Arpo 3/2001)

Im Gegensatz zu den Gewerkschaften waren sich die Arbeitgeber in der Beurteilung der Reformvorhaben weitgehend einig: Sie waren ihnen nicht weitgehend genug und – gemessen an den Wahlversprechungen Berlusconis an die

Arbeitgeber – wurden sie als enttäuschend eingeschätzt. Der Druck des Arbeitgeberlagers auf die Regierung löste in den daran beteiligten Parteien einen schwierigen Diskussionsprozess aus, der schließlich in folgendem Kompromiss endete: Die Regierung strebt eine auf drei Jahre befristete Aussetzung des Kündigungsschutzes in drei Fällen an: Wenn befristet Beschäftigte eine feste Anstellung erhalten, wenn Schwarzarbeiter regulär angestellt werden und dann, wenn ein Kleinbetrieb durch die Einstellung neuer ArbeiterInnen die Grenze von fünfzehn Beschäftigten übersteigt. Mit diesen Einschränkungen will die Regierung einerseits natürlich die Akzeptanz ihrer Reform erhöhen, will andererseits aber auch vor allem den süditalienischen Unternehmern helfen. Kleinbetriebe und Schwarzarbeit sind dort besonders weit verbreitet. Bisher kann das süditalienische Kapital von den Subventionen der EU für strukturschwache Gebiete profitieren. Die Befürchtung ist jedoch, dass diese mit der EU-Osterweiterung stark gekürzt werden. Mit diesen Reformen sollen diese Betriebe in die Lage versetzt werden, sich auch ohne Subventionen gegenüber der Konkurrenz zu behaupten.

Außerdem kündigte die Regierung eine Abkehr vom bisherigen Konsensprinzip an, nach der Änderungen in der Sozial- und Wirtschaftspolitik nur mit Zustimmung der Gewerkschaften und des Arbeitgeberverbandes möglich sein sollten. Die Regierung wollte sich nur noch auf einen »sozialen Dialog« verpflichten, der aber keinen Zwang mehr zu einer einvernehmlichen Lösung beinhalten soll.

## CGIL: Wir verhandeln nicht über unsere Rechte

Die Entscheidung der Regierung für eine Aufweichung des Kündigungsschutzes setzte eine Dynamik in Gang, die in diesem Ausmaß wohl von niemandem erwartet wurde. Nun lehnten auch CISL und UIL dieses Vorhaben eindeutig ab, waren aber durchaus zu Verhandlungen bereit. Die CGIL erklärte, dass sie zwar über Löhne verhandeln könne, jedoch

## Die Regierung besteht auf der Änderung des Kündigungsschutz-Artikels 18:



1) Confederazione Generale Italiana del Lavoro (Allgemeiner Bund der Arbeit), Gewerkschaftsverband, der früher der PCI nahestand und heute den Linksdemokraten (Democratici di sinistra, DS) nahesteht.

2) Confederazione Italiana dei Sindacati Liberi (Bund Freier Gewerkschaften), früher den Christdemokraten nahestehender Gewerkschaftsverband

3) Unione Italiana Lavoratori (Italienische Arbeiterunion), früher der Sozialistischen Partei nahestehender Dachverband

nicht über die Rechte der Arbeiter. Innerhalb der CGIL wurden nun die Rufe nach Protestaktionen lauter. Die CGIL-Führung wollte dazu allerdings nicht alleine aufrufen und suchte immer nach Unterstützung durch die beiden anderen Gewerkschaften. Diese waren von dieser Idee aber nicht gerade begeistert. Vor allem die CISL war innerlich gespalten. Einige Regionen wollten sich auf keinen Fall an solchen Protesten beteiligen, und andere wollten sie auf jeden Fall unterstützen, auch dann, wenn die CGIL alleine dazu aufrufen würde.

In dieser Phase war die Mobilisierung der FIOM<sup>4)</sup>, der Metallarbeitergewerkschaft der CGIL von entscheidender Bedeutung. Ihr Protest richtete sich vor allem gegen einen Tarifvertrag, den die FIM und die UILM, die Metallarbeitergewerkschaften von CISL und UIL, im Sommer 2001 separat mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossen hatten. (siehe Arpo 3/2002). Gegen diesen Tarifvertrag sammelte die FIOM 350.000 Unterschriften. Einen eintägigen Streik der FIOM gab es im Juli und für den 16. November rief die Gewerkschaft wieder zu einem Generalstreik auf, der von einer landesweiten Demonstration in Rom begleitet wurde. Die FIOM wollte damit auch gegen die Aushöhlung des Kündigungsschutzes protestieren und suchte hierfür nicht nur die Unterstützung anderer CGIL-Gewerkschaften, sondern auch der sogenannten GlobalisierungsgegnerInnen, die sich nach den Demonstrationen gegen die G8-Konferenz in Genua landesweit formiert haben. Die Resonanz hierauf war sehr groß. Die Angaben für die Anzahl der TeilnehmerInnen an der Demonstration schwanken zwischen 150.000 und 250.000 Menschen.

Die Aktivitäten der FIOM sind vor dem Hintergrund eines Generationswechsels in der Gewerkschaft zu sehen. Die FIOM ist traditionell eine der kämpferischsten Gewerkschaften innerhalb der CGIL. In den achtziger Jahren musste sie jedoch eine Reihe von Niederlagen hinnehmen, vor allem bei FIAT, wo nach einem 40-tägigen Streik 23.000 ArbeiterInnen entlassen wurden. In den neunziger Jahren hatte sie sich auch der Standortlogik und der Politik der Mitte-Links-Regierung untergeordnet. Gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften stimmte sie dem Abbau des Sozialstaates zu und unterzeichnete Tarifverträge, die Reallohnverlust bedeuteten und die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse vorsahen.

In vielen Betrieben haben in letzter Zeit junge ArbeiterInnen gewerkschaftliche Funktionen übernommen. Diese unterscheiden sich in zwei Punkten von ihren älteren KollegInnen: Sie kennen nicht die Erfahrung der Niederlage, die nach 1980 viele aktive Gewerkschafter geprägt hat; darüber hinaus arbeiten die jungen ArbeiterInnen zu wesentlich schlechteren Bedingungen als die älteren KollegInnen. Viele betriebliche Tarifvereinbarungen sahen Verschlechterungen vor, die nur für neu Eingestellte gültig wurden, die vorhandenen Stammebelegschaften aber nicht betrafen. Nun wächst in den Betrieben eine neue Generation heran, die zwar die gleichen Tätigkeiten ausübt wie die Älteren, dabei aber in vielerlei Hinsicht schlechter gestellt ist. Sie fordert jetzt ihre Rechte. Viele der jüngeren ArbeiterInnen haben überhaupt keine feste Anstellung. Sie sind als Leiharbeiter beschäftigt oder hangeln sich von einem befristeten Job zum nächsten,



ohne Aussicht auf Übernahme. In den letzten beiden Jahren gab es einige betriebliche Auseinandersetzungen, in denen die FIOM – im Gegensatz zu den anderen Gewerkschaften des Metallbereichs – derartige Verschlechterungen für Neueingestellte ablehnte oder für die Übernahme prekär Beschäftigter kämpfte. So konnte die FIOM beim Elektronunternehmen Zanussi einen bereits abgeschlossenen Tarifvertrag kippen, der für Neueingestellte Arbeit auf Abruf vorsah. Durch eine Unterschriftensammlung und eine erfolgreiche betriebliche Mobilisierung gelang es die anderen Gewerkschaften zu einer Rücknahme ihrer Unterschriften zu bewegen.

Die Aktivitäten der jugendlichen ArbeiterInnen bringen neuen Schwung in die FIOM, indem sich deren Engagement hauptsächlich gegen die Prekärisierung und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse richtet.

Konnte die FIOM durch diesen Streik auch nichts am schlechten Tarifvertrag ändern, war deren Aktion doch ein Zeichen für die gesamte Arbeiterbewegung. Es wurde eine große Unzufriedenheit der ArbeiterInnen deutlich und die Bereitschaft gegen den weiteren Abbau der Rechte zu protestieren. Innerhalb der CGIL wurden nun die Stimmen lauter, die einen Generalstreik gegen die Gesetzesvorlagen der Regierung forderten, und immer mehr waren bereit dies notfalls auch ohne CISL und UIL zu tun. Der CGIL-Führung war jedoch immer noch vor allem an einem gemeinsamen Vorgehen mit den anderen Dachverbänden gelegen. Auch hier hatte sich die Stimmung geändert und CISL und UIL konnten sich Protestaktionen nicht mehr verweigern. Gemeinsam mit ihnen konnte es allerdings nur eine sehr gebremste Mobilisierung geben: In der zweiten Januar-Hälfte sollten die verschiedenen Regionen des Landes an unterschiedlichen Tagen zu einem vierstündigen Streik mit lokalen Kundgebungen aufgerufen werden. Als »Streikchen« wurde dies von der gewerkschaftlichen Linken bezeichnet. An diesen Aktionen gab es allerdings eine Beteiligung, die alle Erwartungen übertraf: Als am 29. Januar die norditalienischen Regionen zum Streik aufgerufen wurden, beteiligten sich an den Kundgebungen 600.000 ArbeiterInnen.

Unter dem Eindruck dieses Erfolges wurde Anfang Februar der Kongress der CGIL abgehalten. Jetzt stimmte auch die CGIL-Führung für einen Generalstreik und war bereit, diesen notfalls auch alleine durchzuführen.

Die CGIL beschloss eine nationale Demonstration für den 23. März und den Generalstreik für den 6. April und rief die

4) Federazione Impiegati Operai Metallurgici (Bund der Angestellten und Arbeiter des Metallbereichs), die Metallgewerkschaft des Dachverbandes CGIL.

anderen Gewerkschaften auf, sich daran zu beteiligen. Vorberreitend gab es eine nicht zu überschauende Anzahl von regionalen, lokalen und betrieblichen Streiks, die sich alle gegen die Aushebelung des § 18 wendeten, zum Teil aber auch sehr spezifische Forderungen hatten.

Die anderen Dachverbände verhielten sich gegenüber der Aufforderung der CGIL sehr reserviert. Sie lehnten dies als »gefährlichen Alleingang« der CGIL ab, unterhielten gleichzeitig aber noch informelle Kontakte zur Regierung, die ausloten wollte, zu welchen Kompromissen CISL und UIL bereit wären. Angesichts der Massenmobilisierung konnten diese sich aber kein großes Entgegenkommen erlauben.

Auch innerhalb der Regierungskoalition gab es Bedenken gegen den eingeschlagenen Konfrontationskurs. Vor allem die beiden christdemokratischen Splitterparteien und Teile der AN mahnten mehr Kompromissbereitschaft an. Im Unternehmerlager gibt es ebenfalls Stimmen v.a. aus der Großindustrie, die nicht »auf den Barrikaden des Artikel 18 sterben« wollen, da die vorgesehene Reform sowieso nicht weit genug gehe und den Unternehmern nichts bringe außer Unruhe in den Betrieben.

Überraschend verkündete die Regierung Anfang März, sie werde den Gesetzentwurf grundlegend überarbeiten, um den Gewerkschaften entgegenzukommen. Sofort protestierte die Confindustria, die Berlusconi an seine Wahlversprechen an die Unternehmer erinnerte. Die Führung der Confindustria vertritt besonders die Interessen der Kleinbetriebe, betrachtet dieses Gesetz aber auch unter politischen Aspekten. Sie will eine Konfrontation mit den Gewerkschaften, vor allem der CGIL, und das Thema ist hierbei zweitrangig. Sie wollen die Gewerkschaften in die Knie zwingen, um sich den Weg frei zu machen für weitergehende Schritte. Der »überarbeitete« Gesetzentwurf muss den Gewerkschaften wie eine Verhöhnung erschienen sein. Bis auf eine Kleinigkeit blieb alles beim Alten: Die Aushebelung des Kündigungsschutzes für in ein reguläres Arbeitsverhältnis übernommene SchwarzarbeiterInnen sollte auf den Süden beschränkt bleiben, was die Lega Nord als ihren Erfolg darstellte. Tatsächlich bringt diese Änderung den ArbeiterInnen des Nordens keine wirklichen Vorteile, da das Phänomen der Schwarzarbeit dort keine solche Rolle spielt wie im Süden des Landes. AN-Chef Fini kommentierte diese neue Vorlage mit den Worten, dass sich die Regierung nicht dem Druck der Straße beugen dürfe, sondern ihn brechen müsse.

Die neue Gesetzesvorlage bedeutete einen Rückschlag für alle auf Kompromiss bedachten Kräfte – sowohl in den Regierungsparteien als auch in den Gewerkschaften. AN-Chef Fini flankierte die neue Gesetzesvorlage mit der Bemerkung, die Regierung müsse den Druck der Straße brechen. CISL und UIL hatten nun keine Wahl mehr. Jetzt mussten auch sie zum Generalstreik aufrufen, bestanden gegenüber der CGIL jedoch auf einer Verschiebung, da sie sich nicht einem von der CGIL einseitig festgelegten Termin anschließen könnten. Aus diesem Grund lehnten sie auch eine Beteiligung an der Demonstration vom 23. März ab.

Wenige Tage vor der Groß-Demonstration wurde der Bologneser Arbeitsrechtler Marco Biagi von einem Kommando der »Roten Brigaden« erschossen. Biagi war Berater der Regierung und Mitverfasser der umstrittenen Gesetzesvorlagen zur Reformierung des Arbeitsrechts. Vertreter der Regierungsparteien machten sofort die Gewerkschaften für dieses Attentat verantwortlich, die durch ihre Kampagne

## CGIL-Generalsekretär Cofferati von den Verhandlungen der Konzentrierten Aktion ausgeschlossen:



gegen die Lockerung des Kündigungsschutzes ein Klima des Hasses erzeugt hätten, das den Nährboden für den Terrorismus abgebe. Die Gewerkschaften sollten deshalb ihre Kampagne einstellen, die Demonstration absagen und zum Dialog mit der Regierung zurückkehren.

Die CGIL ließ sich hierdurch aber nicht beeindrucken und hielt an den vorgesehenen Aktionen fest. Allerdings wurde das Motto der Demonstration umgeändert in »Gegen den Terrorismus – Für die Rechte der Arbeiter«. Das Bild der Demonstrationen war jedoch eindeutig vom Protest gegen die Aushebelung des Kündigungsschutzes geprägt. Nach unterschiedlichen Berichten beteiligten sich daran 1,5 bis 3,5 Millionen Menschen.

Der Generalstreik vom 16. April war noch beeindruckender. Neun bis 13 Millionen ArbeiterInnen sollen sich daran beteiligt haben. Bei 15 Millionen Lohnabhängigen, die es in Italien gibt, ist dies eine ungewöhnlich hohe Zahl. Zwar versuchte die Regierung die Beteiligung klein zu reden, die Zahlen der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft sprechen jedoch eine klare Sprache: Der Stromverbrauch war am Streiktag etwa so hoch wie sonst an Sonn- und Feiertagen. Am Generalstreik beteiligten sich schließlich nicht nur CGIL, CISL und UIL, sondern auch die verschiedenen Verbände der Basisgewerkschaften und sogar zwei rechte Gewerkschaftsverbände, die den Regierungsparteien nahe stehen. Die UGL (Unione Generale del Lavoro) steht traditionell der AN nahe und hat dort mit ihren 1,7 Millionen Mitgliedern großen Einfluss.

### Nach dem Streik: Pakt für Italien

Der Erfolg des Generalstreiks hat die Regierung nicht sichtbar beeindruckt. Sie betonte an ihrem Ziel festhalten zu wollen und forderte die Gewerkschaften auf den »Konfrontationskurs« zu beenden und zu Verhandlungen zurückzukehren. Innerhalb der Gewerkschaften machte sich angesichts dieser Standhaftigkeit der Regierung eine gewisse Ratlosigkeit breit.

Sie mussten erkennen, dass die Regierung nicht so einfach wie 1994 zum Rückzug zu bewegen war, als ein Generalstreik die damalige Regierung Berlusconi zur Aufgabe ihrer Rentenreformpläne und schließlich zum Rücktritt zwang. Die Regierung verfügt heute über eine komfortable Mehrheit im Parlament, und Differenzen zwischen den Regierungsparteien haben vor diesem Hintergrund keine so große Bedeutung.

Die Differenzen zwischen den Gewerkschaften wurden durch den Generalstreik nicht aufgehoben. CISL und UIL stimmten der Aufforderung an den Verhandlungstisch zurückzukehren sofort zu. Die Regierung bot vier Gesprächskreise an um über die Reform des Arbeitsmarktes, die Steuern, die Probleme des Mezzogiorno und über den Haushalt zu reden. Die CGIL verweigerte ihre Teilnahme lediglich zum Thema Arbeitsmarkt, da hier auch über die Reform des Kündigungsschutzes geredet werden sollte, der nach ihrer Ansicht weiterhin nicht verhandelbar sei.

Nachdem die Regierung noch einige Änderungen an ihrem Reformvorhaben vorgenommen hatte, war der Weg frei für den »Pakt für Italien«, den CISL, UIL mit der Regierung und den Arbeitgebern abschlossen. Die Aufweichung des Kündigungsschutzes wurde auf die Betriebe beschränkt, die durch Neueinstellungen die Schwelle von 15 Beschäftigten überschreiten und die Regierung bot noch eine Verbesserung der Unterstützung für Arbeitslose an, wofür im Haushalt 700 Millionen Euro bereitgestellt werden. UIL und CISL hatten hierfür ursprünglich fünf bis sechs Millionen Euro gefordert. Die »Verhandlungserfolge« sind also alles andere als berauschend. Die »gemäßigten« Gewerkschaften haben sich für diesen Weg entschieden, weil sie erkennen mussten, dass sie bei einer weiteren Zuspitzung nur verlieren können. Die CGIL stellt sich als die konsequente Vertreterin der Arbeiterinteressen dar und jede weitere Steigerung des Kampfes würde ihren Argumenten Recht geben. Daher wollten die CISL- und die UIL-Führung dieses Kapitel wohl schnell abschließen und geben jetzt diesen faulen Kompromiss als großen Erfolg aus. Es gab in den jeweiligen Organisationen einige kritische Stimmen gegen die Entscheidung der Gewerkschaftsführungen. Innerhalb der CISL äußerten auch die Einzelgewerkschaften der Metaller und des Banksektors ihre Kritik, von einer organisierten Opposition gegen diesen Kurs kann jedoch nicht gesprochen werden.

Der Erfolg ist daher vor allem bei der Regierung zu sehen. Ihr ist es gelungen, eine Bresche in den Kündigungsschutz zu schlagen. Diese ist zwar kleiner als geplant, politisch wird dies jedoch dadurch aufgewogen, dass es ihr gelang die beiden Gewerkschaftsverbände CISL und UIL in ihr Vorhaben einzubinden und damit die Gewerkschaften zu spalten. Dies eröffnet Möglichkeiten für den weiteren Abbau von Arbeitnehmerrechten und Sozialleistungen. Die Regierung kündigte bereits an, dass die Rentenreform der nächste Schritt

sein werde. Auch hier werden CISL und UIL wieder Gelegenheit haben, ihre Kooperationsbereitschaft unter Beweis zu stellen.

### **Vor einem »heißen Herbst«?**

Die CGIL scheint sich mit der Änderung des Kündigungsschutzes abgefunden zu haben. Ernsthafte Versuche das Gesetz mit weiteren Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes zu verhindern finden nicht statt.

Auf die Ankündigung der anderen Gewerkschaftsverbände mit der Regierung über den Kündigungsschutz zu reden, antwortete die CGIL noch mit dem Aufruf zu vierstündigen Arbeitsniederlegungen, die je nach Region an verschiedenen Tagen Ende Juni und Anfang Juli stattfanden. Die Beteiligung hieran war nach Angaben der CGIL-Gewerkschaften auch hier wieder sehr hoch. Vielfach nahmen auch Mitglieder von UIL- und CISL-Gewerkschaften mit ihren Fahnen daran teil. Hatten die Aktionen im März und April vorwiegend den Charakter eines Volksfestes, so kam es hier erstmals auch zu militanten Aktionen, wie der Blockade von Autobahnen und Straßenkreuzungen sowie der Besetzung des Hauptbahnhofs von Neapel. Die Initiative hierzu ging vor allem von den Basisgewerkschaften aus und trifft nicht die Stimmung der Mehrheit der Protestierenden.

Die CGIL-Gewerkschaften kündigen jetzt einen »heißen« Herbst an: Im September will die FIOM einen weiteren Generalstreik der MetallarbeiterInnen gegen den Tarifvertrag organisieren, den die Metallgewerkschaften von CISL und UIL mit den Metallarbeitgebern abgeschlossen haben. Für den Oktober ruft die CGIL zu einem neuen eintägigen Generalstreik auf, um gegen die Aufweichung des Kündigungsschutzes zu protestieren.

Diese Streiks werden jedoch vor allem demonstrativen Charakter haben. Die CGIL will beweisen, dass sie nicht isoliert ist und auch weiterhin auf die Unterstützung in den Betrieben bauen kann. Regierung und Kapital werden so aber nicht zu einer Änderung ihrer Politik gezwungen werden können.

Dies erhofft sich die CGIL durch die Einleitung eines Volksbegehrens. Sie kündigte mittlerweile eine Initiative an, um das neue Gesetz durch ein Referendum zu Fall zu bringen. Dies ist nicht nur eine langwierige Prozedur, auch die Erfolgsaussichten sind fraglich: In den letzten Jahren scheiterten alle Referenden an der zu niedrigen Beteiligung. Außerdem wird dadurch der Druck aus den Betrieben genommen und die Entscheidung über den Kündigungsschutz in die Hände des »Wahlvolkes« gegeben.

Die gewerkschaftliche Linke scheint auch über keine weitergehende Perspektive zu verfügen. Teile davon sammeln bereits Unterschriften für ein Referendum, das allerdings darauf abzielt, den Kündigungsschutz auf alle Betriebe auszudehnen.